2018

Sicherheitsbericht

POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN

Straftaten gegen ältere Menschen
Moderne Technik
Sicherheit
Schutz
Diensthundeführerstaffel
Wasserschutzpolizei
KORRUPTIONSPRÄVENTION
Präventionspuppenbühne
Sicherheitspartnerschaften
Straftatenverfolgung
Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten
110
Koordinierungsstelle Eigentum
TWE/WED
Prävention
ATTRAKTIVER ARBEITGEBER
Rund-um-die-Uhr-Dienst
Einsatz- und Streifendienst
PreMap
Gefahrenabwehr
CYBERCRIME
Öffentlichkeitsarbeit
Social Media
Staatsschutz
Audit Beruf & Familie
Diversität
Einsatzausstattung
Tatortaufnahme & Ermittlungen
Terrorismusbekämpfung
Freund und Helfer
KOOPERATION
Polizeidirektion
Göttingen
BERATUNG
Elektromobilität
Inspektionen
Expertenwissen
Vertrauen
Interkultureller Dialog
Netzwerkpartner
BÜRGERNÄHE
Digitalisierung
Polizeikommissariate
Polizeistationen
Gewalt gegen Einsatzkräfte
CLANKRIMINALITÄT
Einsätze
PRÄSENT VOR ORT
Dunkelfeld
TRANSPARENZ
Hellfeld
Verkehrssicherheitsarbeit
Modernes Einsatzmanagement
Schwerpunktkontrollen
LEISTUNGSSTARK & KOMPETENT

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

der Wunsch, in Sicherheit zu leben, beschreibt ein menschliches Grundbedürfnis. Dass Maßnahmen auf objektiver Ebene, wie die Aufklärung von Straftaten, diesem allein nicht immer gerecht werden, haben die Debatten der vergangenen Jahre immer wieder gezeigt. Denn neben der tatsächlichen Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist dabei gerade auch das individuelle Sicherheitsgefühl von größter Bedeutung. In Zeiten großer gesellschaftlicher Veränderungen gilt das vielleicht mehr denn je.

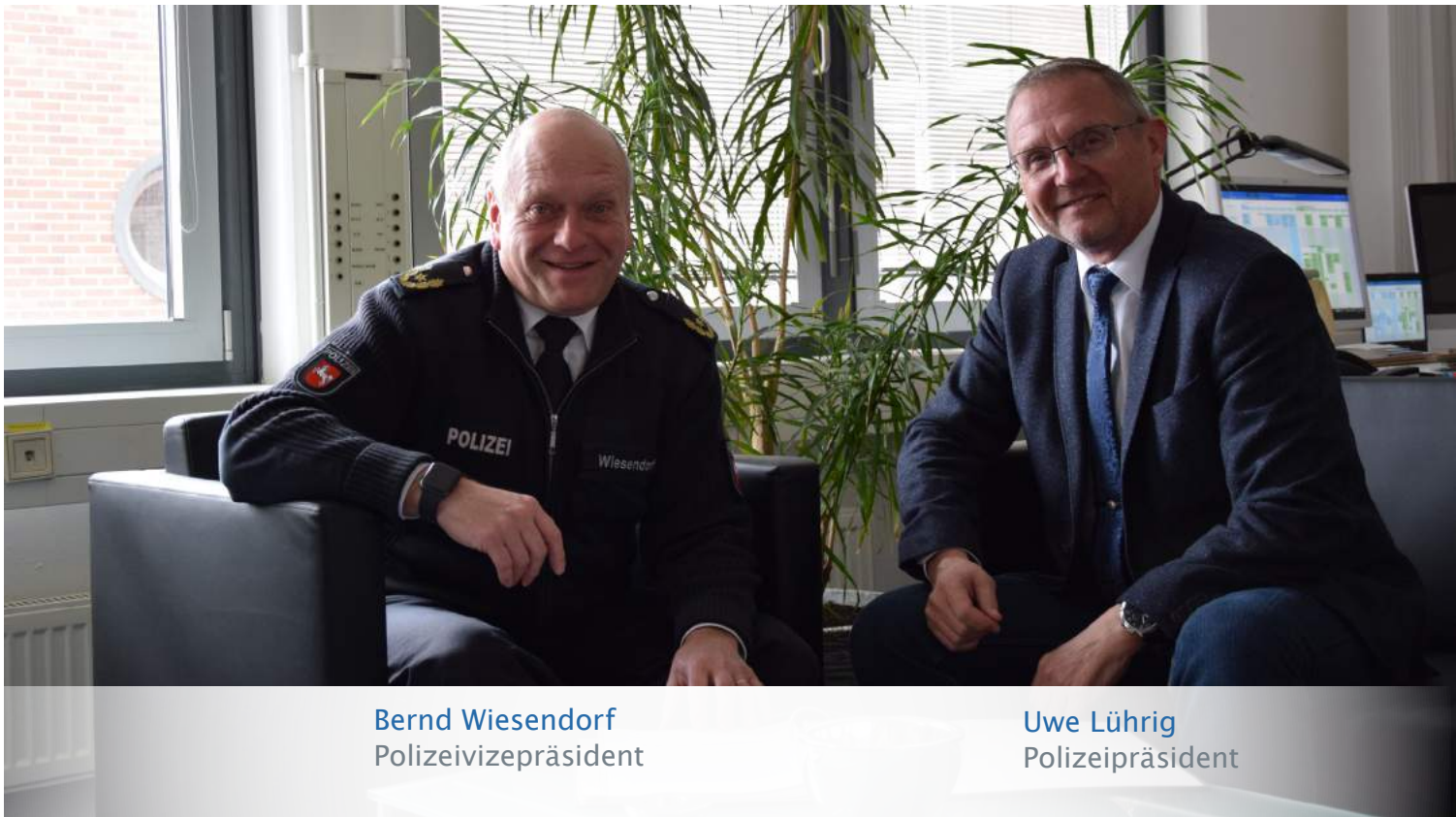
Die Wissenschaft, aber auch die persönliche Erfahrung belegen dabei: Das effektivste Mittel gegen ein Gefühl der Unsicherheit sind verlässliche Informationen. Daher freuen wir uns sehr, Ihnen auch in diesem Jahr den Sicherheitsbericht der Polizeidirektion Göttingen präsentieren zu können. Auf diesen Seiten wollen wir nicht nur die aktuelle Sicherheitslage, sondern auch die polizeiliche Arbeit auf Direktions- wie Inspektionsebene transparent darstellen. Zudem möchten wir Ihnen die wichtigsten Ansprechpartner Ihrer Polizei vor Ort vorstellen, um den erfolgreichen Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunalpolitik und Medien auch künftig fortzusetzen.

Wie in den vergangenen Jahren möchten wir Ihnen aktuelle Informationen aus den Bereichen Kriminalität, Verkehr und Technik vorstellen. Einen besonders lebendigen Einblick erhalten Sie dabei in die Aufgaben der Tatortgruppen und Fachkommissariate bei der Suche und Sicherung von Spuren nach einer Straftat. Daneben berichten auch unsere Präventionsteams über ihre Arbeit.

Jene Themenfelder, die unsere Arbeit im vergangenen Jahr besonders geprägt haben, werden natürlich auch im Sicherheitsbericht hervorgehoben. Im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung gilt dies zum Beispiel für Maßnahmen zum Schutz älterer Menschen vor Kriminalität, aber auch unser Vorgehen gegen international operierende Einbrecherbanden oder Clankriminalität. Als Schwerpunkt im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit gehen wir auf Ablenkung im Straßenverkehr ein, deren Bedeutung leider immer weiter zunimmt. Zudem stellen wir die Arbeit spezialisierter Kontrollgruppen vor. Darüber hinaus gewähren auch die Polizeiinspektionen Einblicke in besondere Einsatzlagen in der Region.

Neben den vollzugspolizeilichen Schwerpunkten geht der Bericht zudem besonders auf das Thema „Gewalt gegen Einsatzkräfte“ und die Einsätze von Feuerwehrleuten aus unserem Zuständigkeitsbereich in Schweden und bei der Bekämpfung des Moorbrands in Meppen ein.

Unser Ziel bleibt dabei auch für das Jahr 2019 unverändert: Wir möchten, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Polizeidirektion Göttingen weiterhin sicher leben können. Deshalb setzen wir uns mit ganzer Kraft für die objektive, aber auch die gefühlte Sicherheit ein. Wir hoffen sehr, dass der Sicherheitsbericht 2018 dazu beitragen kann.



Bernd Wiesendorf
Polizeivizepräsident

Uwe Lührig
Polizeipräsident

Inhaltsverzeichnis: Polizeidirektion Göttingen

Organisation. Präsent vor Ort.
Die Organisation im Überblick ... 3
Aufgaben und Personal der Polizeidirektion Göttingen ... 4
Nachwuchsgewinnung und Ausbildung ... 6
Der Behördenstab - Bindeglied und Fachaufsicht ... 11
Öffentlichkeitsarbeit und Soziale Medien ... 12
Der Interkulturelle Dialog ... 14
Die Abteilung 1 ... 15
Modernes Einsatzmanagement ... 16
Die Diensthundeführerstaffel ... 17
Die Abteilung 2 ... 18
Dezernat 23: Das Amt für Brand- und Katastrophenschutz ... 19

Einsatzbewältigung. Wir sind da und helfen.
Die Abteilung „Anton" der Polizeidirektion Göttingen ... 26
Gewalt gegenüber Einsatzkräften ... 30

Kriminalitätsbekämpfung. Wir ermitteln und klären auf.
Entwicklung der Gesamtkriminalität und ausgewählte Deliktsbereiche ... 40
Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SäM) ... 48
PreMAP - Mobile Software zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität ... 52
Clans und Clankriminalität ... 53
Korruptionsprävention ... 54

Verkehrssicherheitsarbeit. Sicher unterwegs.
Verkehrslagebild der Polizeidirektion Göttingen ... 57
Ablenkung als Hauptunfallursache ... 60
Kontrollen des gewerbsmäßigen Güter- und Personenverkehrs ... 62
Die Spezialisierte Kontrollgruppe Krad ... 63

Prävention. Wir informieren und beraten.
Synergien durch Vernetzung ... 65

Moderne Technik. Wir nutzen sie.
Zukunftsorientierte und effektive Polizeitechnik ... 69

Fazit
Schlusswort des Polizeipräsidenten Uwe Lührig ... 73

Inhaltsverzeichnis: Polizeiinspektion Hildesheim

Organisation. Präsent vor Ort.
Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Hildesheim ... 8
Die Polizeiinspektion auf einen Blick ... 21
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Polizeiinspektion Hildesheim ... 24

Einsatzbewältigung. Wir sind da und helfen.
Besondere Einsätze in der Polizeiinspektion Hildesheim ... 29
Sicherheitspartnerschaften ... 32

Kriminalitätsbekämpfung. Wir ermitteln und klären auf.
Einblicke in die Praxis: Spurensuche- und Sicherrung, Ermittlungsarbeit und Kriminaltechnik ... 34
Kriminalitätsentwicklung in der Polizeiinspektion Hildesheim ... 45
Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SäM) ... 49

Verkehrssicherheitsarbeit. Sicher unterwegs.
Verkehrslagebild der Polizeiinspektion Hildesheim ... 58

Prävention. Wir informieren und beraten.
Das Präventionsteam der Polizeiinspektion Hildesheim ... 67

Vorwort des Inspektionsleiters

Uwe Ippensen,
Leitender Polizeidirektor

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

vor Ihnen liegt der Sicherheitsbericht der Polizeiinspektion Hildesheim für das Jahr 2018. Wie bereits im letzten Jahr wollen wir Ihnen damit wieder Gelegenheit geben, sich anhand von objektiven Daten und Fakten über die Sicherheitslage in Stadt und Landkreis Hildesheim zu informieren. Damit verfügen Sie über exklusive Informationen aus erster Hand!

Die Anzahl der Straftaten im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Hildesheim ist im Jahr 2018 leicht gesunken. Es ist uns gelungen, die Gesamtaufklärungsquote sowie die Aufklärungsquote insbesondere im Bereich des Wohnungseinbruchsdiebstahls zu erhöhen. In beiden Feldern liegen wir damit eindeutig über den Landeszahlen. Gerade der Wohnungseinbruchsdiebstahl beschäftigte uns über das gesamte Jahr 2018 erheblich. Wissen wir doch, welche teilweise erheblichen Probleme mit diesen Straftaten für die Geschädigten verbunden sind. Daher haben wir im letzten Jahr u.a. unsere Kontrolltätigkeiten, die Spurensuche und –sicherung sowie die Abläufe in der Sachbearbeitung intensiviert bzw. optimiert. Diese Bemühungen zeigen positive Wirkung.

Das zweiten große Tätigkeitsfeld, die Verkehrssicherheitsarbeit, hat sich im Jahr 2018 bezogen auf die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle ebenfalls positiv entwickelt. Leider ist die Anzahl der durch Verkehrsunfällen Getöteten mit 14 gegenüber dem Jahr 2017 gleich geblieben. In jedem Fall werden wir unsere Aktivitäten auch in der Verkehrssicherheitsarbeit fortführen und u.a. weiterhin die flächendeckende Geschwindigkeitsüberwachung durchführen.

Seien Sie versichert, dass wir zusammen mit unseren Kooperationspartnern weiterhin verlässlich an dem Thema „öffentliche Sicherheit" arbeiten werden!

Ziel ist es, für alle Bürgerinnen und Bürgern eine möglichst gute Dienstleistung zu erbringen. Über die Ergebnisse werden wir Sie im nächsten Sicherheitsbericht informieren.

Eine wichtige Voraussetzung für gute Ergebnisse ist, dass genügend qualifiziertes Personal vorhanden ist!

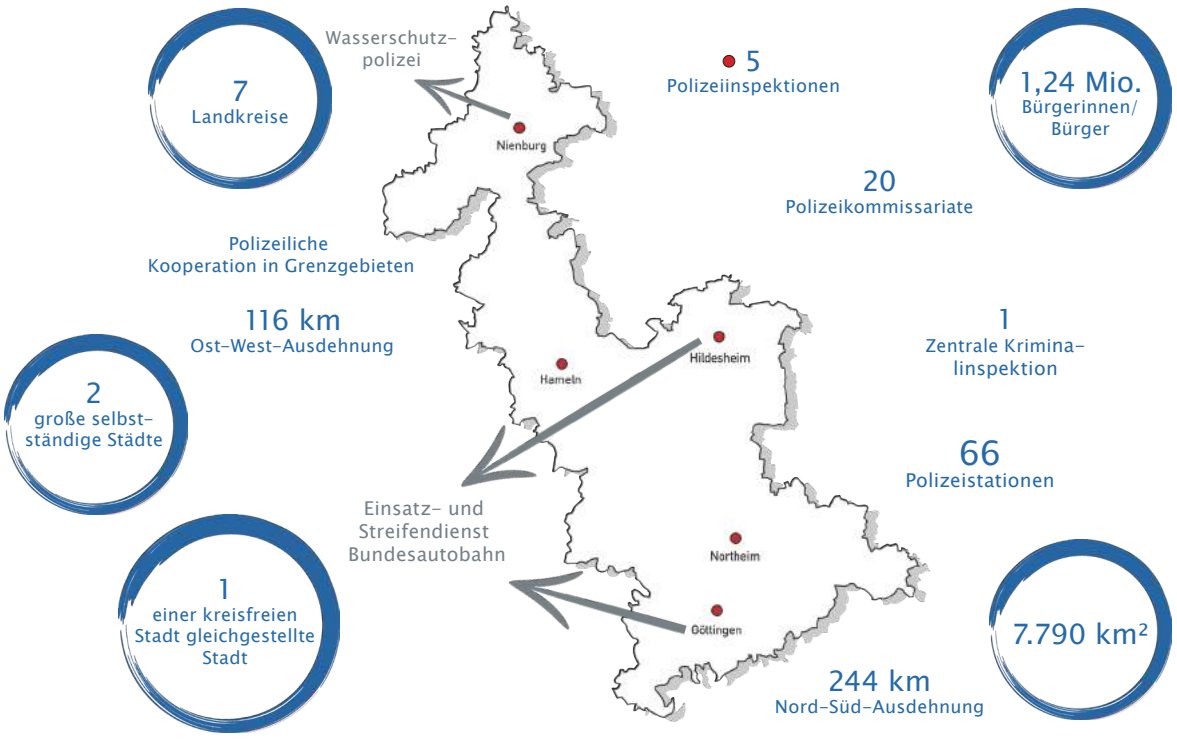
Insbesondere die regionale Nachwuchsgewinnung stellt uns vor eine echte Herausforderung. Um geeignete Bewerberinnen und Bewerber aus dem Großraum Hildesheim zu gewinnen, werden wir unsere Werbeaktivitäten erhöhen, Schülerpraktika in unseren Dienststellen ermöglichen und insbesondere versuchen gute Absolventen von Realschulen für die Polizei Hildesheim zu interessieren.

Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam auch zukünftig verlässlich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Landkreis Hildesheim sorgen werden.

Organisation.

Präsent vor Ort.

Die Organisation im Überblick



Von Hann. Münden im Süden bis Hoya im Norden und von Walkenried im Osten bis Uchte im Westen ist die Polizeidirektion Göttingen der kompetente und leistungsstarke Partner für die Sicherheit von 1,24 Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Der Zuständigkeitsbereich misst 7.790 qkm und umfasst die Landkreise Göttingen (inklusive der einer kreisfreien Stadt gleichgesetzten Stadt Göttingen), Hameln-Pyrmont und Hildesheim (mit den großen selbständigen Städten Hameln und Hildesheim) sowie Holzminden, Nienburg, Northeim und Schaumburg.

Die moderne Gesellschaft ist einem beständigen und dynamischen Wandel unterworfen. Daher gilt es, die Strukturen und die Ablauforganisation der Polizei fortwährend an die Bedürfnisse der Bevölkerung und regionale Besonderheiten anzupassen. Handlungsleitend ist für uns neben einer flächendeckenden Polizeipräsenz stets die Optimierung von Reaktions- und Interventionsfähigkeit in Einsatzlagen, die ein sofortiges Eingreifen erfordern (Sofortlagen). Die Gewährleistung eines hohen und behördenweit gleichbleibenden Sicherheitsniveaus hat dabei höchste Priorität. Um dieses Ziel auch weiterhin zu erreichen, konnten im Jahr 2018 direktionsweit insgesamt 18 Vollzugsbeamtinnen und -beamte hinzugewonnen werden, was in allen Polizeiinspektionen zu einem Personalzuwachs geführt hat.

Um diesem Anspruch in allen Aufgabenbereichen gerecht zu werden, wurde die im Jahr 2015 durchgeführte Organisationsuntersuchung auch im Jahr 2018 weiter umgesetzt. So wurde beispielsweise zum 1. Oktober 2018 die vormalige Polizeistation Hoya zu einem Polizeikommissariat mit einem vollwertigen Rund-um-die-Uhr-Dienst aufgewertet und damit die polizeiliche Struktur in der Region deutlich gestärkt. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Anpassung der polizeilichen Strukturen in Südniedersachsen. Mit der Fusion der Landkreise Göttingen und Osterode im November 2016 entstand für den „neuen" Landkreis Göttingen eine geteilte polizeiliche Zuständigkeit. Mit der Überführung der Dienststellen aus dem Altkreis Osterode in die Polizeiinspektion Göttingen wurde dieser landesweit einmalige Zustand aufgehoben.

Die Anpassung polizeilicher an kommunale Strukturen erleichtern an vielen Stellen die wechselseitige Zusammenarbeit und Abstimmung, insbesondere im Bereich der Gefahrenabwehr. Einerseits sind einheitliche Zuständigkeiten und feste Ansprechpartner wichtiger Bestandteil einer verlässlichen Partnerschaft. Andererseits tragen die schlankeren Strukturen dazu bei, dass alle Beteiligten ihre Aufgaben künftig noch effizienter wahrnehmen können.

Daten und Fakten

- Rechnerisch betreut jede Polizeibeamtin bzw. jeder Polizeibeamte im Vollzugsdienst 511 Bürgerinnen und Bürger (Polizeidichte).
- 27 Standorte im „Rund-um-die-Uhr-Dienst" sowie 64 weitere Dienststellen stellen gepaart mit individuellen Dienstzeitmodellen in Sofortlagen eine schnelle Reaktions- und Interventionsfähigkeit sicher.
- Egal, wo Sie sich in unserem Zuständigkeitsbereich befinden: Unser Anspruch ist es, dass die nächste Polizeidienstelle nicht weiter als 20 Kilometer entfernt ist. Außerdem muss jeder Einsatzort im ungünstigsten Fall in spätestens 20 Minuten zu erreichen sein.

Aufgaben und Personal der Polizeidirektion Göttingen

Der Polizeidirektion Göttingen standen im Jahr 2018 circa 4,85 Millionen Personalstunden zur Bewältigung ihrer Kernaufgaben zur Verfügung. Mit etwa 1, 8 Millionen geleisteten Stunden lag ein wesentlicher Schwerpunkt in der Aufklärung von Straftaten und der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten. Aber auch die rechtzeitige Abwehr von Gefahren jeder Art, z.B. die Beseitigung von Gefahrenstellen oder die Suche nach Vermissten oder hilflosen Personen, erfordert oftmals ein sofortiges und entschlossenes Handeln.

Weitere Arbeitsschwerpunkte bilden die Kriminal- und Verkehrsprävention, die Verkehrssicherheitsarbeit inklusive der Unfallbearbeitung sowie die Einsatzbewältigung aus besonderem Anlass, wie beispielsweise bei Demonstrationen oder anderen Großveranstaltungen.

Unsere Aufgaben in Zahlen

1.834

Erkennungsdientliche Behandlungen von Personen

2.827

Such- und Fahndungsmaßnahmen (in Verbindung mit Vermisstenanzeigen und Abgängigen)

3.891

Hilfeleistungen (Hilflose Personen und Suizidversuche)

917

Bearbeitete Haftbefehle/ Vorführungen

4.248

Ausgelöste Alarme

2.872

Bearbeitete Ordnungswidrigkeiten

732

Brandermittlungen

14.845

Beseitigung von Gefahrenstellen im öffentlichen Verkehrsraum

8.455

Maßnahmen im Zusammenhang mit Streitigkeiten/Ruhestörungen

34.280

Geführte elektronische Kriminalakten

33.309

Bearbeitete Verkehrsunfälle

70.045

Bearbeitete Strafanzeigen

2.175

Todesursachenermittlungen

4.307

Fundsachen

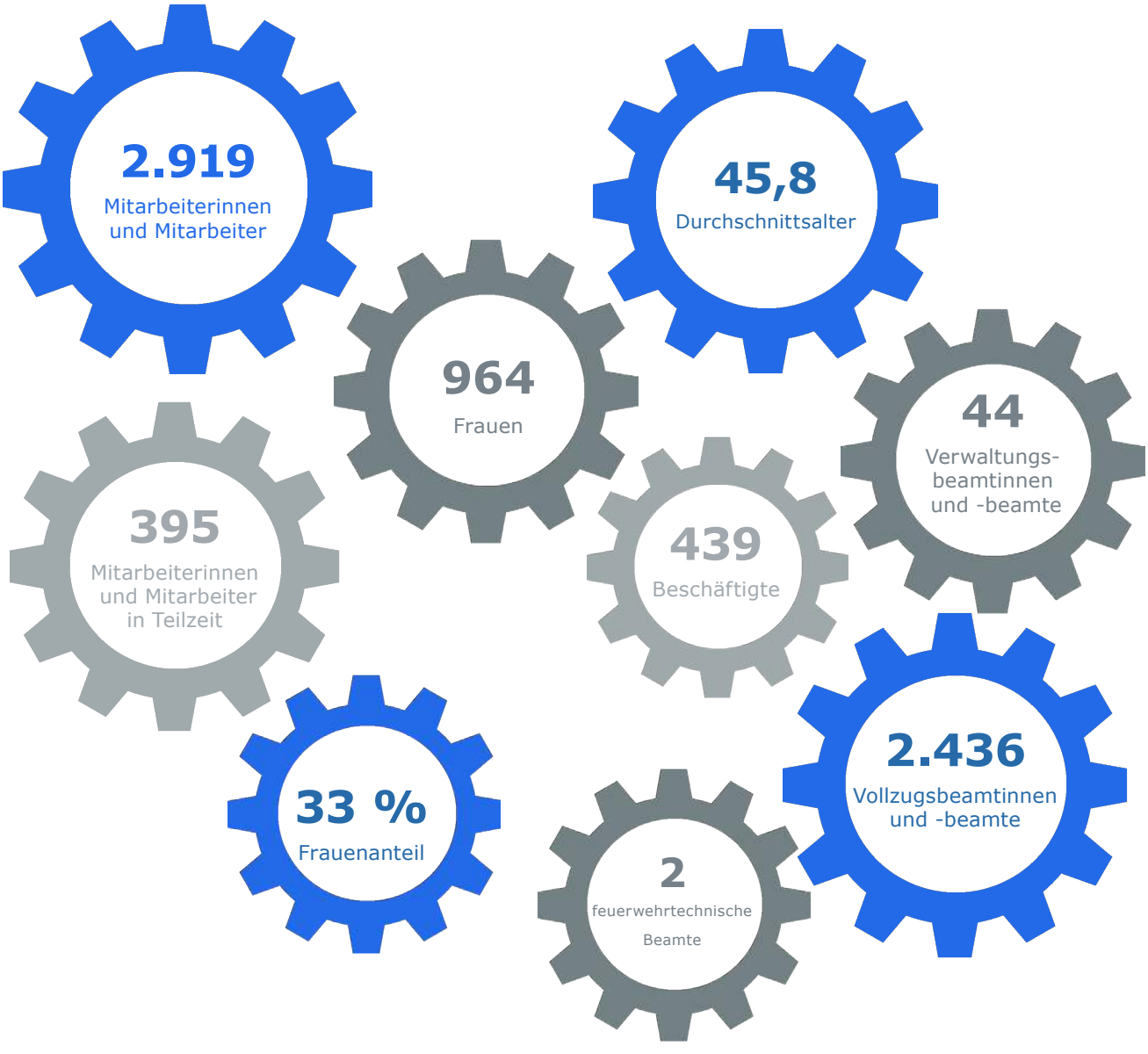
Aufgaben und Personal der Polizeidirektion Göttingen

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Für die Erledigung ihrer Aufgaben steht der Polizeidirektion Göttingen in den unterschiedlichsten Fachbereichen hoch qualifiziertes Personal zur Verfügung. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Spezialistinnen und Spezialisten mit umfangreichem Expertenwissen. Dabei setzen wir vor dem Hintergrund einer immer komplexeren Gesellschaft und der rasant voranschreitenden Digitalisierung zunehmend auch auf die Unterstützung durch externe Fachkräfte.

Schon jetzt beschäftigt die Polizeidirektion Göttingen Spezialistinnen und Spezialisten mit einem Hochschulabschluss in unterschiedlichen Fachrichtungen. Im Jahr 2018 nahmen beispielsweise eine Mitarbeiterin mit dem Studienschwerpunkt „Orientalwissenschaften" sowie im Bereich der Bekämpfung von Cyberkriminalität vier Informatikerinnen und Informatiker ihre Arbeit in der Behörde auf.

Auch im Jahr 2019 sind Einstellungen externer Fachkräfte vorgesehen. Aktuelle Stellenangebote der Polizeidirektion Göttingen finden Sie unter: https://www.pd-goe.polizei-nds.de/beruf_karriere/.



Nachwuchsgewinnung.

Wir stellen ein!

BEWIRB DICH JETZT!

Die Polizeidirektion Göttingen wird sich in den nächsten Jahren deutlich verändern. Es gilt bereits jetzt, eine stetig wachsende Anzahl pensionierter Kolleginnen und Kollegen zu ersetzen, was in vielen Organisationsbereichen zu einer spürbaren Verjüngung führt. Dabei besteht die Möglichkeit zum Polizeistudium sowohl für Schulabsolventinnen und –absolventen mit einer Hochschulzugangsberechtigung (z.B. Abitur) als auch solchen mit einem sogenannten Sekundarabschluss II (z.B. Real- oder Oberschulabschluss) oder vergleichbarer Schulbildung.

Nur wenige Berufszweige genießen in der Bevölkerung ein ähnlich hohes Maß an Vertrauen und Anerkennung wie der Polizeiberuf. Diese Attraktivität spiegelt sich nicht zuletzt in der hohen Anzahl von Neueinstellungen wider, die im Jahr 2018 erneut gestiegen ist Der Wunsch nach einer sinnvollen Tätigkeit, einem breit gefächerten Aufgabenspektrum oder der Teilhabe an einer starken Gemeinschaft sind nur einige der vielfältigen Gründe, den Polizeiberuf zu ergreifen. Eine Arbeitsplatzgarantie und die Perspektive einer späteren Verbeamtung bieten darüber hinaus bereits im Studium soziale Sicherheit.

Unser zukunftsorientiertes Personalmanagement stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Mittelpunkt. Flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen es, berufliche und private Belange miteinander in Einklang zu bringen. Als Arbeitgeber, der mit dem Zertifikat „audit berufundfamilie" ausgezeichnet ist, legen wir dabei zum Beispiel ein besonderes Augenmerk auf die Unterstützung von Eltern und pflegenden Angehörigen.

Ihre Ansprechpartnerinnen:

Gesa Hujahn Tel.: 0551/491 - 1314

Carmen Kauschke Tel.: 0551/491 - 1326

nachwuchswerbung@pd-goe.polizei.niedersachsen.de

http://www.polizei-studium.de/

Ausbildung in der Polizeidirektion Göttingen

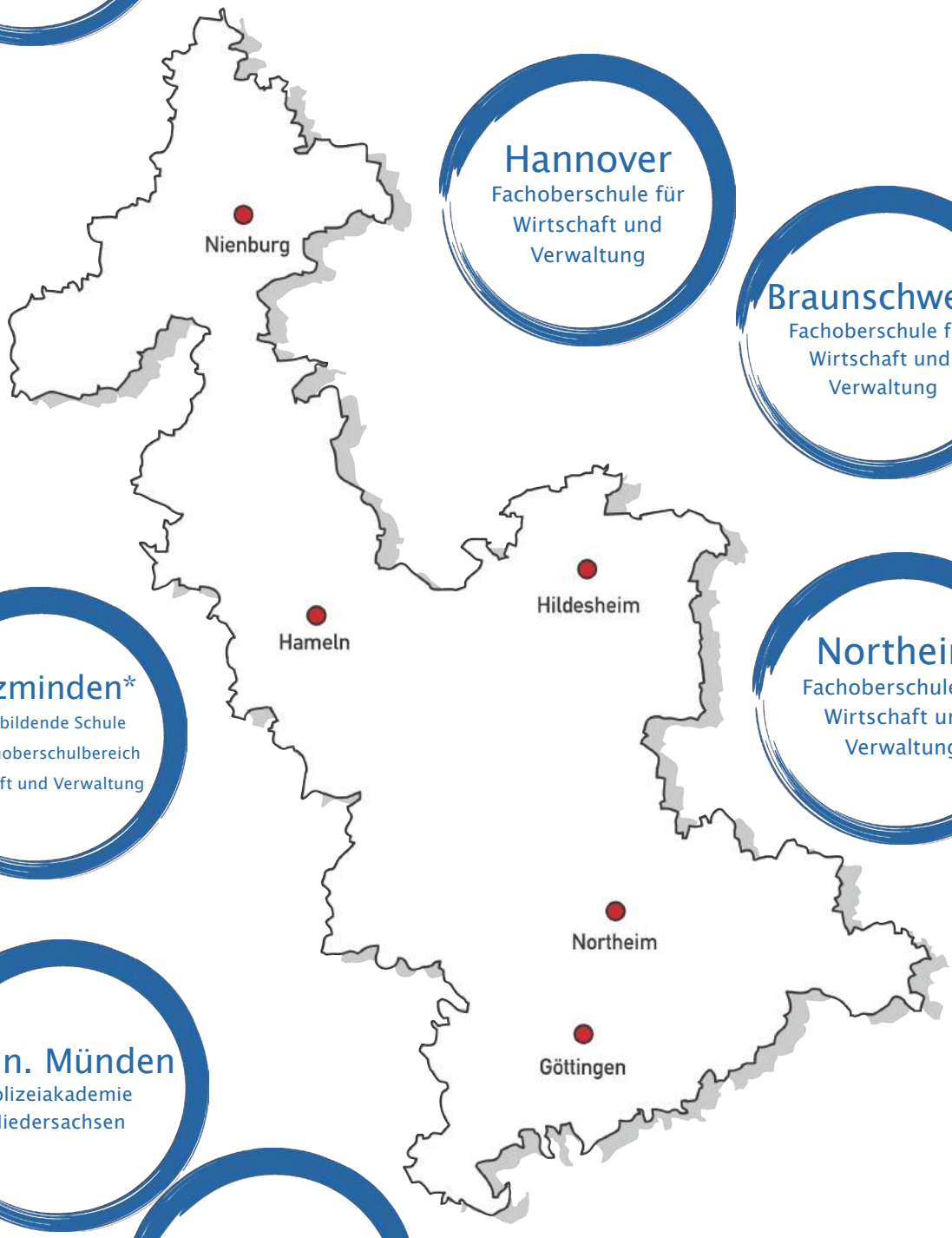
289 Neueinstellungen 2018

http://www.polizei-studium.de/

Nienburg
Polizeiakademie
Niedersachsen

Hannover
Fachoberschule für
Wirtschaft und
Verwaltung

Braunschweig
Fachoberschule für
Wirtschaft und
Verwaltung



Holzminden*
Berufsbildende Schule
mit Fachoberschulbereich
Wirtschaft und Verwaltung

Northeim
Fachoberschule für
Wirtschaft und
Verwaltung

Hann. Münden
Polizeiakademie
Niedersachsen

Fachoberschule für
Wirtschaft und
Verwaltung

* ab dem Jahr 2019

Christopher Kurpjuhn

Polizeikommissar

Christopher Kurpjuhn, 22 Jahre, ist seit dem 01. Oktober 2018 Angehöriger der Polizeiinspektion (PI) Hildesheim. Er versieht seinen Dienst im Einsatz- und Streifendienst (ESD). Wir stellten ihm einige Fragen zur Berufswahl und seinem bisherigen Werdegang.

Warum hast Du Dich für den Polizeiberuf entschieden?

Ich hatte schon als Kind bzw. Jugendlicher großen Respekt vor jedem Polizeibeamten. Jeder Beamte, den ich gesehen hatte, war für mich etwas Besonderes. Mich als einen Kollegen bezeichnen zu dürfen, ist ein Traum. Ein Job bei dem ich nie weiß, was einen bei der Arbeit erwarten kann. Täglich neue Herausforderungen und neue Aufgaben. Das kann doch niemals langweilig werden. Hinzu kommt eine soziale Absicherung durch den Beamtenstatus und ein gutes Einkommen. Diese Aspekte waren schon ausreichend, um mich für den Polizeiberuf zu entscheiden. Und das sind noch nicht einmal alle Gründe, die mich zu einer Bewerbung bei der Polizei bewegt haben. Beispielhaft sind hier noch die gute Gemeinschaft im Kollegenkreis, die Arbeit im Team sowie die Mischung aus Sachbearbeitung am Schreibtisch und der Umgang mit Menschen zu nennen.

Wie hast Du Dich über den Polizeiberuf und den Weg dahin informiert?

Um zu erfahren, wie ich mich perfekt auf den Einstellungstest vorbereiten kann, habe ich mich zunächst auf der Internetseite „www.polizei-studium.de" erkundigt. Hier gibt es schon viele hilfreiche

Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Hildesheim

Tipps und Informationen zum Studium und den Zugangsvoraussetzungen. Auch die für die Bewerbung erforderlichen Dokumente erhielt ich hier. Über die Homepage der Polizeidirektion Göttingen (www.pd-goe.polizei-nds.de) erhielt ich weitere Informationen sowie Ansprechpartner der Polizeiinspektionen und den örtlichen Studienberatern. Ein Beamter der Polizeiinspektion Hildesheim bot mir damals die Gelegenheit ein Beratungsgespräch mit ihm wahrzunehmen. Danach stand dem Einstellungstest nichts mehr im Weg.

Wie ging es für Dich nach der erfolgreichen Bewerbung weiter?

Da ich mich mit dem Sekundarschulabschluss I (erweiterter Realschulabschluss) beworben hatte, musste ich zunächst die Fachhochschulreife (FHS) über den Besuch der Fachoberschule (FOS) für Verwaltung und Rechtspflege erlangen. Das einjährige Praktikum im Rahmen der FOS absolvierte ich dabei in meiner Heimat Hildesheim. Die Eindrücke im Einsatz- und Streifendienst faszinierten mich sehr. Das Mitwirken bei der Bewältigung vielfältiger Einsätze machte mir großen Spaß. Ich merkte schnell, dass ich den perfekten Beruf gefunden habe. Später lernte ich den Bereich der Ermittlungen kennen. Es war sehr beeindruckend zu sehen, wie Ermittler mit kleinen Puzzleteilen an ihr Ziel gekommen sind und eine Straftat aufklären und einen Täter ermitteln konnten. Nebenbei noch einmal die Schulbank zu drücken, klingt auf dem ersten Blick nicht sehr spannend, aber dafür die Garantie auf ein bezahltes Studium zu haben, war schon sehr attraktiv. Rückblickend war meine Zeit auf der Fachoberschule die perfekte Vorbereitung, mit der Materie des Rechts in Verbindung zu kommen.

Was ist Dir rückblickend besonders in Erinnerung geblieben?

Ich kann mich rückblickend an viele nette und hilfsbereite Kollegen erinnern, die immer bereit waren auf mich einzugehen und mich in die Arbeit einzubinden, damit ich auch als "kleiner" FOS-Praktikant mit anpacken konnte. Auch heute als ausgebildeter, junger Polizeikommissar stehen mir diese Kollegen als Ansprechpartner zur Verfügung.

Haben sich Deine Berufserwartungen erfüllt und wo siehst Du Deine Zukunft?

Langfristig sehe ich meine Zukunft im Einsatz- und Streifendienst. Ich genieße meine Zeit auf meiner Heimatdienststelle in einer Dienstabteilung in der ich mich sehr wohl fühle. Schon seit der FOS wusste ich, dass ich später mal bei der Tatortgruppe arbeiten und Bachelorpraktikanten auf ihrem Weg im Einsatzpraktikum begleiten möchte. Dies sind Ziele, die ich für mich als nächstes verwirklichen möchte. Natürlich will ich an dieser Stelle nicht vergessen, dass das primäre Ziel zunächst die Verbeamtung auf Lebenszeit ist.

Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Hildesheim

Ihre Ansprechpartner

Zum Thema Nachwuchsgewinnung steht Ihnen in der Polizeiinspektion Hildesheim

Stefanie Schädrich

Tel.: 05121 939 - 105
E-Mail: postfach-auf@pi-hi.polizei.niedersachsen.de

zur Verfügung.

Darüber hinaus informieren zusätzliche Studienberater, die in unterschiedlichen Aufgabenbereichen und Organisationseinheiten der Polizeiinspektion Hildesheim ihren Dienst versehen.

Die erste Ansprechpartnerin für die Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion (PI) Hildesheim ist Polizeihauptkommissarin Stefanie Schädrich vom Sachbereich Aus- und Fortbildung (AuF). Sie ist unter der Rufnummer 05121/939-105 oder per E-Mail unter postfach-auf@pi-hi.polizei.niedersachsen.de zu erreichen.

Stefanie Schädrich koordiniert das „Team Nachwuchsgewinnung", das sich u.a. aus Ansprechpartnern aller Polizeidienststellen der Polizeiinspektion Hildesheim zusammensetzt. Dieses Team sowie zusätzliche Studienberater informieren sowohl am Standort der PI als auch in den Polizeikommissariaten über Möglichkeiten des Berufseinstiegs.

Begleitete Veranstaltungen

Die Kollegen/-innen waren im Jahr 2018 bei zahlreichen Informationsveranstaltungen vertreten, darunter:

16.06.2018	Tag der offenen Tür der Polizeidirektion Göttingen, Bad Salzdetfurth
14.09.2018	Nacht der Bewerber Halle 39, Hildesheim
26.10.2018	Berufsmesse „start.punkt.landung" bei Eintracht Hildesheim

Auch im **Jahr 2019** werden die Kollegen/-innen Interessierten Rede und Antwort stehen, z.B. bei der Berufsmesse „Vocatium" am 13.06.2019 in der Halle 39.

Wir haben ein großes Interesse daran, dass sich möglichst viele Abiturienten/innen und FHS-Absolventen/innen aus dem Großraum Hildesheim bei der Polizeidirektion Göttingen bewerben. Unser besonderes Interesse gilt aber auch leistungsstarken Realschulabsolventen/innen, für die ebenfalls sehr gute Aussichten auf ein Studium bei der Polizei Niedersachsen bestehen.

Der Behördenstab – Bindeglied und Fachaufsicht

Der Behördenstab fungiert in doppelter Hinsicht als Bindeglied: einerseits zwischen der Polizeidirektion (PD) Göttingen und den nachgeordneten Inspektionen, andererseits zum Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport. Beispielsweise werden hier ministerielle Erlasse auf Behördenebene als Verfügungen umgesetzt. Zudem übernimmt der Stab Koordinierungsfunktionen und unterstützt die Inspektionen auf fachlicher Ebene bei der Aufgabenwahrnehmung. Auch die Kommunen berät er bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und übt in bestimmten Feldern, wie z.B. dem Waffenrecht, die gesetzlich vorgeschriebene Fachaufsicht aus.

2 Abteilungen

8 Dezernate

273 Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter (gesamt)

123 Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter Stabsaufgaben

169 Polizeivollzugbeamtinnen/-beamte

22 Verwaltungsbeamtinnen/-beamte

2 feuerwehrtechnische Beamtinnen/Beamte

78 Beschäftige

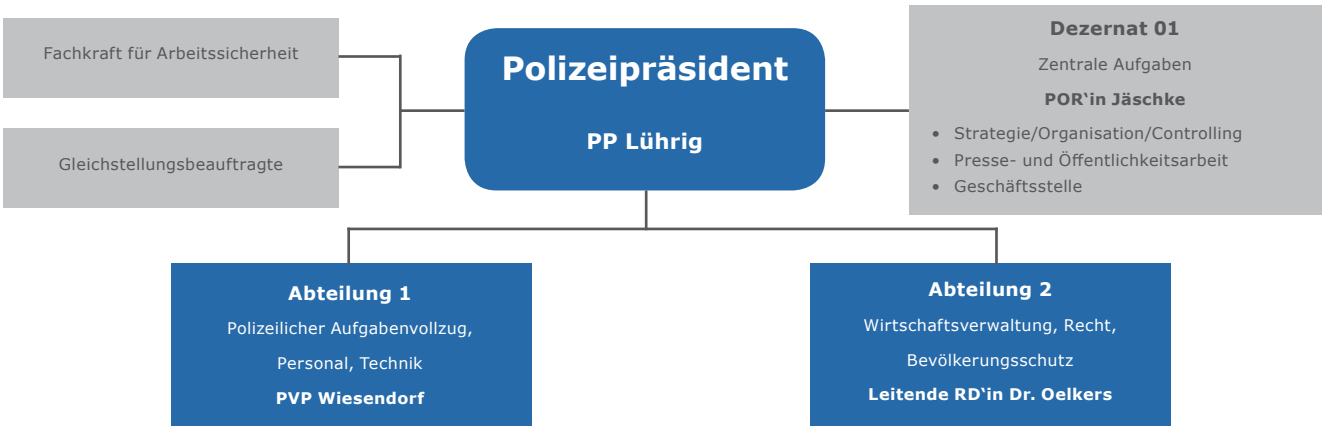
Zurzeit sind 273 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Behördenstab der PD Göttingen beschäftigt. Er umfasst zwei Abteilungen und das Dezernat 01, das aufgrund seiner Zentralstellung direkt der Behördenleitung angegliedert ist. Neben der Geschäftsstelle, die zentrale Abläufe koordiniert, ist hier das Sekretariat der Behördenleitung und die Verantwortliche für den „Interkulturellen Dialog" angebunden.

Polizeipräsident Uwe Lührig

- Präsident der Polizeidirektion Göttingen seit April 2015
- Eintritt in die Polizei im Jahr 1977
- Vorherige Aufgaben u.a. Präsident der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen und Landespolizeidirektor im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport
- Geburtsjahr: 1957
- Verheiratet, zwei Kinder, wohnhaft in Hildesheim

Auch die Bearbeitung entscheidender Zukunftsfragen zählt zu den Aufgaben des Dezernats 01. Hier sind es im Wesentlichen die Sachbereiche Strategie, Controlling und Organisation, die in enger Zusammenarbeit mit den Fachdezernaten die strategische Ausrichtung der Behörde erarbeiten und kontinuierlich den aktuellen Erfordernissen anpassen. Auf Grundlage dieser Strategie werden wichtige Entwicklungsprozesse angestoßen und begleitet, um die Zukunftsfähigkeit der Organisation zu gewährleisten.

Ein Ergebnis dieses Strategieprozesses ist beispielsweise, dass in der Polizeidirektion Göttingen Anfang 2017 ein Prozessmanagement eingeführt wurde. So soll insbesondere das in der Organisation vorhandene Wissen erhalten, die Abläufe künftig noch effizienter gestaltet und Fehlerquellen minimiert werden.



Michael Müller
Pressesprecher

Julia Huhnold
Leiterin der Pressestelle

Nicole Kappei
Social Media Managerin

Immer auf dem Laufenden – die Pressestelle der Polizeidirektion Göttingen

In einer Demokratie haben die Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch, über die öffentliche Sicherheitslage und die Tätigkeit der Sicherheitsbehörden informiert zu werden. Daher sind wir nach § 4 Abs. 1 NPresseG, § 53 NMedienG sowie §§ 9a und 55 RStV dazu verpflichtet, den Medien im angemessenen Rahmen Auskünfte über ihre Arbeit zu erteilen.

Doch aus Sicht der Polizei bedeutet eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit weit mehr als eine gesetzliche Verpflichtung. Denn gerade im Ernstfall ist die überlegte Weitergabe gesicherter Informationen das beste Mittel, um der Verbreitung von Falschmeldungen und Gerüchten entgegenzuwirken. In besonderem Maße gilt dies für Sondereinsätze, wie z.B. große Demonstrationen, die auf ein breites öffentliches Interesse stoßen. Zudem trägt eine regelmäßige Berichterstattung über Präventions- und Sicherheitsthemen zum generellen Sicherheitsgefühl der Bevölkerung bei und vermittelt ein größeres Verständnis für die polizeiliche Arbeit. Sowohl in der Polizeidirektion (PD) Göttingen als auch in den Polizeiinspektionen sind speziell ausgebildete Pressesprecherinnen und -sprecher tätig, um diesen Aufgaben gerecht zu werden. Auf Direktionsebene stehen den Medien Polizeihauptkommissarin Julia Huhnold, die Leiterin der Pressestelle, sowie Pressesprecher

Öffentlichkeitsarbeit und Soziale Medien

Michael Müller zur Verfügung. Hier werden vor allem Themen bearbeitet, deren Bedeutung über die Grenzen einer einzelnen Polizeiinspektion hinausweist. Zudem koordiniert die Pressestelle der PD Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, an denen mehrere Inspektionen beteiligt sind, wie etwa bei der Begleitung direktionsweiter Verkehrskontrollen.

Im Einzelnen ist das Aufgabenspektrum breit gefächert und reicht von der klassischen Pressearbeit in Form von Pressemitteilungen und -konferenzen bis zur Organisation größerer Veranstaltungen. Zudem unterstützt die Pressestelle die Behördenleitung bei öffentlichen Auftritten, unter anderem durch die Vorbereitung von Reden oder Grußworten. Auch die Website der Behörde und das darin integrierte Kontaktformular wird von hier betreut.

Neben der externen Kommunikation fällt auch die interne Öffentlichkeitsarbeit in die Zuständigkeit der Pressestelle. Darunter fallen zum Beispiel ein Mitarbeitermagazin und Beiträge im Intranet, aber auch die Beratung im Umgang mit NIMes, dem internen Messengerdienst der Polizei Niedersachsen.

Crossmedial unterwegs – unsere Präsenz in den Sozialen Medien

Die klassische Pressearbeit wird in der PD Göttingen durch die Nutzung neuer Medien ergänzt. Social Media Managerin Nicole Kappei ist unter anderem für die Weiterentwicklung des Angebots und die Organisation bestehender Kanäle verantwortlich.

Die Bürgerinnen und Bürger werden über unsere Accounts mit aktuellen Informationen zu Einsatzlagen, Kriminalitätsphänomenen, Präventionsthemen, Veranstaltungen und Stellenangebote versorgt. Wir möchten für die Außenwelt ansprechbar sein und direkt ohne Umwege kommunizieren und Transparenz schaffen. Mit Live-Begleitungen, wie z.B. dem #liveticker110 im Einsatz- und Streifendienst sowie der Leitstelle in Göttingen und Hameln, ermöglichen wir den Bürgerinnen und Bürgern einen Blick hinter die Kulissen.

Stand: Ende 2018

Facebook

2 Accounts

21.204 Abonennten

20.387 Likes

Twitter

9 Accounts

16.186 Follower

Das Ziel der Polizeidirektion Göttingen ist es, mit wichtigen Informationen einen möglichst großen Bevölkerungskreis zu erreichen. Neben den klassischen Medien kommt dabei den Sozialen Medien, deren gesellschaftliche Bedeutung beständig wächst, eine Schlüsselrolle zu. Durch ihre Nutzung möchten wir die polizeiliche Präsenz und Ansprechbarkeit erhöhen. So wollen wir den Austausch und die Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern stärken.

Schon mit uns vernetzt?

Sie interessieren Sich für weitere Informationen und aktuelle Meldungen aus der Polizeidirektion Göttingen?

Dann besuchen Sie uns gerne auf unserer **Homepage** unter *www.pd-goe.polizei-nds.de*.

Oder Folgen Sie der Polizei Göttingen auf Twitter oder Facebook.

Der Interkulturelle Dialog

Das Einsatzgebiet der Polizeidirektion Göttingen ist durch eine hohe kulturelle und religiöse Vielfalt geprägt. Auch in der täglichen Arbeit der Polizei nimmt der Kontakt mit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Glaubensrichtungen immer weiter zu. Daher ist es unabdingbar, dass Polizeibeamtinnen und –beamte in mehrfachkulturellen Begegnungssituationen schnell, kompetent und vor allem kultursensibel handeln können.

Seit dem Jahr 2016 trägt der Arbeitsbereich „Interkultureller Dialog" als fester Bestandteil im Dezernat 01 zur Erweiterung und Vertiefung der interkulturellen Ressourcen bei. Die Bezeichnung verdeutlicht dabei bereits die inhaltliche Zielrichtung: Einerseits steht ein offener und vertrauensvoller Umgang zwischen der Polizei und Menschen mit Migrationshintergrund im Zentrum. Andererseits soll innerhalb der Polizei das Wissen und Verständnis um anderskulturelle und religiöse Prägungen von Menschen aus anderen Kulturkreisen vertieft werden.

Ihre Ansprechpartnerin für Fragen zum interkulturellen Dialog:

Nermin Bozkurt
Tel: 0551/491-1008
nermin.bozkurt@polizei.niedersachsen.de

„Als Verantwortliche für den interkulturellen Dialog bin ich direktionsweit ein ‚Brückenbauer' zwischen Polizei und Menschen mit Migrationshistorie."

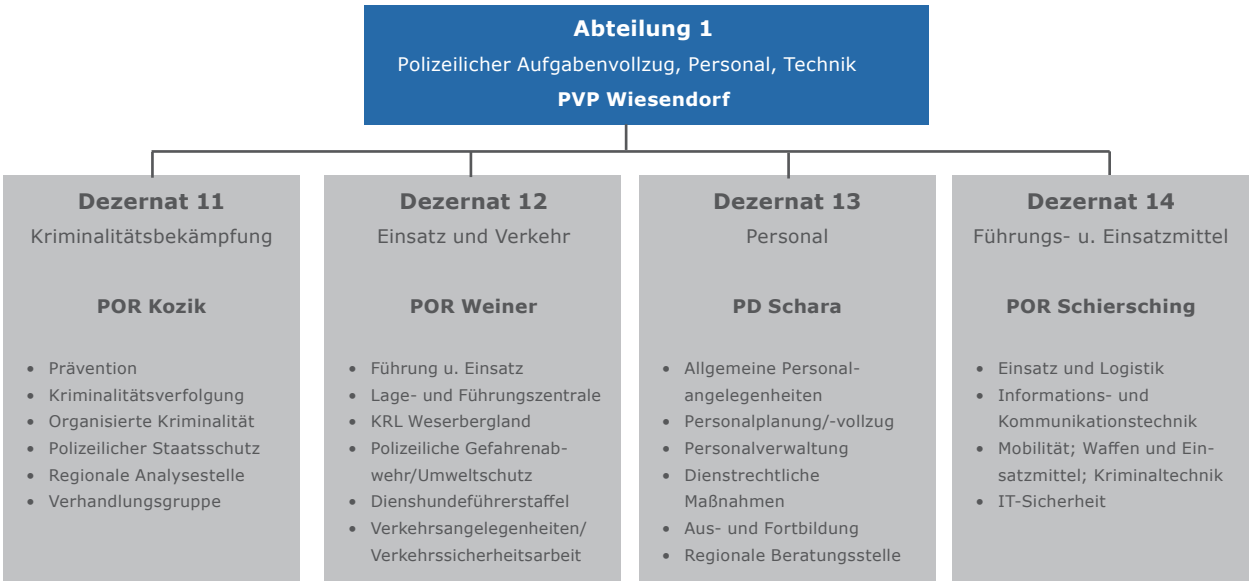
Aufgabenbereiche der Verantwortlichen für den interkulturellen Dialog

- Vermittlungs- und Kontaktstelle für Menschen mit Migrationshintergrund bei Fragen und Beratungswünschen rund um das Thema „Polizei"
- Beratung der Polizei bei soziokulturellen und religiösen Themen und Fragestellungen
- Referententätigkeit im Rahmen interner Fortbildungen sowie externen Veranstaltungen
- Vorträge für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte über Funktion und Aufgaben der Polizei in Niedersachsen (zwecks Vertrauensaufbau)

- Netzwerkbildung und –pflege mit Akteuren der Migrations- und Integrationsarbeit, religiösen und kulturellen Institutionen sowie Kommunen
- Kooperation mit Wissenschaft und Forschung zu interkulturellen Fragestellungen
- Organisation von und Mitwirkung an Veranstaltungen und Projekten zu Themen mit multikulturellem Bezug

- Mitwirkung bei der Nachwuchsgewinnung in der Zielgruppe junger Menschen mit Migrationshistorie; Informationsvermittlung zum Studium und dem Berufsbild Polizei

Die Abteilung 1



Mit 223 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist der Großteil des Behördenstabes in den vier Dezernaten der Abteilung 1 organisiert. Der Abteilungsleiter, Bernd Wiesendorf, ist sogleich Polizeivizepräsident und der ständige Vertreter des Polizeipräsidenten.

Die Grafik gibt einen Einblick in die Aufgaben der einzelnen Dezernate. Dabei gilt für das Dezernat 12 die Besonderheit, dass hier neben der Stabsarbeit auch operative Aufgaben wahrgenommen werden. Dies gilt insbesondere für die Angehörigen der Lage- und Führungszentrale in Göttingen, der kooperativen Regionalleitstelle Weserbergland in Hameln und der Diensthundführergruppe.

Innerhalb der Dezernate der Abteilung 1 spiegelte sich der personelle Wandel in der Polizeidirektion Göttingen im vergangenen Jahr in besonderem Maße wider. Mit drei Dezernatsleitungen wurde ein wesentlicher Teil der Führungspositionen neu besetzt. Polizeioberrat Jens Kozik, der zuvor Leiter des Zentralen Kriminaldienstes in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden war, übernahm dabei die Leitung des Dezernats 11. Polizeioberrat Michael Weiner, der zuvor die Leitung des Dezernats 01 innne hatte, leitet nun das Dezernat 12. Kriminaldirektor Stefan Schara, dem zuvor die Leitung des Polizeikommissariats Nordstadt in Hannover oblag, wechselte zudem in den Stab der Polizeidirektion Göttingen, um die Leitung des Dezernats 13 zu übernehmen.

Der Organisationsbereich „Führungs- und Einsatzmittel" der Polizeidirektion Göttingen ist seit Juli dieses Jahres neben dem Behördenstab auch für die Polizeiinspektion Göttingen zuständig. Durch die Zusammenlegung der Bereiche im Dezernat 14 konnten Parallelstrukturen aufgelöst und auf beiden Seiten Synergieeffekte erzielt werden.

Polizeivizepräsident Bernd Wiesendorf

- Vizepräsident der Polizeidirektion Göttingen seit November 2012
- Eintritt in die Polizei im Jahr 1978
- Vorherige Aufgaben u.a. Vizepräsident der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen, Leiter der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden sowie Abteilungsführer der Abteilung Anton
- Geburtsjahr: 1957
- Verheiratet, zwei erwachsene Kinder, wohnhaft im Landkreis Holzminden

Zudem ist in der Polizeidirektion Göttingen Niedersachsens dienstälteste Präventionspuppenbühne angesiedelt. Seit mehr als 40 Jahren ist das Puppenspiel fester Bestandteil der Kriminal- und Verkehrsprävention der Göttinger Polizei. Seit dem Jahr 2013 ist die Puppenbühnen mit ihren beiden Standorten in Göttingen und Hildesheim dem Dezernat 11 der Behörde angegliedert.

Modernes Einsatzmanagement

Das Notruf- und Einsatzmanagement der Polizeidirektion Göttingen erfolgt rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr in der Lage- und Führungszentrale „Weser" in Göttingen und der Einsatzleitstelle „Süntel" in Hameln.

Die Lage- und Führungszentrale „Weser" ist für die Polizeiinspektionen Göttingen und Northeim (vormals Northeim/Osterode) zuständig. In der Leitstelle „Süntel" werden die Einsätze für die Polizeiinspektionen Hameln-Pyrmont/Holzminden, Hildesheim und Nienburg/Schaumburg koordiniert.

65

Operative Mitarbeiter/-innen (einschließlich Datenabfragen)

75.000

Notrufe im Jahr 2018 bei „Weser"

175.000

Notrufe im Jahr 2018 insgesamt

100.000

Notrufe im Jahr 2018 bei „Süntel"

233.000

Einsätze im Jahr 2018 insgesamt

90.000

Einsätze im Jahr 2018 bei „Weser"

143.000

Einsätze im Jahr 2018 bei „Süntel"

Hinweis:
Nicht jedem polizeilichen Einsatz geht ein Notruf voraus! Auch infolge von Meldungen direkt bei der Wache örtlicher Polizeidienststellen oder eigeninitiativer Feststellungen der Einsatzbeamtinnen und -beamten können Einsätze entstehen.

Die Diensthundeführerstaffel

Die Diensthundeführerstaffel ist für den gesamten Bereich der PD Göttingen zuständig. Vier Diensthundeführergruppen sind disloziert an den Standorten in Göttingen, Hildesheim, Hameln und Nienburg untergebracht. Unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer Diensthundeführergruppe werden die Diensthunde nicht nur in der PD Göttingen sondern auch niedersachsenweit oder in anderen Bundesländern eingesetzt

Zu den Aufgaben der Diensthundeführer/-innen gehören der Streifendienst, die Unterstützung der Dienststellen bei der Bewältigung von Einsatzlagen im täglichen Dienst, an Brennpunkten und bei besonderen Anlässen (z. B: Demonstrationen, Fußballspiele, Schützenfeste). Neben der Ausbildung als Schutzhund erhält jeder Diensthund anschließend je nach Veranlagung und dienstlicher Notwendigkeit eine zusätzliche Spezialisierung, z. B als Leichen- und Blutspürhund.

Insgesamt verfügt die Polizeidirektion Göttingen über 33 Diensthunde. Hiervon sind 31 Diensthunde als Schutzhund ausgebildet. Zwei befinden sich zzt. noch in der Ausbildung. Darunter befinden sich 25 Hunde, die eine Spezialausbildung durchlaufen haben: 14 Rauschgiftspürhunde (zwei davon mit dem Zusatz Banknotenspürhund), zwei Leichen- und Blutspürhunde, ein Brandmittelspürhund und acht Sprengstoffspürhunde.

2.063 Einsätze

1.345 mit Schutzhunden

718 mit Spezialhunden

Diensthund Secca

- Wurftag: 12.10.11
- Rasse: Belgischer Schäferhund
- Ausbildung: Schutzhund
- Spezialisierung: Leichen- und Blutspürhund,
- Zusatz: Wassersuche

Das Bild zeigt Secca mit Kriminalhauptkommissarin Stephanie Hesse, ihrer Diensthundführerin.

Seccas spektukulärster Fall

Ein besorgter Bürger informierte im Sommer 2018 die Polizei in Herzberg (Polizeiinspektion Northeim/Osterode) über das ominöse Verschwinden der Eltern des zukünftigen Schwiegersohnes. Umfangreiche Ermittlungen der Beamten des zentralen Kriminaldienstes in Northeim deuteten schließlich auf ein Verbrechen und die Tötung der Mutter hin. Deren Leichnam wurde im Weiteren im Bereich des Wohnhauses vermutet.

Secca wurde darauf als Leichen- und Blutspürhund am besagten Wohnhaus eingesetzt. Und in der Tat: nach kürzester Zeit zeigte sie im Wohnzimmer an einer Blumenbank Auffälligkeiten durch Bellen an. Unterhalb eines Kiesbettes konnte hier eine zubetonierte Fläche festgestellt werden. Aufgrund des nachhaltigen und souveränen Verhaltens von Secca wurde sofort der Gerichtsmediziner verständigt, schweres Gerät angefordert und Videotechnik installiert. So konnte im weiteren Verlauf von Beginn an und lückenlos die Freilegung des Leichnams unter Kies und Beton dokumentiert und alle Spuren professionell gesichert werden.

Der Einsatz des Diensthundes konnte somit wesentlich zur Aufklärung des Sachverhaltes beitragen.

Hintergrund:
Die Konditionierung der Gerüche für einen späteren Spezialhund erfolgt mittels einer angenehmen Folge, hier zumeist Spielen mit einem Bringsel. So verwundert es nicht, dass alle Spezialhunde Ihren „Job" freudig erledigen. Zum Einen „schnüffelt" ein jeder Hund gerne, zum Anderen lohnt es sich, weil mit dem Finden des Geruches eine angenehme Folge verknüpft wird: Spielen!

Die Abteilung 2

Die Abteilung 2 der Polizeidirektion (PD) Göttingen ist in drei Dezernate (die Dezernate 21, 22 und 23) untergliedert und wird von Dr. Martina Oelkers geleitet.

Dr. Martina Oelkers, Leiterin der Abteilung 2

- Studium der Rechtswissenschaften sowie Promotion an der Universität Osnabrück, juristisches Referendariat im Bezirk des Oberlandesgerichts Oldenburg
- seit Februar 2017 Leiterin der Abteilung 2 der Polizeidirektion
- vorherige Tätigkeiten als Leiterin des Dezernats 22 (Recht) der Polizeidirektion Osnabrück, als Referatsleiterin in der Landsbauabteilung/Oberfinanzdirektion sowie als Rechtsanwältin

Dem Dezernat 21 obliegt die Wirtschaftsverwaltung und Finanzsteuerung innerhalb der PD Göttingen. Dabei war der Behörde im Jahr 2018 ohne Personalkosten ein Budget von 11,4 Millionen Euro zugewiesen.

Das Rechtsdezernat

Im Dezernat 22 werden die rechtlichen Angelegenheiten der PD Göttingen bearbeitet. Dabei können auch die Bürgerinnen und Bürger unter bestimmten Voraussetzungen seine Dienste in Anspruch nehmen. Denn zu den Aufgaben des Dezernats zählt auch die Beglaubigung von Urkunden und Dokumenten, die in den Kommunen im Zuständigkeitsbereich der Behörde ausgestellt wurden und im Ausland Verwendung finden sollen. Im Jahr 2018 wurden in diesem Zusammenhang 2093 Apostillen und Beglaubigungen (Legalisationen) ausgestellt.

Veräußerung der „DIK-Moschee“

Im Jahr 2018 verwertete die Polizeidirektion Göttingen durch die Dezernate 21 und 22 erstmals eine Immobilie, die zuvor durch die Behörde beschlagnahmt worden war. Nachdem das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport im März 2017 den Deutschsprachigen Islamkreis Hildesheim e.V. (DIK) verboten hatte, beschlagnahmte die PD Göttingen das Vereinsvermögen, zu dem auch die Räumlichkeiten des Vereins gehörten. Da die Verwertung der Immobilie einem gemeinnützigen Zweck zugutekommen musste, bot sich die Übertragung auf eine ortsansässige Organisation an, die in besonderem Maße für Integration und Toleranz steht. Zudem war es Aufgabe der PD Göttingen, im Rahmen eines intensiven Auswahlverfahrens einen Träger zu finden, der ein dauerhaftes Engagement für eine positive Entwicklung des Stadtteils versprach.

Letztlich erhielt die Lebenshilfe Hildesheim e.V. den Zuschlag, die gemeinsam mit dem Theaterpädagogischen Zentrum ein überzeugendes Nutzungskonzept vorgelegt hatte. So soll in den Räumlichkeiten ein Veranstaltungs-, Kultur- und Bildungszentrum entstehen, das Menschen mit Behinderung wie auch Geflüchteten bei der Integration in die Gesellschaft unterstützt.

Aus einem Ort der Radikalisierung wird somit ein Raum für Integration und Toleranz.

Abteilung 2
Wirtschaftsverwaltung, Recht, Bevölkerungsschutz
Leitende RD‘in Dr. Oelkers

Dezernat 21
Wirtschaftsverwaltung
POAR‘in Heise
- Haushalt
- Beschaffung und Logistik
- Wirtschaftsangelegenheiten
- Liegenschaften
- Innere Dienste

Dezernat 22
Recht
RR‘in Hoffmann
- Justiziariat
- Gefahrenabwehrrecht
- Schadensangelegenheiten
- Aufgaben der oder des Geheimschutzbeauftragten
- Ordnungswidrigkeiten nach dem Nds. Datenschutzgesetz

Dezernat 23
Amt für Brand- und Katastrophenschutz
RD‘in Ede
- Brandschutz und Hilfeleistung der Feuerwehren
- Katastrophenschutz
- zivile Verteidigung

Dezernat 23: Das Amt für Brand und Katastrophenschutz

Das Amt für Brand- und Katastrophenschutz (AfBK), mit Sitz in der Polizeidirektion (PD) Göttingen, betreut als Mittelinstanz die Landkreise Göttingen, Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Holzminden, Nienburg (Weser), Northeim, Schaumburg sowie die großen selbstständigen Städte Hameln und Hildesheim sowie die einer kreisfreien Stadt gleichgestellte Stadt Göttingen in den Bereichen Brandschutz, Katastrophenschutz und Zivilschutz.

Brandschutz

Brandschutz und Hilfeleistung sind originäre Aufgaben der Gemeinden und Landkreise. Im Bereich des AfBK Göttingen bestehen 885 Ortsfeuerwehren mit rund 30.000 Feuerwehrangehörigen. Das AfBK berät und unterstützt dabei die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

Das AfBK Göttingen wird durch zwei ehrenamtliche Regierungsbrandmeister unterstützt. Das Direktionsgebiet des AfBK Göttingen ist in zwei Aufsichtsbereiche untergliedert. In jedem Aufsichtsbereich wirkt jeweils ein Regierungsbrandmeister (RBM) nach dem Niedersächsischen Brandschutzgesetz mit. Der Aufsichtsbereich GÖ 1 umfasst die Landkreise Hameln-Pyrmont, Holzminden, Nienburg und Schaumburg. Der Aufsichtsbereich GÖ 2 umfasst die Landkreise Göttingen, Hildesheim und Northeim. Im Jahr 2018 konnte das AfBK 6,7 Mio. Euro aus der Feuerschutzsteuer den Kommunen zuteilen. Weiterhein werden durch das AfBK Göttingen 32 Werkfeuerwehren beraten, überprüft und anerkannt.

Katastrophenschutz

Das AfBK übt die Fachaufsicht über die neun Katastrophenschutzbehörden der Landkreise im Direktionsbereich aus. Dabei berät und unterstützt das AfBK die Katastrophenschutzbehörden, koordiniert kreisübergreifende Planungen und berät bei der Erstellung der Katastrophenschutzpläne. Die regelmäßigen Übungen der Katastrophenschutzbehörden werden fachlich begleitet. Zudem wurden rund 600.000 EUR an Fahrzeugförderungen für drei GW Sanität, vier Mannschaftstransportwagen, zwei Einsatzleitwagen sowie zwei Mehrzweckboote zugewiesen.

Zivilschutz und Zivil–Militärische Zusammenarbeit

Das AfBK vertritt die Interessen rund um den Zivilschutz. Aufgabe des Zivilschutzes ist es, die Bevölkerung, ihre Wohnungen und Arbeitsstätten, lebens- oder verteidigungswichtige zivile Dienststellen, Betriebe, Einrichtungen und Anlagen sowie das Kulturgut vor Kriegseinwirkungen zu schützen und deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern. Behördliche Maßnahmen ergänzen die Selbsthilfe der Bevölkerung. Dieses beinhaltet beispielsweise das Fernmeldewesen, den Warndienst, die zivile Alarmplanung sowie das Lage- und Meldewesen zum Zivilschutz. Im Bereich der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit werden Angelegenheiten bearbeitet, in denen die Bundeswehr und ihre Bündnispartner Berührungspunkte mit der zivilen Gesellschaft haben. Darunter fällt u. a. die Zusammenarbeit mit dem Bezirksverbindungskommando (BVK) der Bundeswehr.

Unsere Aufsichtsbereiche

Waldbrände in Schweden

In Schweden wüteten im Sommer aufgrund der hohen Temperaturen und der starken Trockenheit ungewöhnlich starke Waldbrände. Das Königreich Schweden hat im Rahmen des EU-Gemeinschaftsverfahrens ein Hilfeleistungsersuchen über das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ) am 20. Juli 2018 unter anderem an das „Kompetenz-Zentrum Großschadenslagen" im Niedersächsischen Innenministerium gestellt. Es wurde eine Einheit zur Löschung großer Wald- und Vegetationsbrände unter Einsatz von Fahrzeugen mit einer Autarkie von 96 Stunden für eine Einsatzzeit von sieben Tagen angefragt.

Daten und Fakten zum Amt für Brand- und Katastrophenschutz

- Betreuung von 885 Ortsfeuerwehren mit ca. 30.000 Feuerwehrangehörigen
- Betreuung von 32 Werkfeuerwehren
- Aufsicht über Berufsfeuerwehren der Städte Göttingen und Hildesheim sowie hauptberufliche Wachbereitschaft Hameln-Pyrmont
- Zuteilung von 6,7 Millionen Euro aus der Feuerschutzsteuer an die Kommunen

Es kam zu entsprechenden Anfragen über die zuständigen Ämter für Brand und Katastrophenschutz beim Landkreis Nienburg, der Landeshauptstadt- sowie Region Hannover. Alle drei Katastrophenschutzbehörden waren in der Lage dieses Hilfeleistungsersuchen zu erfüllen. Am 21. Juli 2018 erreichte das AfBK Göttingen die Annahme des Angebots, somit die Entsendung der Einheit aus dem Landkreis Nienburg. Die Einheit bestand aus 52 Einsatzkräften mit fünf Tanklöschfahrzeuge und sieben weiteren Fahrzeugen wie z.B. Küchen-, Rettungswagen.

Die Einheit erreichte nach 36 Stunden Anfahrt das Basis-Camp in Schweden. Von dort wurde an die verschiedenen Einsatzstellen diverse Einsatzaufträge, wie Brandbekämpfung und Nachlöscharbeiten durchgeführt. Parallel dazu wurde mit dem Landkreis Nienburg, dem AfBK Göttingen und dem „Kompetenz-Zentrum Großschadenslagen" an der Ablösung der eingesetzten Kräfte als Auftrag der Verlängerung des Hilfeersuchens gearbeitet. Erst kurz vor Abfahrt der Austauschkräfte, wurde die Verlängerung des Einsatzes durch das Königreich Schweden abgesagt. Die Rückfahrt der eingesetzten Kräfte erfolgte am 30. Juli 2018.

Moorbrand Wehrtechnische Dienststelle (WTD) 91

Am 3. September 2018 ist es nach einem Erprobungsvorhaben auf dem Gelände der WTD 91 im Landkreis Emsland bei Meppen im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Brand und Katastrophenschutz (AfBK) Osnabrück zu einem Brand gekommen. Von dem Brand waren Moor- und Vegetationsflächen innerhalb des Erprobungsgeländes betroffen. Zum Teil ist das Gelände schwer zugänglich und kann nur über wenige Feldwege mit Fahrzeugen erreicht werden. Die Ausdehnung der Einsatzstelle betrug Schätzungen zufolge bis zu 4000 m x 2000 m (800 ha). Gefährdete Gebiete waren vor allem die Waldgebiete am östlichen Rand der WTD 91. Der Stab Außergewöhnliche Ereignisse beim Landkreis Emsland wurde am 18. September 2018 eingerichtet, um ein mögliches übergreifen vom Gelände der WTD auf die angrenzenden Ortschaften im Landkreis Emsland zu vermeiden.

Ab dem 21. September 2018 wurde auch das Amt für Brand und Katastrophenschutz (AfBK) Göttingen unmittelbar beteiligt. Seit diesem Zeitpunkt stellte das AfBK Göttingen durchgängig Personal als Unterstützung für das „Kompetenz-Zentrum Großschadenslagen" des Innenministeriums. Zudem kam es zu einer Vielzahl von Anforderungen von Einheiten (Kreisfeuerwehrbereitschaften und Fachzügen) aus dem Bereich des AfBK Göttingen. Die Koordinierung, Abfrage und Abruf von Einheiten erfolgte unterstützt durch die Regierungsbrandmeister mit dem AfBK. Als Besonderheit stellte das AfBK Göttingen den Bereitstellungsraum 500 (BER 500) dem AfBK Osnabrück zur Verfügung. Insgesamt waren mehrere Einheiten aus allen Landkreisen aus dem Gebiet des AfBK Göttingen im Einsatz.

Die Polizeiinspektion Hildesheim auf einen Blick

Die Polizeiinspektion (PI) Hildesheim betreut polizeilich die Stadt und den Landkreis Hildesheim mit einer Gesamtfläche von ca. 1.206 qkm und ca. 276.600 Einwohnern (Stand 31.12.2017). Davon leben etwa 100.000 Einwohner im Stadtgebiet.

In der PI Hildesheim sind aktuell 545 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (davon 464 Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamte) beschäftigt. Im Bereich des Vollzugs konnten somit im Jahr 2018 sechs Beamtinnen und Beamte hinzugewonnen werden. Neben dem Hauptstandort in der Schützenwiese in der Stadt Hildesheim ist die Polizeiinspektion an vier weiteren Standorten mit Polizeikommissariaten („rund-um-die-Uhr-Dienst") sowie mit vierzehn Polizeistationen im Landkreis Hildesheim vertreten.

Geleitet wird die PI Hildesheim von dem Leitenden Polizeidirektor Uwe Ippensen. Der Zentrale Kriminaldienst (ZKD) besteht aus sieben Fachkommissariaten, der Analysestelle sowie der Fahndungsgruppe. Die Verantwortung für den ZKD liegt bei Kriminaldirektor Matthias Schroweg. Leiter des Bereiches Einsatz ist der Polizeidirektor Peter Girschik. Ihm unterstehen die Einsatz- und Streifendienste der Stadt Hildesheim (einschl. Innenstadtwache) und der Autobahn, die Verfügungseinheit, der Sachbereich Verkehr, der Sachbereich Allgemeine Gefahrenabwehr/ Umweltschutz sowie der Fachbereich Führungs- und Einsatzmittel. Zur Leitung der Inspektion gehören ferner die Bereiche Personal-/Disziplinarwesen, Aus- und Fortbildung (einschl. Systemisches Einsatztraining), Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, das Präventionsteam sowie die Wirtschaftsverwaltung.

Auch online ist die PI Hildesheim erreichbar und stellt unter https://www.pd-goe.polizei-nds.de/dienststellen/pi_hildesheim/ weitere Informationen zur Verfügung.

Des Weiteren können über den Twitter Account @Polizei_HI aktuelle polizeiliche Ereignisse verfolgt und weitere Hinweise sowie Informationen erlangt werden.

Weitere Informationen zu Ihrer Polizei können Sie der Homepage der PI Hildesheim unter **https://www.pd-goe.polizei-nds.de/dienststellen/pi_hildesheim/** entnehmen.

Des Weiteren können über den Twitter Account @Polizei_HI aktuelle polizeiliche Ereignisse verfolgt werden.

Polizei Hildesheim

Der Inspektionsleitung direkt nachgeordnete Dienststellen und Dienstzweige

Hauptsitz der Polizeiinspektion Hildesheim

Schützenwiese 24
31137 Hildesheim

Tel.: 05121 939 - 0

Sachbereich Einsatz
Leitung: PD Peter Girschik

Zentraler Kriminaldienst
Leitung: KD Matthias Schroweg

Polizeikommissariat Alfeld

Ravenstraße 8
31061 Alfeld

Leitung: EKHK'in Ruth Lüder
(Tel.: 05181 9116 - 0)

Polizeikommissariat Bad Salzdetfurth

Bahnhofstraße 11
31162 Bad Salzdetfurth

Leitung: EPHK Uwe Semper
(Tel.: 05063 901 - 0)

Polizeikommissariat Elze

Sedanstraße 34
31008 Elze

Leitung: KHK'in Dagmar Leopold
(Tel.: 05068 9303 - 0)

Polizeikommissariat Sarstedt

Am Bruchgraben 7a
31157 Sarstedt

Leitung: EKHK'in Sylke Hanke
(Tel.: 05066 985 0)

Systemisches Einsatz Training am Stützpunkt Hildesheim

Nicht nur Sportlerinnen und Sportler müssen stetig trainieren, um ihre Leistungen zu verbessern. Auch Polizeibeamtinnen und –beamten üben regelmäßig bestimmte Situationen und Szenarien, um ihre Aufgaben jederzeit professionell und handlungssicher erfüllen zu können. Dazu dient das Systemische Einsatz Training (SET).

Einer von vier SET-Stützpunkten der Polizeidirektion Göttingen befindet sich auf dem Gelände des Landesbildungszentrums für Hörgeschädigte in der Silberfundstraße 23 in Hildesheim. Hier versehen die hauptamtlichen Polizeitrainer Britta Grabinski, Martin Bornemann und Uwe Lenke ihren Dienst. Sie sehen sich als Dienstleister für Beamtinnen und Beamte der Polizeiinspektion Hildesheim sowie der Zentralen Kriminalinspektion der Polizeidirektion Göttingen.

Ihr Angebot ist vielfältig. Dazu gehören zunächst Basistrainings, wie z.B.

- Eingriffstechniken,
- Taktik und Eigensicherung,
- Kommunikation,
- der Umgang mit Stress,
- „nicht schießen / schießen" oder
- die Festnahme, Fesselung und der Transport von Personen.

Neben den praktischen Fertigkeiten werden dabei auch rechtliche Aspekte beleuchtet.

Doch auch das Training in Bezug auf besondere Lagen mit erhöhter Eigengefährdung, wie z.B. der Notzugriff bei Geisel- oder Amoklagen, gehört zum Angebot der SET-Trainer. Auf einem Übungsgelände des Hildesheimer Flughafens führen sie zudem regelmäßig Einsatzfahrtrainings durch.

Darüber hinaus gehören Fortbildungen für die nebenamtlichen Trainer des Schusswaffeneinsatz- sowie des Abwehr- und Zugriffstrainings zum Angebot.

Studentinnen und Studenten werden während ihrer Praktika durch die SET-Trainer begleitet. Anleiter und Anleiterinnen für Studierende werden durch die SET-Trainer in Seminaren auf Ihre Aufgabe vorbereitet.

Unsere SET-Trainer leisten einen wichtigen Beitrag, damit die Kolleginnen und Kollegen für ihre vielfältigen Einsätze sehr gut vorbereitet sind.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Polizeiinspektion Hildesheim

Seit Juni 2018 ist Polizeioberkommissar Jan Makowski Pressesprecher in der Polizeiinspektion (PI) Hildesheim. Zu seinen Aufgaben gehören unter anderem:

- Koordination und Steuerung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der PI Hildesheim,
- Herstellen und Halten des Kontaktes zu Medienvertretern im Zuständigkeitsbereich der PI Hildesheim,
- Zielorientierte Medieninformation
- Auswertung von Medienberichten zu Zwecken der Informationsgewinnung und –analyse,
- Abgabe von Presseerklärungen zu polizeilichen Ereignissen sowie Stellungnahmen und Interviews nach Abstimmung mit der Dienststellenleitung,
- Mitwirkung und Organisation von Pressekonferenzen und –gesprächen,
- enge Zusammenarbeit mit den mit Öffentlichkeitsarbeit Beauftragten der Polizeikommissariate,
- Medienarbeit vor Ort bei besonderen Einsatzlagen.

Für die Berichterstattung aus dem täglichen Einsatzgeschehen in der Stadt Hildesheim und der Gemeinde Diekholzen ist grundsätzlich der Pressesprecher der Polizeiinspektion Hildesheim zuständig. In den Polizeikommissariaten übernimmt zudem der Leiter des Einsatz- und Streifendienstes oder der Leiter des Kriminalermittlungsdienstes grundsätzliche Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit.

Seit dem Jahr 2016 ist die PI Hildesheim mit dem Twitter Account @Polizei_HI auch in den Sozialen Medien vertreten. Der Pressesprecher ist als Chefredakteur des Kanals für die Erstellung von Inhalten und die Betreuung der Beiträge verantwortlich. Mittlerweile hat die PI Hildesheim über 2.000 „Follower", die über dieses Medium erreicht und so beispielsweise über Straftaten, Unfälle oder Präventionshinweise informiert werden.

Ihr Ansprechpartner in der Pressestelle der Polizeiinspektion Hildesheim

Jan Makowski

Schützenwiese 24
31137 Hildesheim

Tel.: 05121 939 - 104
E-Mail: pressestelle@pi-hi.polizei.niedersachsen.de

Einsatzbewältigung.
Wir sind da und helfen.

Die Abteilung „Anton“ der Polizeidirektion Göttingen

Die Kräfte der Abteilung Anton werden bei großen Einsatzlagen auch über die Grenzen der Polizeiidrektion Göttingen eingesetzt, wie hier im Rahmen der Sicherung des G20-Gipfels in Hamburg im Jahr 2017.

Für besondere Einsatzanlässe die nur mit einem großen polizeilichen Kräfteaufwand bewältigt werden können, wie beispielsweise Demonstrationen oder größere Veranstaltungen, hat die Polizeidirektion Göttingen eine gesonderte Organisationseinheit eingerichtet, welche jederzeit aufgerufen und so entsprechende Einsatzanlässe polizeilich begleiten kann.

Die Abteilung Anton

- **1** Abteilungsführungsgruppe
- **3** Einsatzhundertschaften mit je drei Einsatzzügen
- **1** Ermittlungskommission mit drei Ermittlungsgruppen
- **1** Fahndungskommission mit drei Fahndungsgruppen
- **1** Diensthundeführerstaffel
- **1** Versorgungsgruppe

Diese Organisationseinheit hat die Bezeichnung Abteilung „Anton“ und entstammt aus einer landesweiten Rahmenvorgabe des Landespolizeipräsidiums. Anhand dieser Rahmenvorgabe hat die Polizeidirektion Göttingen die nachfolgend dargestellte Organisationseinheit eingerichtet.

Insgesamt wären bei einem vollständigen Aufruf der Abteilung „Anton“ knapp 550 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Einsatz.

Da es sich bei der Abteilung „Anton“ um eine Aufrufeinheit handelt, versehen die eingeplanten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in der Alltagsarbeit ihren Dienst in den Einsatz- und Streifendiensten, den Zentralen Kriminaldiensten, den Kriminal- und Ermittlungsdiensten sowie den Verfügungseinheiten und den Stabsbereichen der einzelnen Dienststellen. Nur für einen konkreten Einsatzanlass werden die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten dann für einen Einsatz in der Abteilung „Anton“ von ihrer Alltagsarbeit freigestellt.

Die komplette Abteilung „Anton“ wurde bisher nur selten aufgerufen. Meistens werden nur Teilkomponenten, beispielsweise eine Einsatzhundertschaft oder einzelne Einsatzzüge, für einen Einsatzanlass angefordert und eingesetzt.

Die Abteilung „Anton“ der Polizeidirektion Göttingen

Im Jahr 2018 wurden insgesamt 14 Einsätze unter Beteiligung einzelner Organisationseinheiten der Abteilung „Anton“ begleitet. Diese Einsätze fanden sowohl im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen als auch in anderen Polizeidirektionen im Land Niedersachsen statt. In diesem Zusammenhang wurden durch die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten insgesamt über 10.500 Einsatzstunden geleistet.

Bei den Einsatzanlässen handelte es sich z. B. um eine Versammlungslage in Göttingen, eine Durchsuchung mit über 20 Objekten im Bereich Nienburg oder ein Bundesligaspiel in Hannover.

Besondere Einsätze – Einsatzstunden

Der weit überwiegende Teil der besonderen Einsatzanlässe wird in der Polizeidirektion Göttingen hingegen ohne Beteiligung der Organisationseinheiten der Abteilung „Anton“ abgearbeitet. Aber auch deren Bewältigung war vielfach nur außerhalb des Alltags im Rahmen einer besonderen Struktur (einem so genannten „geschlossenen Einsatz“ mit einer Stärke von mindestens sieben Beamtinnen/Beamten plus einer Leitung) möglich.

Ohne Berücksichtigung der Zeitanteile für die Vor- und Nachbereitung wurden in diesen Einsätzen insgesamt 96.000 Einsatzstunden (2017: 121.000) geleistet.

Mehrere inspektionsübergreifende Versammlungen

16.500 Einsatzstunden

davon

7.000 Einsatzstunden

mit 1.000 Einsatzkräften im August 2018 – Aufzug der Partei „Die Republikaner“ in Göttingen

Einsätze zur Kriminalitätsbekämpfung, u.a. Durchsuchungen und Kontrolle

39.000 Einsatzstunden

davon

4.600 Einsatzstunden

mit 1.000 Einsatzkräften bei Durchsuchungsmaßnahmen im August 2018 in Nienburg

Körperschutzausstattung eines Einsatzbeamten der Abteilung Anton

- Polizeieinsatzhelm mit Nackenschutz
- Mund- und Kinnschutz
- Brandschutzhaube
- Körperschutzweste
- Schulterschutz
- Oberarmschutz
- Ellbogen- und Unterarmschutz
- Unterleibschutz
- Handschuhe mit Schnitt-, Stich- und/oder Schlagschutz
- Unterziehhose mit Oberschenkelschutz
- Knieschutz
- Schienbeinschutz
- Oberfuß- und Knöchelschutz
- Stiefel

Besondere Einsätze in der Polizeiinspektion Hildesheim

Im Rahmen der polizeilichen Aufgabenbewältigung kommt es immer wieder vor, dass sich einzelne Einsatzanlässe und –lagen in besonderem Maße abheben.

Brandserie in Hildesheim

Seit Beginn des Jahres 2018 kam es im Stadtgebiet Hildesheim, vor allem in den Ortsteilen Bavenstedt, Drispenstedt und Oststadt, zu einer gravierenden Häufung von Bränden. Der Gesamtschaden wurde auf circa 150.000 Euro geschätzt, wobei hauptsächlich PKW, Gartenlauben, Container und Grünschnitt betroffen waren. Aufgrund der Tatzeiten und der verwendeten Anzünder konnte von einem Zusammenhang der Taten und von der Begehung durch einen Einzeltäter ausgegangen werden.

Im Rahmen der Ermittlungen verdichtete sich der Tatverdacht gegen einen damals 32-jährigen Hildesheimer, der Mitglied einer Freiwilligen Feuerwehr war. Gerichtlich angeordnete Observationsmaßnahmen führten schließlich dazu, dass der Mann am 05. Juli 2018 auf frischer Tat angetroffen und festgenommen wurde. Im Zuge seiner Vernehmung räumte er 18 vorsätzliche Brandlegungen ein. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung und seiner Gartenlaube wurden mehrere flüssige und feste Grillanzünder sichergestellt, sodass eine Untersuchungshaft angeordnet wurde. Die Brandserie fand danach ein Ende. Am 19. November 2018 wurde er zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt.

Einbruch in ein Fahrradgeschäft

In der Nacht auf den 10. Februar 2018 kam es zu einem schadensträchtigen Einbruch in ein Fahrradgeschäft in Hildesheim. Dabei wurden 22 hochwertige E-Bikes sowie ein Audi Cabrio entwendet. Der Audi wurde kurz nach der Tat in der Hildesheimer Nordstadt aufgefunden und sichergestellt.

Einen entscheidenden Hinweis erhielten die Hildesheimer Ermittler nachdem eines der gestohlenen Fahrräder auf einer Internetplattform zum Verkauf angeboten worden war. Die Beamten des 2. Fachkommissariats konnten einen der Täter bei einem Scheinkauf dingfest machen. Durch weitere akribische Untersuchungen gelang es den eingesetzten Beamten vier weitere Tatverdächtige zu ermitteln. Darunter waren ein ehemaliger Mitarbeiter des Geschäftes sowie ein Auszubildender. Wie sich herausstellte, hatte letzterer den Schlüssel zum Fahrradgeschäft zur Verfügung gestellt.

Eine Brandserie, die sich zu Beginn des Jahres 2018 ereignete, konnte im Jahresverlauf aufgeklärt werden.

Im Zuge der Ermittlungen zu einem Einbruch in ein Fahrradgeschäft in Hildesheim im Februar 2018 konnten ein gestohlenes Fahrzeug und fünf der 22 entwendeten E-Bikes sichergestellt werden.

Vier der Männer zeigten sich von Anfang an geständig. Im September 2018 wurden sie vom Amtsgericht Hildesheim verurteilt. Zwei von ihnen wurde eine Freiheitsstrafe auferlegt, den anderen beiden jeweils ein sechsmonatiger Sozialtrainingskurs. Der fünfte Täter wurde im November 2018 zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. Der Prozess war zuvor abgetrennt worden, da seine Anwälte ein Gutachten gefordert hatten, um seine Kokainabhängigkeit nachzuweisen. Dieses erachtete das Gericht jedoch für eine Schutzbehauptung und lehnte einen Sachverständigen ab. Auch der fünfte Täter zeigte sich letztendlich geständig.

Von den gestohlenen Fahrrädern konnten fünf wieder aufgefunden und sichergestellt werden.

Rettungseinsätze, die mit kritischen Situationen einhergehen können, werden regelmäßig polizeilich begleitet.

Respektlosigkeit gegenüber Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten

Die Feuerwehr, der Rettungsdienst und die Polizei verzeichnen bereits seit Jahren eine steigende Respektlosigkeit gegenüber Einsatzkräften. Verbale, aber auch körperliche Attacken gehören dabei nicht selten zum Arbeitsalltag. Besorgniserregend ist vor allem, dass teilweise der Respekt vor Hilfskräften in einem Ausmaß schwindet, dass diese bei ihrer Arbeit behindert oder gar vollkommen an deren Ausübung gehindert werden.

Dies beginnt bereits beim sogenannten „Gaffen", auf das der Gesetzgeber bereits im Jahr 2017 reagiert hat. Im Strafgesetzbuch (StGB) wurden mit den §§ 114 und 115 StGB zwei neue Straftatbestände aufgenommen und der § 113 StGB weiter konkretisiert. Damit gewährt das Gesetz nun neben Polizeibeamtinnen und -beamten auch Einsatzkräften der Feuerwehr und der Rettungsdienste einen besonderen Schutz.

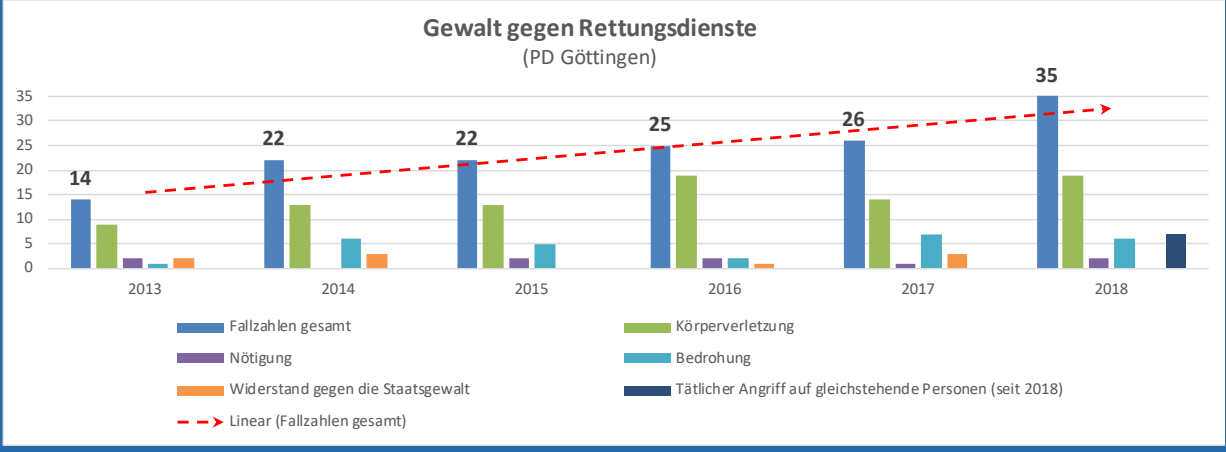
Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten werden leider immer häufiger Opfer von Gewalt.

So können Sie die Einsatzkräfte unterstützen

Wenn Sie Zeuge eines Rettungseinsatzes werden, geben Sie den Einsatzkräften die Möglichkeit zum Ereignisort zu gelangen. Leisten Sie etwaigen Anweisungen Folge und unterstützen Sie soweit erforderlich.

Im Zusammenhang mit Hilfseinsätzen sind Beeinträchtigungen der Allgemeinheit oftmals nicht zu vermeiden. Daher bitten wir Sie, Verständnis für die Einsatzkräfte zu zeigen, die häufig auch eigene Risiken eingehen, um zu helfen.

Gewalt gegenüber Einsätzkräften



Der Trend ansteigender Fallzahlen im Bereich der Gewalt gegen Einsatzkräfte bestätigt sich auch im Bereich der Polizeidirektion Göttingen. In Relation zur Gesamtzahl der Einsätze machen diese jedoch noch immer einen geringen Anteil aus.

Um den Schutz der beteiligten Einsatzkräfte zu gewährleisten, stehen die Leitstellen der Feuerwehr und der Polizei in engem Austausch. Kristallisiert sich bereits im Vorfeld eines Einsatzes eine kritische Situation heraus, fährt die Polizei automatisch mit an und steht vor Ort einsatzbegleitend zur Verfügung.

Beispielfälle aus dem Einsatzgeschehen

Die folgenden Fälle stehen exemplarisch für eine ansteigende Respektlosigkeit gegenüber Einsatzkräften, auch bei alltäglichen Einsätzen der Polizei und des Rettungsdienstes.

Verkehrsunfall in Göttingen

In der Göttinger Innenstadt kam es am Sonntag, dem 25. März 2018, zum einem Zusammenstoß zwischen einem PKW und einer Fahrradfahrerin, die dabei schwer verletzt wurde. Obwohl die Verletzte offensichtlich dringend eine medizinische Erst-versorgung benötigte, wurden die Rettungsmaßnahmen und die Unfallaufnahme massiv durch Schaulustige und andere Personen behindert. Gegen einige von Ihnen mussten sogar Platzverweise ausgesprochen werden, damit die Einsatzkräfte zur Unfallstelle gelangen konnten. Glücklicherweise gelang es den Rettungskräften letztlich auch trotz der Behinderungen, die Fahrradfahrerin medizinisch zu versorgen und in ein Göttinger Krankenhaus zu bringen.

Begleitung eines Krankentransportes

Ein weiterer beispielhafter Sachverhalt ereignete sich am 2. September 2018 in der Innenstadt von Hildesheim. Hier war ein junger Mann, der vermutlich unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln stand, aus einem Fenster in der ersten Etage eines Mehrfamilienhauses gesprungen. Als er nach kurzer Bewusstlosigkeit wieder zu sich gekommen war, sollte er zur weiteren medizinischen Untersuchung in ein Hildesheimer Krankenhaus eingeliefert werden.

Aufgrund des wirren Verhaltens der Person begleitete eine Polizeibeamtin den Transport im Rettungswagen. Auf der Anfahrt zum Krankenhaus verheilt sich der junge Mann plötzlich aggressiv gegenüber dem Rettungssanitäter. Auch mehrfachen Aufforderungen der Polizeibeamtin, dies zu unterlassen, kam er nicht nach. Stattdessen griff er nun die Polizistin körperlich an. Unter anderem schlug er ihr dabei ins Gesicht. Zudem erlitt die Beamtin eine Schürfwunde am Bein. Erst mit Hilfe eines zweiten Beamten, der dem Rettungswagen im Streifenwagen gefolgt war, konnte der Mann fixiert werden.

Sicherheitspartnerschaften in der Polizeiinspektion Hildesheim

Die Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum ist ein entscheidender Faktor dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger gerne in den Städten und Gemeinden der Region leben. Der Polizei kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Dennoch bleibt die öffentliche Sicherheit eine Querschnittsaufgabe, zu der weitere gesellschaftliche Akteure ebenfalls einen wichtigen Beitrag leisten können. Um diese Kräfte zu bündeln arbeitet die (PI) Hildesheim in einer Vielzahl von Sicherheitskooperationen mit anderen Stellen zusammen.

Im Jahr 2018 nahm die PI Hildesheim diverse Kontrollen gemeinsam mit den Kommunen (Stadt und Landkreis Hildesheim) vor. Unter anderem führte die Polizei mit dem Bereich Jugend der Stadt Hildesheim im Juni und November 2018 Jugendschutzkontrollen durch. Im Rahmen von Testkäufen wurde dabei an jeweils 15 Verkaufsstellen die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes überprüft. Im Juni wurden acht und im November vier Verstöße durch den Verkauf von Alkohol und Zigaretten an Minderjährige festgestellt. Vergleichbare Kontrollen führte im Dezember 2018 auch das Polizeikommissariat Elze gemeinsam mit dem Landkreis in Elze und der Samtgemeinde Leinebergland durch.

Darüber hinaus kontrollierte die Polizeiinspektion Hildesheim an zwei Terminen im ersten Halbjahr 2018 mit der Stadt und der Berufsfeuerwehr Shisha-Bars im Stadtgebiet Hildesheim. Zielrichtung der ersten Kontrollen im Februar war die Feststellung der Belastung der Gasträume mit Kohlenmonoxid (CO) und die Festlegung entsprechender gaststättenrechtlicher Auflagen. Im Rahmen erneuter Kontrollen im April 2018 wurde jedoch festgestellt, dass diese Vorgaben nur bei einer von sieben der kontrollierten Shisha-Bars vollständig umgesetzt wurden. Zum Beispiel fehlten Warnhinweise für die Besucher sowie die vorgeschriebenen Warngeräte. Zudem wurden die CO-Werte teilweise um ein Vielfaches überschritten, was in einem Fall sogar die Einlieferung von Mitarbeitern in ein Krankenhaus zur Folge hatte. Gegen den Betreiber dieser Bar wurde anschließend ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung eingeleitet.

Im November 2018 wurde der Landkreis Hildesheim bei der Überprüfung eines Bordellbetriebs ohne die erforderliche Erlaubnis in Hildesheim durch Beamtinnen und Beamte des Zolls und der PI Hildesheim unterstützt. Im Betrieb wurden sieben Prostituierte angetroffen und kontrolliert, gegen eine Person leitete der Zoll eine Anzeige wegen illegaler Arbeitsaufnahme ein. Der weitere Bordellbetrieb wurde untersagt. Die Appartements wurden versiegelt. Gegen den Eigentümer wurde eine Geldbuße verhängt.

Die geschilderten Sachverhalte sind lediglich Beispiele für die guten und engen Kooperationen mit anderen Behörden und Organisationen, die ebenfalls Sicherheits- und Ordnungsaufgaben wahrnehmen, bzw. Verantwortung für die Gefahrenabwehr tragen. Die Zusammenarbeit ist von gegenseitiger Wertschätzung, verlässlichem Informationsfluss und angemessen pragmatischen gemeinsamen Handeln geprägt.

Partner polizeilicher Sicherheitskooperationen

Ordnungs- und Jugendämter, Gewerbeaufsichtsämter, Zoll (Abt. „Schwarzarbeit" und „Steuervergehen"), Gesundheitsämter, Bundespolizei, Drogenberatungsstellen, Straßensozialarbeit, Jugendhilfeeinrichtungen (Aufzählung nicht abschließend)

Gemeinsame Aktivitäten

Gemeinsame Streifen, mobile Wachen, Kontrollen (Gaststätten, Kiosken, (Shisha-)Bars, Spielhallen, Güter- und Personenverkehr), Verkehrsüberwachung, Erfahrungs- und Informationsaustausch zu Brennpunkten sowie zu Rand- und Problemgruppen und deren Treffpunkten (Aufzählung nicht abschließend)

Kriminalitätsbekämpfung.

Wir ermitteln und klären auf.

Dennis Voß

Polizeikommissar

Mein Name ist Dennis Voß. Ich bin 31 Jahre alt und gehöre der Spezialisierten Tatortaufnahme (SpeT) der Polizeiinspektion Hildesheim an. Die SpeT ist Bindeglied zwischen dem Einsatz- und Streifendienst (ESD) und dem ermittelnden Bereich (ehemals Kriminalpolizei).

In Fällen schwerer Kriminalität wie Sexualdelikten, bei Taten mit hohem Spurenaufkommen wie Wohnungseinbrüchen oder an Tatorten, die aufgrund der Vorgehensweise des Täters besondere Ansprüche an die Tatortaufnahme stellen, kommt die SpeT zum Einsatz. Unsere Aufgabe ist es unter anderem, am Tatort und an beteiligten Personen Spuren zu sichern, anwesende Zeugen zu befragen, bzw. zu vernehmen. Zudem treffen und begleiten wir in Absprache mit den Fachkommissariaten weitere sofort erforderliche Maßnahmen, wie z.B. die Untersuchung von Opfern und Beschuldigten von Sexualstraftaten durch einen Rechtsmediziner. Häufig ist dabei zunächst noch nicht ersichtlich, ob ein strafrechtlich relevanter Sachverhalt zugrunde liegt, wie z.B. bei Brand- oder Todesursachenermittlungen.

Die SpeT ist organisatorisch dem ESD zugeordnet. Pro Schicht sind zwei Kollegen, also eine Besatzung, für SpeT-Sachverhalte im gesamten PI-Bereich zuständig. Unseren Dienst versehen wir in Zivilkleidung und nutzen auch ein ausgerüstetes Zivilfahrzeug. Da es in jeder Dientsabteilung mehrere SpeT-Angehörige gibt, wechseln sich für die meisten von uns die reguläre uniformierte ESD-Tätigkeit und SpeT ab. Am Tatort gilt der Grundsatz: Was nicht sofort gesichert wird, ist häufig unwiederbringlich verloren. Das macht ein äußerst gründliches Arbeiten erforderlich und führt dazu, dass die Aufnahme eines einzelnen SpeT-Sachverhaltes häufig mehrere Stunden in Anspruch nimmt. In der übrigen Zeit fahren wir Streife wie auch die uniformierten Kollegen.

Am Morgen des 04.06.2018 ließ das Einsatzaufkommen ein solches „Streifen" zu. Mein Kollege und ich fuhren in Hildesheim auf der Rathausstraße vom Zingel kommend in Richtung Rathaus. Dabei sahen wir drei Männer, die im Eingang eines Handtaschengeschäftes in der Marktstraße werkelten – gegen 4:00 Uhr am Morgen ein verdächtiges Verhalten. Auch

die Männer erkannten uns und ergriffen unmittelbar zu Fuß die Flucht. Wir folgten Ihnen mit unserem Fahrzeug parallel auf der Rathausstraße in Richtung Marktplatz und forderten Verstärkung an.

Als sich die Männer trennten, blieben wir aus Gründen der Eigensicherung zusammen. Eine der Personen versuchte, auf dem Weg zwischen Einwohnermeldeamt und Gildehaus zu entkommen. Mein Kollege sprang aus dem Fahrzeug und folgte, ich als Fahrer benötigte etwas länger. Die Flucht endete schnell: Der Mann war in eine Sackgasse geraten und konnte durch meinen Kollegen gestellt werden. In der Hand hielt er einen blauen Meißel. Als Beschuldigter wurde er vorläufig festgenommen und an eine hinzugekommene Streifenbesatzung übergeben. Weitere Streifen versuchten – letztlich ohne Erfolg – die übrigen Männer durch eine Nahbereichsfahndung aufzuspüren.

Die TOG führt stets eine Vielzahl spezieller Einsatzmittel in einem besonders ausgerüsteten Fahrzeug mit sich.

Für uns begann derweil die Tatortarbeit. Es stellte sich schnell heraus, dass die Männer vermutlich versucht hatten, die Tür mit einem Meißel aufzuhebeln. An der Tür fanden wir diverse Hebelmarken. zudem steckte zwischen Tür und Rahmen ein baugleicher, blauer Meißel. Leider konnten wir zu so früher Stunde keinen Schlüssel erhalten, um die beschädigte Tür zu öffnen. Sonst hätten wir die Hebelmarken mit einer speziellen Masse abgeformt, um Rückschlüsse auf das verwendete Werkzeug zu ziehen. Dies wurde durch die Kriminaltechnik des 5. Fachkommissariats später nachgeholt.

Den Meißel stellten wir als möglichen DNA- oder Fingerabdruckträger sicher. Wenn ein Täter Gewalt anwendet, verursacht er häufig besonders viele Spuren, gerade wenn er keine Handschuhe trägt oder

Fingerspuren können mit Rußpulver sichtbar gemacht werden. Anschließend wird die Spur fotografisch und per Folienabzug gesichert

sich dabei verletzt. Also suchten wir an der Tür, ihrer Einfassung und den umliegenden Bereichen nach Blut oder Speichel und mit Rußpulver nach Finger- und Handschuhspuren. Ungeachtet der frühen Uhrzeit gaben sich mehrere Zeugen zu erkennen, deren Personalien wir aufnahmen und die wir vor Ort befragten.

Am Tatort konnten wir im Rahmen der aufgehebelten Tür ein blaues Stemmeisen sicherstellen.

Nach der Tatortarbeit fuhren wir zur Wache, legten eine Strafanzeige wegen versuchten Einbruchsdiebstahls an und asservierten die Spuren. Anschließend schrieben wir unsere Berichte und übergaben den Vorgang an das Fachkommissariat 2 in Hildesheim.

Simone Ryll

Polizeikommissarin

Symbolbild

Symbolbild

Mein Name ist Simone Ryll, ich bin 49 Jahre alt und arbeite im ermittelnden Bereich des Zentralen Kriminaldienstes (ZKD) der Polizeiinspektion (PI) Hildesheim. Seit Oktober 2017 versehe ich als Mitarbeiterin im Fachkommissariat 2 (FK 2) meinen Dienst. Das FK 2 ist im weitesten Sinne für den Bereich der Eigentumsdelikte zuständig. Im Rahmen meiner Tätigkeit als Sachbearbeiterin im FK 2 bearbeite ich verschiedene Deliktsbereiche von der Sachbeschädigung, über Einbruchsdiebstähle, bis hin zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion an Geldautomaten.

Als ich am Morgen des 04.06.2018 zum Dienst kam, wurde mir durch meinen Ermittlungsführer, PHK Goebel, mitgeteilt, dass es in der Nacht zu einem versuchten Einbruchsdiebstahl in ein Hildesheimer Taschengeschäft gekommen war. Im Rahmen einer Nahbereichsfandung konnten Kollegen des Einsatz- und Streifendienstes (ESD) in Tatortnähe einen Verdächtigen vorläufig festnehmen, der einen blauen Meißel mit sich führte. Zwei weitere Täter konnten unerkannt flüchten. In der Eingangstür des Geschäfts haben die Kollegen vor Ort bei der Tatortaufnahme

zwischen Tür und Zarge einen weiteren blauen Meißel aufgefunden und sichergestellt. Mir wurde dieser Vorgang zur weiteren Sachbearbeitung zugewiesen. Zunächst machte ich mich mit dem Sachverhalt vertraut und übernahm die Ermittlungsakte. Anschließend begann ich unter Mithilfe weiterer Kollegen des FK 2 mit den Ermittlungen. Wir überprüften die Personalien der festgenommenen Person und trugen alle Erkenntnisse zusammen, die in den Auskunftssystemen zu ihr vorlagen. Der Festgenommene selbst wurde aus dem Polizeigewahrsam übernommen und ausführlich über seine Rechte und Pflichten als Beschuldigter im Strafverfahren belehrt. Danach unterzogen wir den Verdächtigen einer „erkennungsdienstlichen Behandlung". Dabei wurden seine Fingerabdrücke gescannt, Bilder von ihm gefertigt und seine Körpermaße ermittelt.

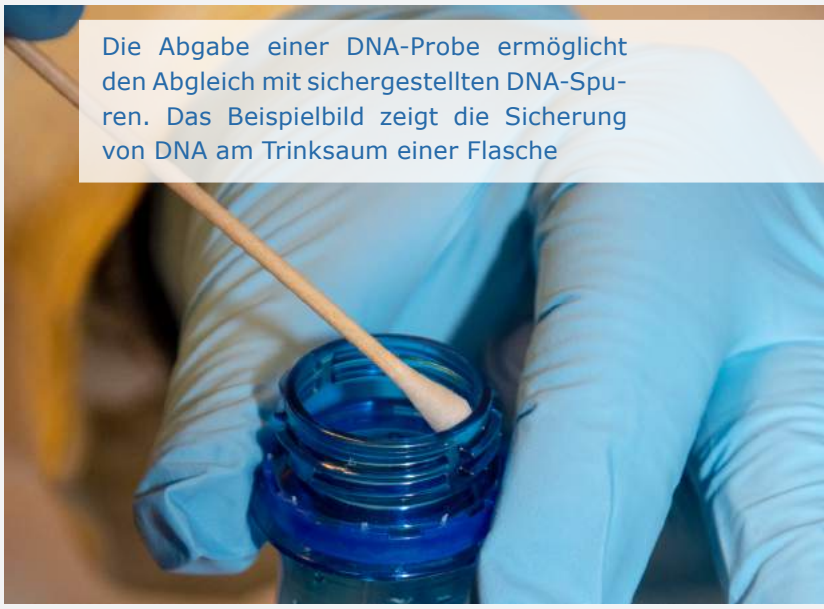
Die Kollegen hatten bereits einen Verdächtigen vorläufig festnehmen.

In der Beschuldigtenvernehmung räumte der Verdächtige bereits nach kurzer Zeit ein, den Einbruch begangen zu haben. Er schilderte die Umstände der Tat und nannte Geldnöte als Tatmotiv. Zudem gab er eine freiwillige Speichelprobe ab und willigte in die Speicherung seiner DNA und einen Abgleich mit der Datenbank ein. Später benannte er auch namentlich seine beiden Mittäter, bei denen es sich um Verwandte aus Hildesheim handelte.

Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen nahm ich mit der zuständigen Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft (StA) Hildesheim telefonisch Kontakt auf. Ich schilderte ihr den Sachverhalt und die bisher gewonnenen Erkenntnisse. Da keine Gründe vorlagen, den Beschuldigten weiterhin in Haft zu nehmen, wurde er auf freien Fuß gesetzt. Die weiteren Ermittlungen ergaben am folgenden Tag den dringenden Tatverdacht, dass die drei Personen weitere Einbrüche in Hildesheim begangen und dabei diverse Gegenstände erbeutet haben. Daher regte ich bei der StA an, beim Amtsgericht Hildesheim einen Durchsuchungsbeschluss für die Wohnungen der drei Verdächtigen zu beantragen. Der zuständige Ermittlungsrichter stellte aufgrund unserer Ermittlungen die erforderlichen Beschlüsse aus.

Beispiel eines Livescans von Fingerabdrücken.

Da die Beschuldigten bereits mehrfach strafrechtlich in Erscheinung getreten waren und Hinweise auf Waffe vorlagen, wurden die Wohnungen zeitgleich und mit Unterstützung des Spezialeinsatzkommandos (SEK) Niedersachsen durchsucht. Dabei wurden alle Beschuldigten angetroffen und diverse Beweismittel aufgefunden und sichergestellt. Nicht zuletzt unter dem Eindruck des konsequenten Zugriffs gestanden auch die anderen beiden Personen in den folgenden Vernehmungen zumindest den Einbruch in das Handtaschengeschäft. Außerdem gaben sie freiwillige DNA-Proben ab. Diese Proben sowie die beiden blauen Meißel wurden zum Abgleich durch das hiesige Fachkommissariat 5 (FK 5) an das Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen gesandt und dort untersucht.


Die Abgabe einer DNA-Probe ermöglicht den Abgleich mit sichergestellten DNA-Spuren. Das Beispielbild zeigt die Sicherung von DNA am Trinksaum einer Flasche

Darja Knipper

Kriminaltechnikerin

Sandra Biermann

Kriminaltechnikerin

Mein Name ist Sandra Biermann, ich bin 29 Jahre alt und seit Januar 2016 im Fachkommissariat 5 (Erkennungsdienst) am Sitz der Polizeiinspektion (PI) Hildesheim tätig. Mein Name ist Darja Knipper, ich bin 32 Jahre alt und seit dem 01.01.2018 ebenfalls beim Fachkommissariat 5 tätig.

Als Kriminaltechnikerinnen spielen wir bei der Aufklärung von Straftaten eine wichtige Rolle. Bekleidet mit weißen Overalls, Kapuzen, Handschuhen und Füßlingen suchen wir nach Spuren und Beweismitteln, die ein Täter am Tatort hinterlassen hat. Neben der Spurensuche und -sicherung an Tatorten, Personen und Leichen gehört zudem die fotografische Dokumentation zu unseren Aufgaben. Dafür stehen uns die nötigen technischen Einsatzmittel, wie z.B. forensische Lichtquellen zur Verfügung. Die erkennungsdienstliche Behandlung eines Beschuldigten zum Zwecke des späteren Wiedererkennens von Fingerabdrücken und Fotos ist ebenfalls ein wichtiger Teil der Kriminaltechnik.

In einem hauseigenen Labor können wir mit Hilfe spezieller chemischer Lösungen sichergestellte Asservate, wie z.B. Überweisungsträger, Glasflaschen oder Geldkassetten behandeln. Zuvor nur schwer oder gar nicht erkennbare Fingerabdrücke können wir so sichtbar machen und später fotografisch sichern.

Einsätze erhalten wir meist über die Einsatzkoordinationsstelle der PI Hildesheim. Hauptsächlich werden wir bei schwerwiegenderen Straftaten, wie zum Beispiel Tötungsdelikten, angefordert. In Einzelfällen unterstützen wir auch die spezialisierte Tatortgruppe (SpeT) bei Einbruchsdelikten mit hohem Spurenaufkommen. Nach einer Einweisung in den Sachverhalt auf der Dienststelle fahren wir den Einsatzort mit unserem vollausgestatteten Tatort-Wagen an.

Am Morgen des 04. Juni 2018 wurden wir durch den Leiter des 2. Fachkommissariats (FK) angefordert, eine Spurensuche und -sicherung am Tatort eines versuchten Einbruchsdiebstahls vorzunehmen. Da die SpeT in der Nacht schon einen Teil der Spurensicherung übernommen hatte, blieb für uns nur noch die fotografische Dokumentation am Tage und die Sicherung der Hebelmarken.

Hierbei stellten wir Hebelspuren mit einer Breite von 25 mm fest und dazu passende Spuren von blauem Lack an der Türrahmendichtung. In der Vergangenheit gab es in Hildesheim mehrere Einbruchsdiebstähle, bei denen auffallend blauer Lack festgestellt und gesichert wurde. Schnell war klar, dass hier ein Zusammenhang zu den vergangenen Taten bestehen könnte.

Einblicke in die Praxis – Spurenarbeit in der Kriminaltechnik

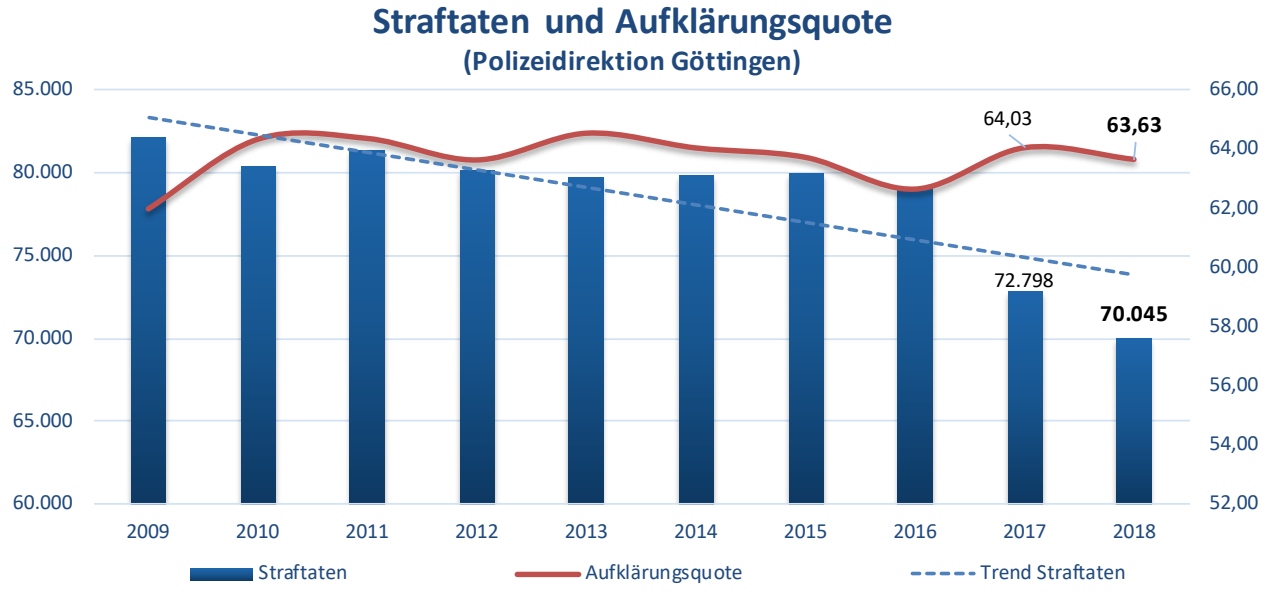
Nach unserer Rückkehr auf die Dienststelle wurde der zuvor festgenommene Beschuldigte aus dem Polizeigewahrsam in die Räumlichkeiten unseres Studios zur erkennungsdienstlichen Behandlung verbracht. Dazu führten wir eine Personenbeschreibung durch, fertigten Lichtbilder und scannten Finger- und Handflächenabdrücke ein. Nach seiner Vernehmung willigte der Beschuldigte in die Entnahme einer Speichelprobe und die anschließende Speicherung seines DNA-Musters in die DNA-Analysedatei ein. Zudem benannte er seine beiden Mittäter, von denen wir später (nach erfolgten Ermittlungen, Durchsuchungen und Vernehmungen) ebenfalls Speichelproben entnahmen und speichern ließen.

Die Lackspuren sowie die blauen Meißel sandten wir für eine Vergleichsuntersuchung an die Sachverständigen des Dezernats 52.2 des Kriminaltechnischen Instituts (KTI) des Landeskriminalamts Niedersachsen. Hier konnten die blauen Meißel eindeutig als Tatwerkzeug für den aktuellen Einbruchsversuch sowie für elf zurückliegende Einbrüche identifiziert werden.

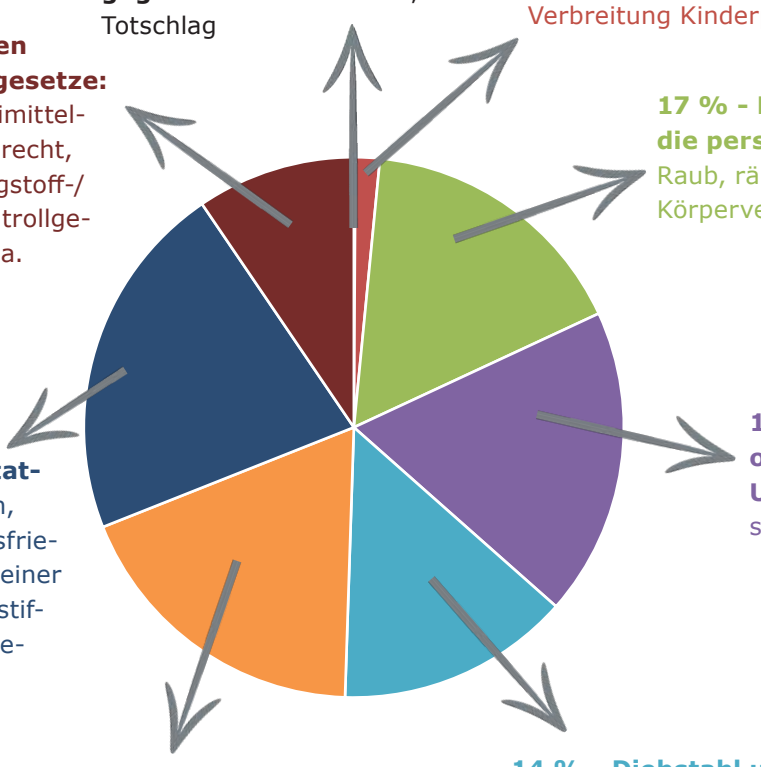
Spurensicherung am Tatort

Entwicklung der Gesamtkriminalität

In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) werden alle polizeilich erfassten Straftaten nach dem Strafgesetzbuch und dem Nebenstrafrecht registriert und aufbereitet. Im Jahr 2018 wurden im Bereich der Polizeidirektion Göttingen 70.045 Straftaten in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen Rückgang um ca. 3,8 Prozent oder – anders ausgedrückt - es liegen 2.752 Fälle weniger vor. Hierbei handelt es sich um das niedrigste Fallzahlenaufkommen seit Bestehen der Polizeidirektion (PD) Göttingen. Im Vergleich zum vergangenen Jahr konnte die Aufklärungsquote (AQ) mit 63,63 Prozent gehalten werden.



Verteilung der Straftaten nach Deliktstypen



0,09 % - Straftaten gegen das Leben: Mord, Totschlag

1,45 % - Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung: Vergewaltigung, sexueller Missbrauch von Kindern, Verbreitung Kinderpornografie u.a.

10 % - Straftaten gegen strafrechtliche Nebengesetze: Wirtschaftssektor, Arzneimittelgesetz, Aufenthalts-/Asylrecht, Rauschgiftdelikte, Sprengstoff-/Waffen-/Kriegswaffenkontrollgesetz, Tierschutzgesetz u.a.

17 % - Rohheit/Taten gegen die persönliche Freiheit: Raub, räuberische Erpressung, Körperverletzung

22 % - Sonstige Straftatbestände: Erpressungen, Widerstandsdelikte, Hausfriedensbruch, Vortäuschen einer Straftat, Hehlerei, Brandstiftung, Beleidigung, Sachbeschädigung u.a.

18 % - Diebstahl ohne erschwerende Umstände: z.B. Ladendiebstahl, Einschleichdiebstahl

18 % - Vermögens- und Fälschungsdelikte: sämtliche Betrugsdelikte, Veruntreuung, Unterschlagung, Fälschungen u.a.

14 % - Diebstahl unter erschwerenden Umständen: Kfz-Entwendungen, Einbrüche in Häuser, Wohnungen, Gewerbebetriebe u.a.

Ausgewählte Deliktsbereiche in der Polizeidirektion Göttingen

Im Folgendem werden Deliktsbereiche dargestellt, die polizeiliche Schwerpunkte bilden oder in besonderem Maße das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung beeinträchtigen.

Straftaten gegen das Leben

Delikte wie Mord und Totschlag stellten mit 65 Fällen im Jahr 2018 erfreulicherweise erneut einen eher geringen Anteil mit 0,09% an der Gesamtheit aller bekanntgewordener Straftaten dar. Auch wenn für das Jahr 2018 ein leichter Anstieg der Fälle erkennbar ist, kann bei einer Gesamtbetrachtung der letzten Jahre festgestellt werden, dass sich die Delikte weiterhin auf einem niedrigen Niveau halten. Mit einer Aufklärungsquote von über 90 Prozent aller Delikte und sogar einer Aufklärungsquote von 100 Prozent bei den als Mord eingestuften Taten konnte erfolgreich an der Aufhellung der schwerwiegenden Taten gearbeitet werden.

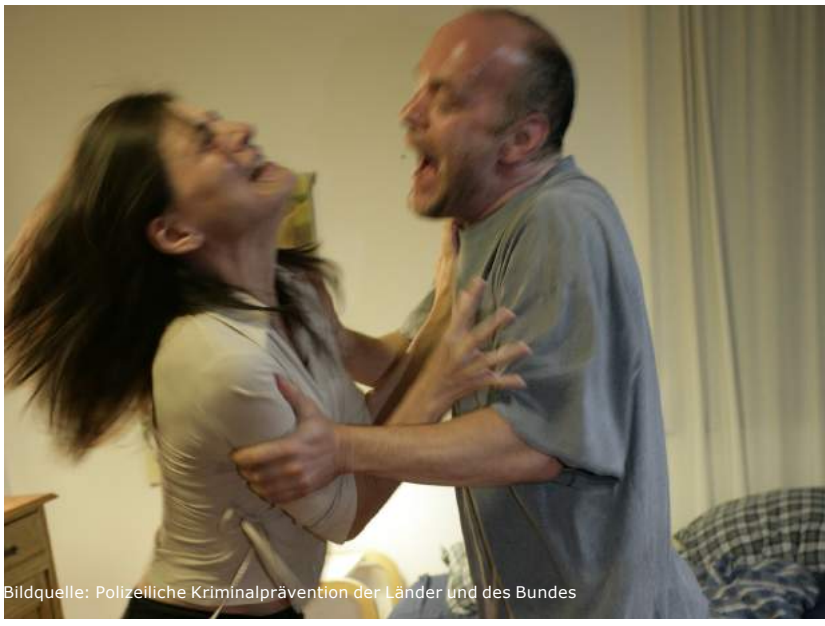
Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Die im Zuständigkeitsbereich verübten Straftaten in diesem Bereich sind im letzten Jahr um 11,96 Prozent auf einen 10-Jahres-Höchststand von 109 Fällen angestiegen. Ursächlich dafür ist zum großen Teil die Einführung des § 184i StGB „Sexuelle Belästigung", der am 01. November 2016 in Kraft getreten ist. Im Jahr 2018 wurden insgesamt 207 Fälle (2017: 96 Delikte) sexueller Belästigung angezeigt. Gleichzeitig ist die Anzahl der angezeigten Beleidigungen auf sexueller Grundlage um 102 Delikte zurückgegangen. Augenscheinlich ist es hier zu einer statistischen Verschiebung der Delikte und einem gleichzeitigen Anstieg der Anzeigenbereitschaft gekommen. Die Aufklärungsquote mit 90 Prozent konnte trotz der erhöhten Anzahl zu bearbeitender Strafanzeigen weiter gesteigert werden und stellt den höchsten Stand im 10-Jahres-Vergleich dar.

Häusliche Gewalt

Im Zuständigkeitsbereich der PD Göttingen wurden im Berichtsjahr 2018 insgesamt 3.040 Straftaten (2017: 3.013) erfasst, die dem Bereich der „Häuslichen Gewalt" zuzurechnen sind. Das entspricht einer Zunahme von knapp einem Prozent (27 Taten) und stellt gleichzeitig den zweithöchsten Wert im Langzeitvergleich dar. Mit einem näheren Blick auf das Phänomen ist festzustellen, dass in 75 Prozent der Fälle (2.292 Taten) Täter und Opfer in einer partnerschaftlichen oder familiären Beziehung standen. In 80 Prozent (2.433 Fälle) der Straftaten wurde dabei gegen männliche Tatverdächtige ermittelt, rund 28 Prozent der Täter standen bei der Tatausführung unter Alkoholeinfluss.

Neben der Strafverfolgung sind die Abwehr konkreter Gefahren und der Schutz der Opfer Ziele des polizeilichen Einschreitens. Eine große Bedeutung hat hierbei die Beratung des Opfers zu rechtlichen Möglichkeiten nach dem Gewaltschutzgesetz. Als präventives Mittel der Polizei hilft hier neben dem Platzverweis unter anderem die Gefährderansprache, um weiteren Gewalteskalationen zu begegnen.



Bildquelle: Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes

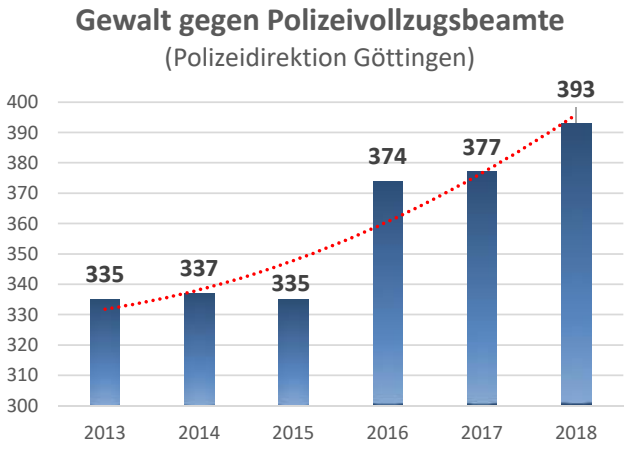
Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte

Im Bereich der Gewaltdelikte zum Nachteil von Polizeibeamtinnen und -beamten setzt sich eine negative Entwicklung fort. Mit 393 angezeigten Straftaten ist die Fallzahl in der PD Göttingen im Vergleich zum Vorjahr erneut angestiegen. Daran zeigt sich, dass die Bereitschaft, Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte in Ausübung ihres Dienstes körperlich anzugehen oder gar zu verletzen, weiterhin ungebrochen ist. Das Recht der Beamtinnen und Beamten auf körperliche Unversehrtheit erfährt in der Tendenz immer weniger Respekt.

Um den Schutz von Vollstreckungsbeamtinnen und -beamten zu stärken, trat am 20. Mai 2018 der neue § 114 des Strafgesetzbuches (StGB) in Kraft. Durch diese Änderung hat der Gesetzgeber die Handlungsvariante des „tätlichen Angriffs" aus dem Straftatbestand des § 113 StGB (Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte) herausgenommen und in § 114 StGB mit einer höheren Strafandrohung versehen. Während der „tätliche Angriff" zuvor noch mit einer Geldstrafe geahndet werden konnte, sieht das Gesetz nunmehr zwingend eine Mindestfreiheitsstrafe von drei Monaten vor.

Zu den 393 Gewaltdelikten wurden 362 Tatverdächtige ermittelt. Die Taten wurden überwiegend von Männern (87 Prozent oder 315 Personen) begangen. Lediglich 47 Frauen (13 Prozent) traten in diesem Zusammenhang in Erscheinung. 158 Tatverdächtige (43,6 Prozent) standen unter Einfluss von Alkohol. Eine Beeinflussung

Ausgewählte Deliktsbereiche in der Polizeidirektion Göttingen



durch Betäubungsmittel oder Medikamente wurde bei 17 (4,7 Prozent) Tatverdächtigen festgestellt.

Diebstahlsdelikte

Bei den einfachen und schweren Diebstahlsdelikten ist erneut ein Rückgang um 1.317 Taten auf 22.726 Straftaten zu verzeichnen. Damit sank die Anzahl der angezeigten Delikte auf einen 10-Jahres-Tiefststand. Diese positive Entwicklung ist besonders hervorzuheben, da Diebstahlsdelikte in der Polizeidirektion rund ein Drittel aller Straftaten ausmachen.

Verantwortlich für diese positive Entwicklung ist unter anderem ein Rückgang der Anzahl der Wohnungseinbrüche um 22,46 Prozent (413 Fälle). Dabei ist die Anzahl der vollendeten Taten ebenfalls auf den niedrigsten Stand im Langzeitvergleich gesunken.

Von den 865 vollendeten Delikten konnten im Jahr 2018 306 Taten bzw. 35,8 Prozent aufgeklärt werden. Verglichen mit der Aufklärungsquote der vollendeten Taten aus dem Jahr 2017 (29,5 Prozent), wurde eine überaus positive Steigerung um rund fünf Prozentpunkte erreicht.

Um diese Entwicklung auch künftig fortzusetzen, führt die PD Göttingen an Brennpunkten regelmäßige Kontrollen zu tatkritischen Zeiten durch. Dies geschieht sowohl im täglichen Einsatz- und Streifendienst als auch in Form groß angelegter Schwerpunktkontrollen. Dieses wichtige Mittel zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls wird auch im Jahr 2019 wieder einen Schwerpunkt der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung darstellen.

Vermögens- und Fälschungsdelikte

Bei der Betrachtung dieser Deliktsgruppe fällt für das Jahr 2018 ein Rückgang um 945 auf 12.934 Straftaten (-6,81 Prozent) ins Auge. Einzig im Deliktsbereich Warenbetrug ist im Landestrend ein Anstieg von 353 angezeigten Straftaten festzustellen (8,93 Prozent). Ein Warenbetrug liegt in jenen Fällen vor, in denen der Verkäufer Waren anbietet, obwohl diese ihm gar nicht zur Verfügung stehen oder er nicht beabsichtigt, die Ware zu veräußern. Niedersachsenweit ist mit einem Anstieg von 18,5 Prozent (15.002 Fällen) mit Blick auf die letzten Jahre ein absoluter Höchststand im Bereich des Warenbetruges erreicht worden.

Eine Erklärung für den Anstieg dürfte der stetig steigende Internethandel bieten. Die Hoffnung des Käufers ein „gutes Geschäft" abzuwickeln, verführt zu schnellen Vertragsabschlüssen, ohne sich genügend über das Kaufangebot oder den Käufer informiert zu haben. Der im letzten Jahr entstandene finanzielle Schaden für die Opfer betrug dabei in der PD Göttingen 873.264 Euro.

Flüchtlingskriminalität

Unter den Begriff der Flüchtlingskriminalität fallen Straftaten, bei denen den Tatverdächtigen der Aufenthaltsstatus „im Asylverfahren", „geduldet", „Kontingentflüchtling" oder „unerlaubter Aufenthalt" zugeordnet ist. In der PD Göttingen beträgt ihr Anteil an den Gesamtstraftaten 4,5 Prozent. Im Jahr 2017 waren es 4,6 Prozent.

Flüchtlinge traten 2018 überwiegend bei der Begehung von Körperverletzungen (670 Taten, 26 Delikte weniger als im Vorjahr), einfachen Diebstählen (550 Taten, 50 Delikte weniger als im Vorjahr), Betrug und Erschleichen von Leistungen (526 Taten, 84 Delikte weniger als im Vorjahr) sowie Diebstählen unter erschwerenden Bedingungen (173 Taten, 78 Delikte weniger als im Vorjehr) in Erscheinung.

Bearbeitung von Altmordfällen (Cold Cases)

Zur Aufklärung von Tötungsdelikten richten die Polizeiinspektionen der PD Göttingen generell Mordkommissionen ein. Die Ermittlungen werden unter hohem Personaleinsatz und Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden Ermittlungs- und Fahndungsmöglichkeiten geführt. Durchgehend wird in weit über 90 Prozent dieser Kapitaldelikte mindestens ein Tatverdächtiger oder eine Tatverdächtige ermittelt und somit ein Aufklärungserfolg erzielt. Trotz höchster Aufwände ist jedoch nicht immer ein für eine Verurteilung ausreichender Tatnachweis zu erbringen, so dass einzelne Straftaten gegen das Leben unaufgeklärt bleiben. Da Tötungsdelikte, bei denen von Mord auszugehen ist, nicht der Verjährung unterliegen, ist die polizeiliche Ermittlungsarbeit in solchen Fällen nicht beendet, sondern ruht allenfalls.

Ausgewählte Deliktsbereiche in der Polizeidirektion Göttingen

Bildquelle: Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes

Der Respekt vor den Opfern, die zu recht bestehende Erwartung der Angehörigen, der staatliche Auftrag zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens, die Weiterentwicklung der Forensik und nicht zuletzt das Berufsethos von Kriminalistinnen und Kriminalisten verlangen nach einer intensiven Aufarbeitung dieser sog. Cold Cases. Denn erfahrungsgemäß können solche Taten auch nach vielen Jahren oder Jahrzehnten noch aufgeklärt werden. Um solche Tötungsdelikte oder Vermisstenfälle, bei denen mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem Tötungsdelikt auszugehen ist, auch noch nach solch langer Zeit aufzuklären, bedarf es einer akribischen und damit personalintensiven Recherche- und Ermittlungsarbeit.

Unter Mitwirkung der PD Göttingen wurde ein polizeiliches Landeskonzept zur einheitlichen und strukturierten Aufarbeitung von Cold Cases entwickelt. Bei der Umsetzung erlegt sich die PD Göttingen einen besonders hohen Qualitätsanspruch auf. Um diesem gerecht zu werden, wurden im Jahr 2018 die Vorbereitungen zur Einrichtung einer schlagkräftigen Sonderkommission getroffen. Vier Ermittlungsteams sollen im Frühjahr 2019 an zwei Teilstandorten mit ihren Recherchen starten. Dabei werden mit höchster Sorgfalt sämtliche Informationen zu allen direktionsweiten Cold Cases zusammentragen, um diese im Hinblick auf die Wiederaufnahme weitergehender Ermittlungen zu untersuchen und zu bewerten. Sofern erfolgversprechende Ansätze bestehen, ist in Abstimmung mit der jeweils zuständigen Staatsanwaltschaft die Einrichtung von Mordkommissionen zur Fortsetzung konkreter Ermittlungshandlungen zu erwarten. Ziel ist es in diesen Fällen, den oder die Täter nachträglich zu ermitteln und einer Bestrafung zuzuführen.

Digitaler Tatort

Neben der „klassischen" Beweiserhebung in der realen Welt hat die Polizei durch die Digitalisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat immer häufiger mit digitalen Tatorten und Tatmitteln zu tun. Smartphones, Tablets, PC, Router, SIM-Karten in diversen Haushaltsgeräten und Fahrzeugen und das Internet spielen in nahezu allen Deliktsbereichen und auch bei der Gefahrenabwehr als elektronischer Spurenträger, Beweismittel oder Angriffsziel eine wichtige Rolle. Informationen, die in der virtuellen Welt bewusst oder unbewusst erzeugt, gespeichert bzw. übertragen werden und teilweise nur temporär vorhanden sind, können wichtige Beweismittel sein und entscheidend zur Aufklärung von Straftaten und zur Gefahrenabwehr beitragen. Die Suche und Sicherung digitaler Spuren, sowie deren technische Aufbereitung und Analyse ist in der Regel aufwändig und komplex. Oftmals handelt es sich um (unstrukturierte) Massendaten, die manuell nicht beherrschbar sind. Um die vorhandene Technikexpertise in der PD Göttingen deutlich auszuweiten, werden zunehmend IT-Spezialisten mit akademischer Ausbildung eingestellt. Inzwischen versehen sechs Informatiker, Physiker und Mathematiker ihren Dienst in der PD Göttingen. Im vergangenen Jahr wurden die Vorbereitungen getroffen, um im Frühjahr 2019 drei weitere IT-Spezialisten einzustellen. Das Ziel ist, in jeder Polizeiinspektion und der Zentralen Kriminalinspektion die vorhandene IT-Forensik um einen dezentralen IT-Service auszubauen, der die Ermittlungsbereiche vor Ort bei der digitalen Spurensuche und -sicherung sowie bei Ermittlungshandlungen und der Datenanalyse berät und unterstützt. Dazu gehört auch die inspektionsübergreifende Zusammenarbeit zur Entwicklung IT-gestützter Instrumente.

Polizeilicher Staatsschutz

Der politisch und religiös motivierte Extremismus und Terrorismus stellt weiter eine besondere Bedrohung für die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und somit auch eine zentrale Herausforderung für die niedersächsischen Sicherheitsbehörden dar. Ziel polizeilicher Maßnahmen ist das Erreichen eines höchstmöglichen Informationsstandes über politisch motivierte Kriminalität, Gruppierungen, Organisationen und Brennpunkte im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben.

Politisch motivierte Kriminalität – Rechts
In Anbetracht der Qualität rechtsmotivierter Gewaltdelikte stellt die Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) -rechts- weiterhin eine gewichtige Aufgabe für die Sicherheitsbehörden dar. Insbesondere der Themenkomplex Islamfeindlichkeit und die Konfrontation mit dem politischen Gegner stellen für die rechte Szene nach wie vor ein bedeutendes Betätigungsfeld dar.

Politisch motivierte Kriminalität – Links
Die Entwicklung der PMK -links- wird im Wesentlichen von der autonomen Szene bestimmt. Angehörigen der linken Szene dienen Themen wie „Antifaschismus", „Antirepression" oder „Antirassismus" vor allem als Plattform für ihr eigentliches Ziel, den Kampf gegen

den demokratischen Rechtsstaat. So ist die linke Szene im Bereich der Polizeiinspektion Göttingen in der Lage, politische Themen tagesaktuell aufzugreifen und für eine Mobilisierung der Szeneangehörigen zu nutzen, wobei das Thema Anti-Repression die Göttinger linke Szene im Berichtszeitraum maßgeblich bestimmt hat. Auch Outing Aktionen von Angehörigen der rechten Szene widmete sich die linke Szene vornehmlich mittels Internet, sowie durch das Verteilen von Plakaten und Flyern, aber auch durch gewalttätige Übergriffe.

Bildquelle: Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes

Entwicklung der Fallzahlen

PMK – Rechts	MK – Links
2017: 256 Taten*	2017: 129 Taten*
2018: 252 Taten	2018: 131 Taten

* Fallzahlen 2017 gegenüber Vorjahresbericht leicht verändert.

Die Fallzahlen des Jahres 2018 bewegen sich in etwa auf dem langjährigen Niveau der PD Göttingen. Sowohl im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – Rechts als auch im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität – Links sind die Fallzahlen mit denen des Vorjahres nahezu identisch.

Reichsbürger und Selbstverwalter

„Reichsbürger/Selbstverwalter" sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen, unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht, die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren.

Typische Verhaltensmuster sind die aktive Bekennung, oftmals unterstützt durch die Abgabe oder Vernichtung staatlicher Ausweis-/Identifikationsdokumente. Gängige Aktionsmuster sind anlasslose oder anlassbezogene verbale oder schriftliche Äußerungen gegenüber Behörden, Einrichtungen und Institutionen, die deren ideologiebedingte Ablehnung zum Ausdruck bringen. Die Agitation von Reichsbürgern gegen den Staat kann Beleg für eine Unzuverlässigkeit sein. Dies stellt zum Beispiel die Grundlage für den Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse dar. Durch den regelmäßigen Kontakt und Austausch zwischen Polizeidienststellen und den kommunalen Behörden, wie etwa Ordnungs- und Meldeämtern sowie Waffenbehörden der Landkreise, Städte und Gemeinden werden speziell in Bezug auf „Reichsbürger" entsprechende Maßnahmen intensiviert.

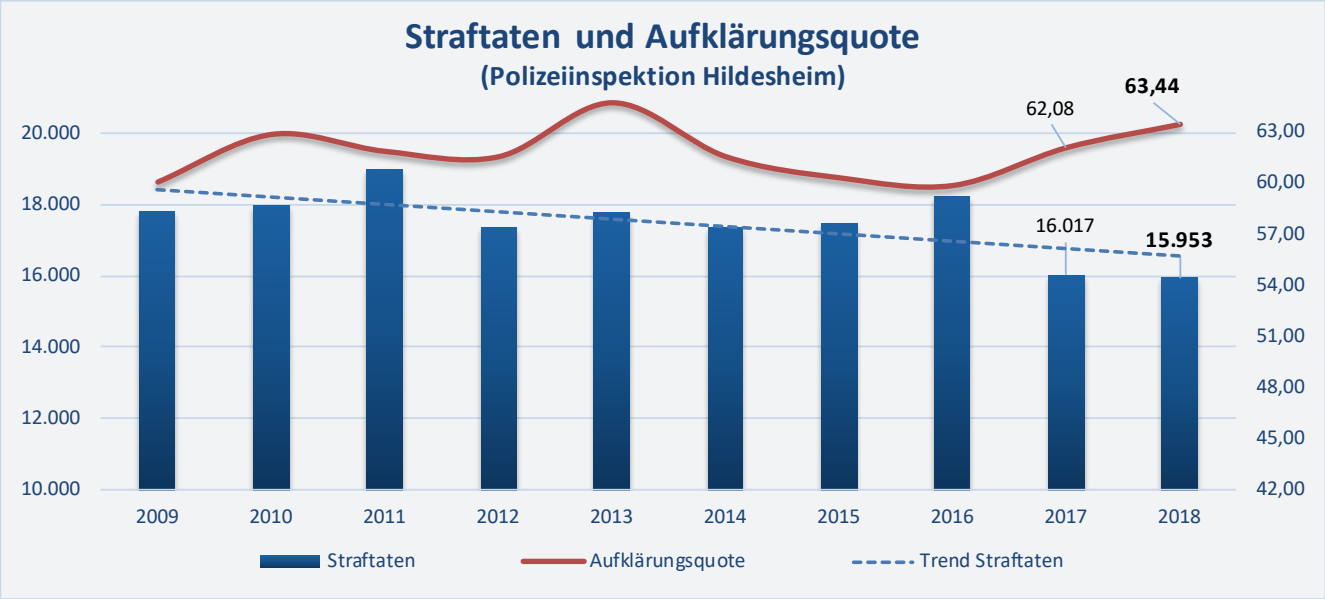
Salafismus - Islamistischer Terrorismus

Der Salafismus ist die dynamischste islamistische Bewegung in Deutschland und weltweit. Das salafistische Personenpotential in Niedersachsen ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Die von Salafisten propagierte Staats- und Gesellschaftsordnung steht im deutlichen Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Insbesondere werden die demokratischen Grundsätze der Trennung von Staat und Religion, der Volkssouveränität, der religiösen und sexuellen Selbstbestimmung, der Gleichberechtigung der Geschlechter sowie das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit verletzt.

Zu den Städten mit einem regen Zulauf gehören auch die Räume Göttingen und Hildesheim u .a. mit dem ehemals salafistisch dominierten Moscheeverein „Deutschsprachiger Islamkreis Hildesheim e.V.", der mittlerweile verboten wurde. Auch aus dem Bereich der PD Göttingen sind Ausreisen von Personen, die dem sogenannten Islamischen Staat (IS) nahestehen, im niedrigen zweistelligen Bereich bekannt. Derzeit werden Ausreisesachverhalte nur noch vereinzelt nachträglich bekannt. Im Zusammenhang mit den fortschreitenden Gebietsverlusten des IS liegen zudem Erkenntnisse zu Personen vor, die aktuell aus Syrien/Irak ausreisen möchten und/ oder sich aktuell in Syrien/Irak in Haft befinden. Bei einem Großteil dieser Personen dürfte sich eine verstärkte Rückreisetendenz abzeichnen. In Niedersachsen sind aktuell mehr als 70 Personen als „Gefährder" eingestuft.

Seitens der Polizei erfolgten u.a. Sensibilisierungen der Justiz und kommunaler Einrichtungen, an Schulen und Einrichtungen mit jugendlichen Zielgruppen sowie an Unterkünften für Flüchtlinge und Asylsuchende. Des Weiteren wurden Kooperationsgespräche mit Moscheevereinen geführt. Alle Stellen wirken zusammen, um eine stabile Sicherheit in Niedersachsen zu gewährleisten.

Kriminalitätsentwicklung in der Polizeiinspektion Hildesheim



Im Jahr 2018 wurden in der Polizeiinspektion Hildesheim 15.953 Straftaten registriert, was im Vergleich zum Vorjahr einem Rückgang von 64 Taten entspricht. Die Aufklärungsquote konnte verglichen mit dem Jahr 2017 um 1,36 Prozentpunkte gesteigert werden und lag bei 63,44 Prozent.

Ferner konnten im Jahr 2018 insgesamt 10.120 Tatverdächtige ermittelt werden. Davon waren 8.046 männlich und 2.074 weiblich. Bei 244 Tatverdächtigen handelte es sich um Kinder und in 875 Fällen um Jugendliche.

Wohnungseinbruchdiebstahl

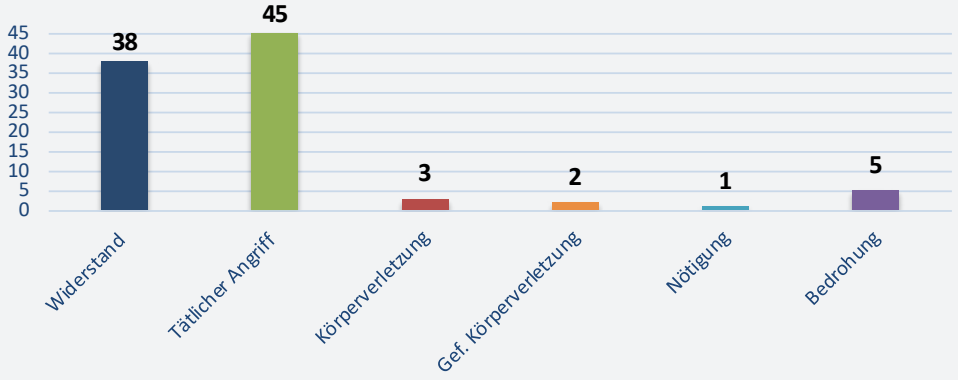
Im gesamten Inspektionsbereich kam es zu 404 Wohnungseinbrüchen. 101 Taten davon konnten aufgeklärt werden. Dies entspricht einer Aufklärungsquote von 25 % und liegt somit über dem Landestrend. Im Vergleich zum Vorjahr besteht ein Rückgang der Fallzahlen um 19 Taten.

Gewaltdelikte gegen Polizeivollzugsbeamte

Die Aggression und Respektlosigkeit gegenüber Polizeibeamtinnen und –beamten hat im vergangenen Jahr leider erneut zugenommen. Die Anzahl von Widerstandshandlungen gegen Maßnahmen von Vollstreckungsbeamtinnen und -beamten ist mit 38 Taten im Vergleich zum Vorjahr zwar unverändert geblieben. Doch im Rahmen der Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, zu denen zum Beispiel Körperverletzungen, Nötigungen oder Bedrohungen zählen, ist es zu einem Anstieg auf 56 Taten gekommen.

Damit wurden insgesamt 94 Gewaltdelikte gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamte registriert. Während die Anzahl der Taten im Stadtgebiet Hildesheim von 54 auf 67 anstieg, ergaben sich im Bereich der Polizeikommissariate kaum Veränderungen. In 44 Fällen wurden Beamtinnen und Beamte verletzt. Schwerverletzte mussten glücklicherweise nicht verzeichnet werden.

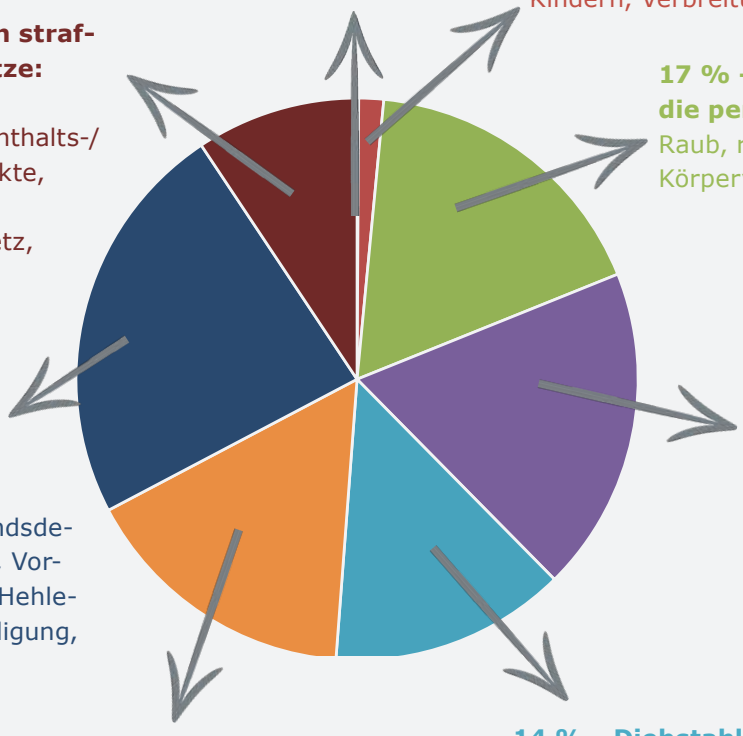
Gewalt gegen Vollstreckungsbeamtinnen- und -beamte sowie gleichgestellte Personen
(Polizeiinspektion Hildesheim)



Cybercrime

Die Zahl der Straftaten in Zusammenhang mit dem Internet (Cybercrime) liegt bei 958. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang um acht Fälle. Den größten Anteil nahmen mit 662 Taten nach wie vor die Betrugsdelikte ein. Überwiegend handelte es sich dabei um Waren- und Kreditbetrug. Aber auch Straftaten wie das Ausspähen von Daten, Beleidigungen oder Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wurden im digitalen Raum begangen.

Verteilung der Straftaten nach Deliktstypen



0,09 % - Straftaten gegen das Leben: Mord, Totschlag

1,43 % - Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung:
Vergewaltigung, sexueller Missbrauch von Kindern, Verbreitung Kinderpornografie u.a.

9 % - Straftaten gegen strafrechtliche Nebengesetze:
Wirtschaftssektor, Arzneimittelgesetz, Aufenthalts-/Asylrecht, Rauschgiftdelikte, Sprengstoff-/Waffen-/Kriegswaffenkontrollgesetz, Tierschutzgesetz u.a.

17 % - Rohheit/Taten gegen die persönliche Freiheit:
Raub, räuberische Erpressung, Körperverletzung

19 % - Diebstahl ohne erschwerende Umstände:
z.B. Ladendiebstahl, Einschleichdiebstahl

23 % - Sonstige Straftatbestände:
Erpressungen, Widerstandsdelikte, Hausfriedensbruch, Vortäuschen einer Straftat, Hehlerei, Brandstiftung, Beleidigung, Sachbeschädigung u.a.

16 % - Vermögens- und Fälschungsdelikte:
sämtliche Betrugsdelikte, Veruntreuung, Unterschlagung, Fälschungen u.a.

14 % - Diebstahl unter erschwerenden Umständen:
Kfz-Entwendungen, Einbrüche in Häuser/Wohnungen, Gewerbebetriebe u.a.

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Im Jahr 2018 wurden in der Polizeiinspektion Hildesheim insgesamt 143 Straftaten zum Nachteil älterer Menschen registriert. Davon blieben 46 Taten glücklicherweise im Versuchsstadium. Es entstand ein Gesamtschaden von knapp 600.000 Euro.

Bei der Tatbegehung kamen nach wie vor verschiedene Vorgehensweisen zum Einsatz:

- Beim sogenannten „Enkeltrick" geben sich die Täter am Telefon gegenüber älteren Menschen als Angehörige aus, die sich in einer finanziellen Notlage befinden und dringend Geld benötigen.
- Eine weitere Masche sind Anrufe von „falschen Polizeibeamten". Dabei behaupten die Täter bei spielsweise, dass Einbrecher festgenommen worden seien, bei denen man Aufzeichnungen mit dem Namen und der Anschrift der älteren Person gefunden habe. Anschließend wird ihnen suggeriert, dass sie das nächste Opfer der vermeintlichen Einbrecher werden könnten. Um ihr Eigentum zu schützen, werden die Seniorinnen und Senioren nun dazu gebracht, den Tätern Bargeld und Wertgegenstände auszuhändigen.
- Regelmäßig treten die Täter auch als vermeintliche Handwerker auf und verschaffen sich so Zutritt in die Wohnungen ihrer Opfer, indem zum Beispiel ein Wasserrohrbruch behauptet wird, der eine Überprüfung der Wasserleitungen erfordert. Während ein Täter die Wohnungsinhaber ablenkt, betritt ein weiterer Täter unbemerkt die Räumlichkeiten und durchsucht diese nach Wertgegenständen.

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Der Phänomenbereich „SäM"

Fallzahlen im Bereich der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SäM) bewegten sich in der Polizeidirektion (PD) Göttingen in den vergangenen Jahren bereits auf einem hohen Niveau. Dabei belief sich die Schadenssumme der letzten vier Jahre auf insgesamt rund 13 Millionen Euro. Neben einer steigenden Täteraktivität geht diese Entwicklung auch darauf zurück, dass eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zu einer höheren Sensibilität und Anzeigenbereitschaft in der Bevölkerung beigetragen hat. Unter anderem wurden Newsletter mit Warnhinweisen für potentielle Opfer über aktuelle Serien und Tatbegehungsweisen in Printmedien sowie über regionale Radio- und TV-Sender verbreitet.

Ältere Menschen werden immer wieder Opfer von Trickbetrügerinnen und -betrügern. Die Täter sind dabei meist sehr redegewandt und verstehen es, das Vertrauen ihrer Opfer zu gewinnen. Diese Gutgläubigkeit wird dann ausgenutzt, um an das Vermögen der Seniorinnen und Senioren zu gelangen. Häufig täuschen sie zudem vor, dass die Opfer oder deren Angehörige in Gefahr seien, um zusätzlichen Druck auszuüben.

Aufgrund des wachsenden Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung muss davon ausgegangen werden, dass die Anzahl dieser Straftaten auch in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Unter anderem könnte diese Entwicklung daher auch zu einer erhöhten Furcht gerade älterer Menschen führen, Opfer von Kriminalität zu werden. In vielen Fällen werden die Taten darüber hinaus nicht zur Anzeige gebracht, da sich die Betroffenen schämen, einem Betrüger aufgesessen zu sein. Daher ist in diesem Phänomenbereich von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen.

Grundsätzlich finden im Deliktsbereich des Trickdiebstahls verschiedene Tatbegehungsweisen (Modi Operandi) Anwendung. Die Täter geben sich u.a. als Bankmitarbeiter, Dachdecker, Wasserwerker und Teppichreiniger aus. Der Kreativität und dem Erfindungsreichtum der Täter sind bei der Erstellung einer Legende keine Grenzen gesetzt. Andere Modi Operandi, wie beispielsweise der „Schockanruf", werden aufgrund mangelnder Erfolgserwartung seitens der Täter nicht mehr oder nur noch vereinzelt angewendet. Weit verbreitete Modi Operandi sind hingegen der „Falsche Polizeibeamte" und der sogenannte „Enkeltrick". Es handelt sich hierbei sowohl um überregional, als auch um regional agierende Täter/innen oder Tätergruppen. Diese Tätergruppen sind erfahrungsgemäß gut organisiert, werden aus dem Ausland gesteuert und rekrutieren zusätzlich im Bereich der Tatorte Helfer/innen, die für sie tätig werden. Die Haupttäter/innen halten sich zumeist im Ausland auf, wo auch vornehmlich die Call-Center beheimatet sind, aus denen heraus die sogenannten „Keiler" die organisierten Betrugstaten leiten. Zur Steigerung der Glaubwürdigkeit wird das sogenannte Call-ID-Spoofing betrieben, um die tatsächliche Rufnummer unter Zuhilfenahme verschiedener, technischer Hilfsmittel zu verschleiern. Signifikant ist die Häufung der jeweiligen Anrufe für einen gewissen Zeitraum, meist an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen, ein einem geografisch begrenzten Gebiet.

Der Erfolg der Sensibilisierung spiegelt sich in einer hohen Anzahl von Versuchsstraftaten (921 Fälle in 2018) und insbesondere in der Entwicklung der straflosen Vorbereitungshandlungen wieder. Viele Seniorinnen und Senioren erkennen mittlerweile, wenn sie beispielsweise am Telefon „übers Ohr gehauen" werden sollen und fallen nicht mehr auf die Tricks der Täter herein. Gleichwohl ist mit Blick auf die Tatbegehungsweisen „Falscher Polizeibeamter" (17 vollendete Betrugsdelikte) und „Enkeltrick" (12 vollendete Betrugsdelikte) in 2018 auffällig, dass trotz der geringen Anzahl vollendeter Taten die Schadenssumme bei diesen Begehungsweisen mit 1.022.070 Euro sehr hoch ist.

Der durch Straftaten zum Nachteil älterer Menschen entstandene Schaden belief sich im Jahr 2018 direktionsweit auf insgesamt 3.491.790 Euro. Die PD Göttingen wird deshalb im Jahr 2019 neben intensiver Ermittlungsarbeit insbesondere in die Präventionsarbeit einen Schwerpunkt bei der Bekämpfung von Straftaten zum Nachteil älterer Menschen legen und mit vielfältigen Aktionen versuchen, schadensträchtige Delikte zu verhindern.

Beispielsfall: Straftaten zum Nachteil älterer Menschen in der Polizeiinspektion Hildesheim

Senioren/innen werden immer wieder zu Opfern von Trickbetrügern. Bei den Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SäM) sind durch die Täter eine Vielzahl an unterschiedlichen Begehungsweisen festzustellen. Dabei haben sie stets dasselbe Ziel: Die Erlangung des Geldes oder anderer Wertgegenstände ihrer betagten Opfer.

Trickdiebstahl in Hildesheim

So wiederfuhr es auch einer 88-jährigen alleinlebenden Seniorin aus Hildesheim, welche in ihrer Wohnung Opfer eines mutmaßlich bandenmäßig und gewerbsmäßig begangenen Trickdiebstahls wurde.

Am Samstag, 10.11.18, gegen 17.20 Uhr, klingelten 5 Personen (4 x männlich, 1 x weiblich) an der Wohnungstür der 88-jährigen Seniorin. Unter dem Vorwand „Zucker zum Plätzchen backen" zu benötigen gewährte ihnen die gehbehinderte ältere Dame in hilfsbereiter Absicht Zutritt zu ihrer Wohnung.

Die südländisch aussehenden Personen, ca. 25 Jahre alt und zum Teil deutschsprechend, hatten Weihnachtsmützen auf dem Kopf und Laternen in der Hand. Alle waren fröhlich gestimmt und lachten miteinander. In der Küche wurde die ältere Dame dadurch abgelenkt, dass man ihr aufgab, genau 21 Löffel Zucker in eine leere Tüte abzufüllen. Um zusätzlich Vertrauen zu erwecken sangen die Besucher mit der älteren Dame englische Kinderlieder und luden sie zu einer Zusammenkunft in eine große Kirche ein. Währenddessen gelangte mindestens ein männlicher Täter unbemerkt in das Schlafzimmer der Seniorin und entwendete dort den gesamten Schmuck und Bargeld im Wert von mind. 14.000 Euro. Anschließend verabschiedete sich die Gruppe von der Dame und verließ das Wohnhaus. Erst als die ältere Dame wenig später ihre Katze suchte bemerkte sie den Diebstahl und verständigte die Polizei.

Ermittlungsarbeit in der Polizeiinspektion Hildesheim: So ging es mit dem Fall weiter

Bei Straftaten in diesem Deliktsbereich erfolgen regelmäßig vielfältige und umfangreiche Maßnahmen. Neben einer Tatortaufnahme vor Ort erfolgt eine akribische Spurensuche (beispielsweise an der angegangenen Geldkassette und Schmuckschatulle) und Sicherstellung von Spurenträgern und Beweismitteln.

Auf Grundlage einer Vernehmung der Geschädigten und ggfls. anderer Zeugen (z. B. Nachbarn) werden Phantombilder der Täter erstellt und mit Beschluss zu Fahndungszwecken in den örtlichen Medien veröffentlicht. Im konkreten Sachverhalt konnten so durch einen Zeugen Hinweise zum Fluchtfahrzeug und dessen Fluchtrichtung sowie zum Kennzeichen und zu den verdächtigen Insassen erlangt werden. Darüber hinaus wurden Beschlüsse in Zusammenhang mit dem Telekommunikationsgesetz zur Erhebung von Verkehrsdaten in Funkzellen (Mobilfunknetz) erhoben. Dadurch konnten verdächtige bulgarische Mobilfunknummern ermittelt werden. Im Weiteren erfolgt eine Anrufinhaberfeststellung über Interpol und eine bundesweite Erkenntnisanfrage über die polizeilichen Informationssysteme zu den Rufnummern, den Phantombildern und dem verdächtigen PKW. Über die Standortdaten der Mobilfunknummern ist zudem die Gewinnung von Informationen zu den Aufenthaltsorten der Nutzer (und vermeintlichen Täter) möglich. Ebenso können Hinweise zu überregionalen Tatzusammenhänge erlangt werden.

Die Ermittlungen zu diesem Sachverhalt sind noch nicht abgeschlossen. Es herrscht jedoch Zuversicht, dass die Tat aufgeklärt und die Täter ermittelt und dingfest gemacht werden können.

Prävention: Straftaten zum Nachteil älterer Menschen in der Polizeiinspektion Hildesheim

Die Bekämpfung der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen wird in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt der polizeilichen Präventionsarbeit darstellen.

Prägnant ist dabei die gezielte Ausnutzung der Opferdisposition wie Vereinsamung, altersbedingte eingeschränkte körperliche oder geistige Gesundheit oder auch die Gutmütigkeit und Hilfsbereitschaft insbesondere in Zusammenhang mit dem häuslichen Umfeld, wo diese Taten überwiegend angebahnt und/oder durchgeführt werden.
Einerseits handelt es sich um Trickdiebstähle, bei denen sich Täter unter unterschiedlichsten Vorwänden in den häuslichen Bereich der Geschädigten begeben, diese ablenken und unbemerkt Geld oder Wertgegenstände entwenden. Anderseits sind es Betrugstaten. Die momentan häufigsten Varianten sind „falsche Polizeibeamte" und „Enkeltrick".

Gerade ältere Menschen bedürfen daher besonderer Unterstützung. Aus diesem Grund wurden 2018 bereits umfangreiche Präventionsmaßnahmen durchgeführt. So wurden flächendeckend Informationsveranstaltungen für Senioren/-innen im Bereich der Polizeiinspektion Hildesheim angeboten und durchgeführt. Darüber hinaus wurden im Phänomenbereich „falsche Polizeibeamte" Mitarbeiter aus Vorstand und Mitarbeiterschaft diverser Geldinstitute hinsichtlich der verschiedenen Modi Operandi geschult. Hier gilt es sowohl Bankmitarbeiter bzgl. hoher, nicht plausibler oder unvorangekündigter Abhebungen von Geldbeträgen zu sensibilisieren, als auch Senioren von dem Phänomen zu informieren und ihnen Verhaltensregeln zu erläutern. Dies erfolgt im hiesigen Zuständigkeitsbereich sowohl durch Informationsveranstaltungen z. B. in Altenheimen als auch mit Artikeln in der örtlichen Presse.

Eine weitere Masche ist der Trickbetrug im Rahmen von Haustürgeschäften.

Jeder kann dazu beitragen, ältere Mitmenschen im sozialen oder familiären Umfeld davor zu bewahren, einem Diebstahl oder Betrug zum Opfer zu fallen.

Gabriele Freier, Beauftragte für Kriminalprävention der Polizeiinspektion Hildesheim, empfiehlt:

- mit Angehörigen oder der Nachbarschaft über die Tricks der Betrüger und Diebe sprechen,
- Verhaltenshinweise der Polizei berücksichtigen und im eigenen Umfeld weitergeben,
- Betroffene darin bestärken, dass sie nicht „selbst schuld" sind, wenn sie Opfer einer Straftat werden und sie darin bestärken, dass Betrug oder Diebstahl eine Straftat ist und angezeigt werden sollte,
- Unterstützung und Hilfe anbieten.

Prävention: Straftaten zum Nachteil älterer Menschen in der Polizeiinspektion Hildesheim

Hinweise zum Verhalten bei Telefonanrufen

- Seien Sie misstrauisch, wenn Verwandte oder Bekannte um Geld bitten und sich der Anrufer am Telefon nicht selbst mit Namen meldet. Fordern Sie ihn auf, dies zu tun. Erfragen Sie Details, die nur der richtige Verwandte/Bekannte nennen kann.
- Die „echte" Polizei ruft niemals unter der Polizeinotrufnummer 110 an und fordert auf, Geld oder andere Wertgegenstände auszuhändigen oder Banküberweisungen zu tätigen; auch nicht um Ermittlungen zu unterstützen.
- Niemals die Rückruftaste nutzen, um nicht möglicherweise wieder bei den Betrügern zu landen. Wählen Sie die Notrufnummer 110 oder Nummer der örtlichen Dienststelle immer selbst und setzen Sie die Polizei über den Anruf in Kenntnis.

Hinweise zum Verhalten an der Haus- oder Wohnungstür:

- Niemals unbekannte Personen ins Haus oder in die Wohnung lassen. Nutzen Sie, soweit vorhanden, die Türsprechanlage oder den Spion. Kommunizieren Sie im Zweifel zunächst durch die geschlossene bzw. mit einer Sperrkette gesicherten Wohnungstür.
- Seien Sie grundsätzlich misstrauisch gegenüber Fremden, welche bspw. unvereinbarte Dienstleistungen anbieten, um ein Glas Wasser oder die Benutzung der Toilette bitten.
- Lassen Sie Handwerker nur dann herein, wenn Sie sie bestellt haben oder diese von der Hausverwaltung angekündigt wurden. Im Zweifelsfall fragen Sie dort nach.
- Polizisten in ziviler Kleidung weisen sich mit einem Dienstausweis aus und haben Verständnis dafür, wenn Sie bei der Polizeizentrale nachfragen möchten
- Lassen sie den „Besucher" bei Nachfragen immer vor der abgesperrten Tür warten.
- Unterschreiben Sie nichts an der Haustür.
- Seien Sie misstrauisch! Gesundes Misstrauen ist keine Unhöflichkeit; Sie haben immer Zeit für eine Rücksprache mit Vertrauenspersonen oder Angehörigen.

Weitere Tipps Ihrer Polizei:

- Nicht unter Druck setzen lassen, auch nicht durch einen angeblichen Notfall oder wichtige und dringende Ermittlungen zu einem bevorstehenden Einbruch in der Nähe.
- Grundsätzlich keine Details über finanzielle Verhältnisse wie beispielsweise Besitztümer oder Bankguthaben preisgeben.
- Übergeben Sie niemals Geldbeträge oder Wertsachen wie Schmuck an unbekannte Personen oder Deponieren sie diese nicht an einem vorgegebenen Ort!

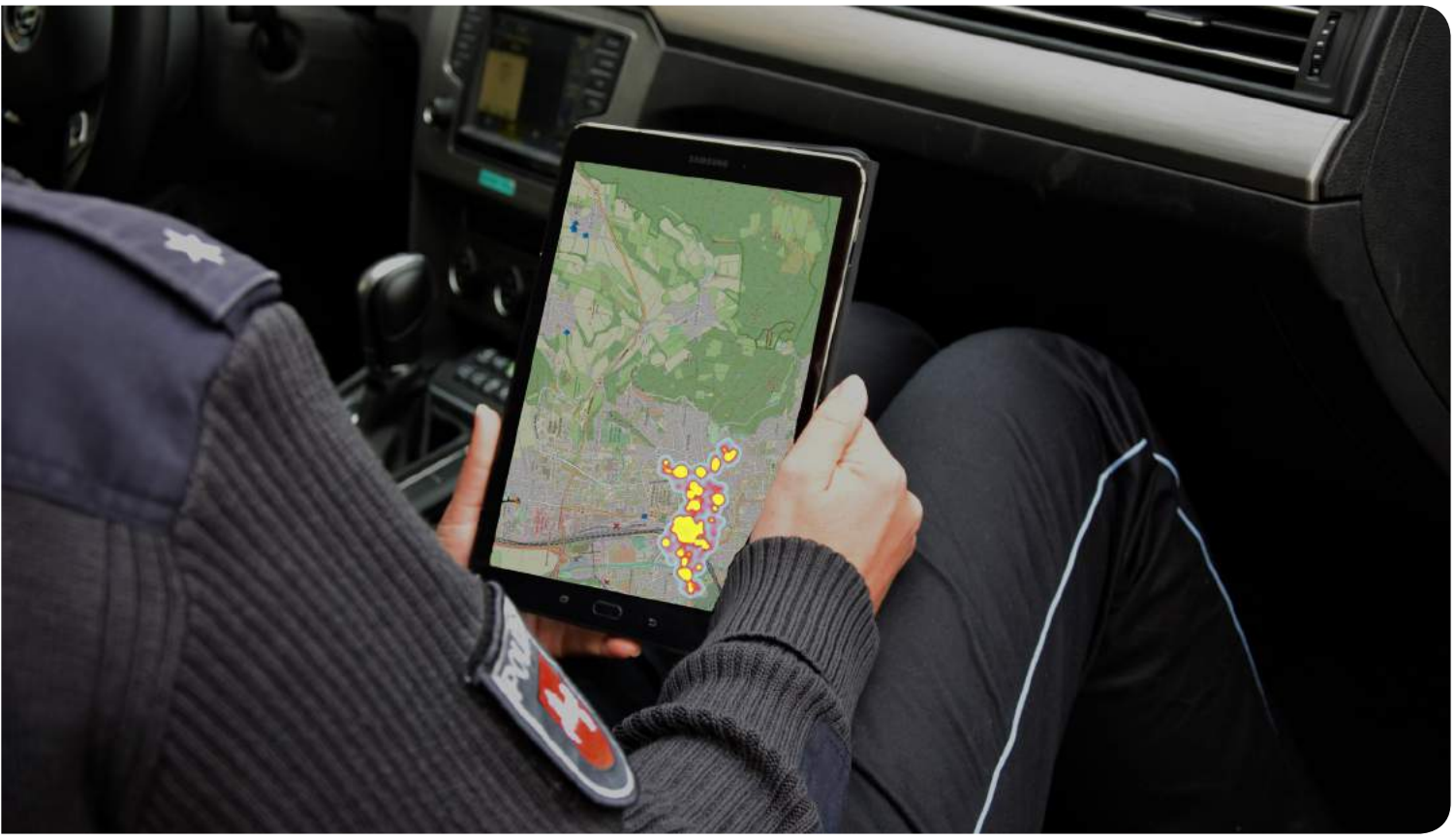
Sollten Sie Opfer einer Straftat bzw. auf einen verdächtigen Vorfall aufmerksam geworden sein, verständigen Sie den Notruf 110 oder Ihre örtliche Polizei unter 05121/939 - 0

Für Rückfragen steht Ihnen in der Polizeiinspektion Hildesheim KHK`in Gabriele Freier zur Verfügung:

Tel.: 05121/939-107 oder 05121/939-108

E-Mail: gabriele.freier@polizei.niedersachsen.de

PreMAP – Mobile Software zur Bekämpfung von Einbruchskriminalität



Die effektive Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls zählte auch im vergangenen Jahr zu den Schwerpunkten der Polizeidirektion Göttingen. Seit November 2018 wird in den Polizeiinspektionen Hildesheim und Göttingen zu diesem Zweck im Rahmen einer Projektphase die Prognose-Software PreMAP eingesetzt. Dabei steht der Name für „„Predictive Policing Mobile Analytics for Police".

PreMAP wird auf mobilen Endgeräten installiert und kann die Beamtinnen und Beamten damit zeit- und ortsunabhängig im Einsatz unterstützen. Dazu errechnet das System auf Basis der Daten bereits begangener Einbrüchen die Wahrscheinlichkeit, dass es in einem bestimmten Gebiet zu weiteren Straftaten kommt. Die Analyse folgt dem sogenannten „Near Repeat-Ansatz", also der Annahme, dass die Gefahr einer weiteren Straftat im Umfeld eines bekannt gewordenen Tatortes temporär erhöht ist. Im Ergebnis weist PreMAP Risikogebiete aus, die den Einsatz- und Ermittlungsbereichen zeitnah zur Verfügung gestellt werden. Streifen- und Kontrolltätigkeiten können gezielt auf diese Gebiete ausgerichtet werden. PreMAP verfolgt somit das Ziel, den Wohnungseinbrechern möglichst einen Schritt voraus zu sein.

Die Einführung der Software ist Teil eines umfangreichen Maßnahmenbündels zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls. Nach Abschluss der Projektphase soll PreMAP landesweit zur Verfügung gestellt werden.

In der Polizeiinspektion Hildesheim befindet sich darüber hinaus seit Juni 2018 ein Infoterminal im Testbetrieb. Neben den PreMAP Prognosen werden hier den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern automatisiert und per Touchscreen vielfältige einsatzunterstützende Informationen zur Verfügung gestellt.

Clans und Clankriminalität in der Polizeidirektion Göttingen

Bereits seit mehreren Jahren stellt die Clankriminalität die Polizeiarbeit vor wachsende Herausforderungen. Neben den Bundesländern Berlin, Bremen und Nordrhein-Westphalen ist auch Niedersachsen in besonderem Maße von diesem Phänomen betroffen.

Die Bevölkerung nimmt das Auftreten krimineller Clans dabei überwiegend über die Medien wahr, häufig anlässlich sogenannter „Tumultlagen", die sich im öffentlichen Raum abspielen. Im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen sind der „Hamelner Fenstersturz" (2015) oder die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Gerichtsverfahren nach dem „Ampelmord" (2013) in Hildesheim in besonderer Erinnerung geblieben. Doch auch im vergangenen Jahr kam es in Nienburg, Göttingen und Northeim zu öffentlichkeitswirksamen „Tumultlagen", denen es mit erheblichen polizeilichen Anstrengungen entgegenzutreten galt.

Das Phänomen „Clankriminalität" bildet seit einigen Jahren sowohl in der Polizei Niedersachsen als auch in der Polizeidirektion Göttingen einen Behördenschwerpunkt. Es kann nicht hingenommen werden, dass sich Mitglieder in unserer Gesellschaft abschotten, das geltende Rechtsystem ablehnen und eine Parallelgesellschaft aufbauen, in der Selbstjustiz, Bedrohung und Gewalt gegen andere Menschen, unter anderem auch gegendas Personal von Behörden, als legitim gelten.

Um diesen Strukturen effektiver und mit einheitlichen Standards zu begegnen, ist seit März 2018 eine „Landesrahmenkonzeption zur Bekämpfung krimineller Clanstrukturen in Niedersachsen" in Kraft. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf einer nachhaltigen und ganzheitlichen Bekämpfung aller Phänomene „rund um die Clans" im Rahmen der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung. Dabei soll den unterschiedlichen Erscheinungsformen niedrigschwellig und unter Einbeziehung aller zuständigen Behörden und Institutionen (wie z.B. der Polizei, der Justiz, der Sozial- und Arbeitsämter und der Kommunen) konsequent begegnet werden.

Mit der Landesrahmenkonzeption wurden einheitliche Definitionen für die Begriffe „Clan", „Clankriminalität" oder „kriminelle Clanstrukturen" festgelegt. Zudem erweitert sie den Fokus über die hinreichend bekannten Mhallamiye-Kurden („M-Kurden") hinaus auf alle Gruppen, die sich über verwandtschaftliche Beziehungen, gemeinsame Herkunft, Abschottung und die Begehung von Straftaten definieren.

Ihre polizeilichen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort

Im Sinne einer besseren Vernetzung und Optimierung der Informationsflüsse benannten alle Polizeiinspektionen, die Zentrale Kriminalinspektion und der Behördenstab Ansprechpartnerinnen und –partner (AP) „Clan". Diese haben einen besonderen Blick für die Zustände und Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen. Sie sollen die dezentrale Fortbildung forcieren und bei Einsatz- und Ermittlungslagen unterstützend sowie beratend herangezogen werden.

Auf kommunaler Ebene stehen die Ansprechpartnerinnen und -partner „Clan" als Netzwerkpartner zur Verfügung, um, soweit erforderlich, Sicherheitspartnerschaften oder „Runde Tische" zu initiieren oder zu etablieren.

Ein Kontakt zu den örtlich zuständigen ANsprechpartnerinnen und -partnern „Clan" erhalten Sie über die Geschäftsstellen der jeweiligen Polizeiinspektionen.

Transparenz, Aufmerksamkeit und Prävention

statt

Schäden, Strafen und Vertrauensverlust

Korruption schadet nicht nur den unmittelbar Betroffenen, sondern der gesamten Gesellschaft. Denn durch sie wird das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in einen unabhängigen Staat und eine integre Wirtschaft nachhaltig beeinträchtigt. Dennoch werden auch in Deutschland immer wieder Fälle von Korruption bekannt. Nach dem „Bundeslagebild Korruption" des Bundeskriminalamtes (BKA) lag der Schwerpunkt in den vergangenen Jahren im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Dabei hat Korruption dienst-, arbeits- und strafrechtliche Konsequenzen. Eine Entfernung aus dem Dienst, bzw. eine Entlassung, eine Geld– oder Freiheitsstrafe bis zu 10 Jahren und Regressansprüche können die Folge sein.

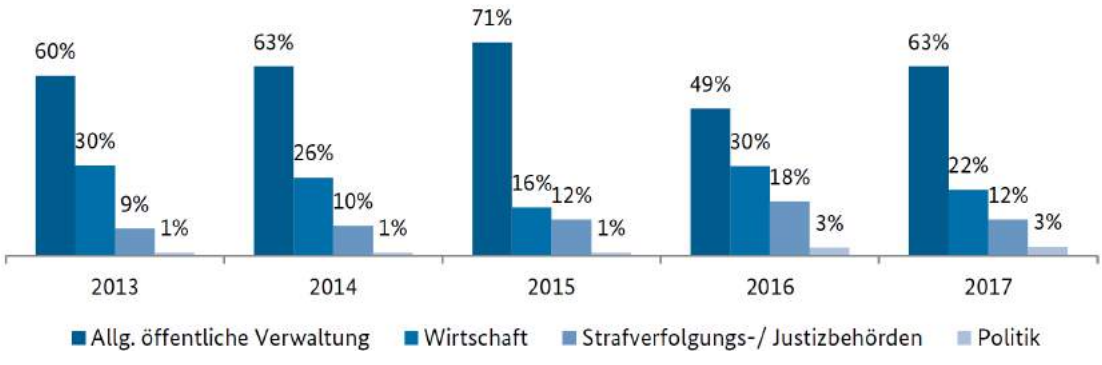
In der Polizeidirektion Göttingen kam es im Jahr 2018 insbesondere in den Bereichen der kommunalen Verwaltung, des Gesundheitswesens sowie wissenschaftlicher Einrichtungen zu strafrechtlichen Ermittlungen. Die Akteure in diesen Schwerpunktbereichen stehen nun vor der Aufgabe, im Rahmen einer engagierten internen Revision korruptionshemmende Strukturen und Kontrollmechanismen aufzubauen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sensibilisieren.

Gerade auf kommunaler Ebene sind die handelnden Akteurinnen und Akteure oft im persönlichen Bereich eng miteinander verbunden. Diese besondere Nähe der Entscheidungsträgerinnen und –träger kann zu Korruption und Vetternwirtschaft führen. Gefährdete Bereiche sind vor allem dort anzunehmen, wo

- auf die Vergabe von Aufträgen und Fördermitteln
- oder den Erlass von Geboten oder Verboten

Einfluss genommen werden kann. Hier führt Korruption zu überhöhten Preisen oder einer verminderten Qualität der Leistung – und schadet damit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, ebenso wie den Steuerzahlerinnen und -zahlern insgesamt.

Zielbereiche der Korruption



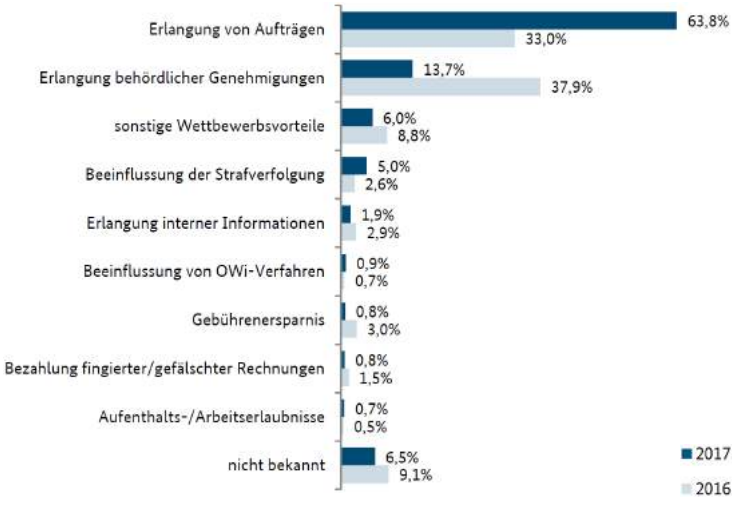
Korruptionsprävention in der Polizeidirektion Göttingen

Beispielsfall: Mangelhafte Ausschreibungen

Im Jahr 2018 deckte ein hiesiges Strafverfahren auf, dass mehr als 70 Kommunen und öffentliche Institutionen durch wettbewerbsbeschränkende Absprachen geschädigt wurden. Aufgrund einer mangelhaften Ausschreibungspraxis war es einer großen Zahl von Anbietern von Kommunaltechnik gelungen, Preisabsprachen zu treffen und ihre Leistungen zu erhöhten Preisen zu verkaufen. Teilweise waren dabei bewusst oder unbewusst auch kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter behilflich. Teilweise gingen die häufig gravierenden Fehler auf eine Überlastung zurück. Weitere Ursachen sind jedoch auch die Bequemlichkeit und ein mangelndes Problembewusstsein einiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zudem wurden diese Fehler in einigen Fällen durch die Leitung nicht erkannt oder gar geduldet. Hinsichtlich des Wissens um die wesentlichsten Vergaberegeln und die Vorgaben der „Verwaltungsvorschrift Korruption" bestanden hier offenbar erhebliche Defizite.

Besondere Aufmerksamkeit verlangen auch die kommunalen Unternehmen, da sie sich – häufig in privatrechtlicher Form – weitgehend der Steuerung und Kontrolle durch die Kommune als Mehrheitsgesellschafterin entziehen. Dennoch sind diese Unternehmen Teil der Kommune und daher gleichermaßen an die Kriterien der Korruptionsprävention gebunden.

Art der Vorteile der Geber



Was können Sie tun, um Korruption vorzubeugen?

- Transparenz in der öffentlichen Verwaltung stärkt nicht nur die demokratischen Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger und wirkt damit der Staatsverdrossenheit entgegen, es erschwert auch Manipulationen und Korruption.
- Sensibilisieren Sie die Mitarbeiter zur Einhaltung der Antikorruptionsrichtlinie, insbesondere hinsichtlich der Annahme von Belohnungen und Geschenken. Viele Amtsträger gerade in Leitungsfunktionen verstoßen gegen diese Grundsätze.
- Absolute Tabus sind die Annahme von Bargeld (auch für die Kaffeekasse), Eintrittskarten (auch für Sportveranstaltungen) und Rabatte (auch die Überlassung von Gegenständen zu besonderen Bedingungen).
- Führungskräfte müssen ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und Verfehlungen müssen verfolgt werden. Im Zweifel stehen sie in der Verantwortung und der finanziellen Haftung.
- Kommunen müssen sicherstellen, dass Hinweise auf Fehlverhalten über interne oder externe Meldekanäle weitergegeben und sachgerecht bearbeitet werden. Die frühzeitige Einbindung der Strafverfolgungsbehörden ist geboten.

Verkehrssicherheitsarbeit.

Sicher unterwegs.

Verkehrslagebild der Polizeidirektion Göttingen

Sicherheit im Straßenverkehr ist ein Grundbedürfnis und wichtiges Merkmal individueller Lebensqualität. Daher hat die Verkehrssicherheitsarbeit in der Polizeidirektion Göttingen einen hohen Stellenwert.

Verkehrsunfälle mit schweren Folgen oder gar Todesopfern zu verhindern zählt zu unseren Kernaufgaben. Das Jahr 2018 lässt im Vergleich zum Vorjahr insgesamt eine positive Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen erkennen. Auch die Anzahl der Unfälle mit Getöteten entwickelte sich weiterhin rückläufig. Bei den Schwerverletzten hingegen, ist ein leichter Anstieg von 1,6 Prozent zu verzeichnen.

Im Mittelpunkt unserer Maßnahmen steht es, das Verantwortungsbewusstsein und die gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr zu fördern. Dafür verfolgen wir ein integratives Konzept, das repressive und präventive Maßnahmen beinhaltet. Die wichtigsten Zielgruppen der Verkehrssicherheitsarbeit sind dabei Fahranfänger, Senioren, Fahrrad- und Motorradfahrer und „schwächere Verkehrsteilnehmer (wie z.B. Kinder oder Fußgänger). Zudem arbeitet die Polizeidirektion Göttingen in Netzwerkpartnerschaften eng mit anderen Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit zusammen.

Hauptunfallursachsen

- zu hohe Geschwindigkeit
- Alkohol- und Drogenbeeinflussung
- Ablenkung durch mobile Endgeräte

Im Mittelpunkt der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen stehen neben den genannten Hauptunfallursachen auch die Überprüfung der Gurtpflicht/ Rückhaltesysteme. **Denken Sie immer daran:** Ein Sicherheitsgurt kann Ihr Leben retten. Durch das Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes können bei einem Verkehrsunfall schwerwiegende oder tödliche Verletzungen eintreten.

Verkehrsunfallstatistik

- 33.309 Verkehrsunfälle insgesamt
- 840 schwerwiegende Verkehrsunfälle
- 53 getötete Personen
- 913 schwerverletzte Personen
- 1.099 unfallbeteiligte Kinder und Jugendliche
- 1.153 unfallbeteiligte Motorradfahrer
- 431 Unfallursache Alkohol
- 80 Unfallursache Betäubungmittel/Medikamente

Festgestellte Verkehrsverstöße

- 2.110 Blutentnahmen (Alkohol, Drogen, Medikamente)
- 66.828 Geschwindigkeitsüberschreitungen (davon 15.311 mit Anhalten)
- 7.056 Ablenkung durch elektronische Geräte
- 11.917 Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes

Prävention

In der Präventionsarbeit behält die Polizei aktuelle Entwicklungen in den Bereichen des Automobils, motorisierter Fahrräder und anderer Fortbewegungsgeräte im Blick. Sie bleibt Initiator der Verkehrsunfallprävention. Auf Grundlage örtlicher Verkehrsunfallanalysen werden gezielt Schwerpunkte gesetzt. Dabei kommt der Zusammenarbeit mit den Netzwerkpartnern der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit eine besondere Bedeutung zu. Neben alt bewährten Konzepten konzentriert sie sich insbesondere auch auf das Thema „Ablenkung im Straßenverkehr"!

Die Rettungsgasse rettet Leben!

An dieser Stelle ein Hinweis in eigener Sache: Im Ernstfall kann jede Sekunde zählen. Bilden Sie daher eine Rettungsgasse und ermöglichen Sie so das rasche Vorankommen und Eintreffen der Einsatzkräfte. Seit dem 19. Oktober 2017 gelten die folgenden Bußgelder.

Sie bildeten auf einer Autobahn oder Außerortsstraße keine freie Gasse zur Durchfahrt von Polizei- oder Hilfsfahrzeugen, obwohl der Verkehr stockte.	**200 Euro, 2 Punkte**
... mit Behinderung	240 Euro, 2 Punkte, 1 Monat Fahrverbot
... mit Gefährdung	280 Euro, 2 Punkte, 1 Monat Fahrverbot
... mit Sachbeschädigung	320 Euro, 2 Punkte, 1 Monat Fahrverbot
Sie unterließen es, einem Einsatzfahrzeug mit blauem Blinklicht und Martinshorn sofort freie Bahn zu schaffen.	**240 Euro, 2 Punkte, 1 Monat Fahrverbot**
... mit Gefährdung	280 Euro, 2 Punkte, 1 Monat Fahrverbot
... mit Sachbeschädigung	320 Euro, 2 Punkte, 1 Monat Fahrverbot

Verkehrslagebild der Polizeiinspektion Hildesheim

Verkehrsunfallentwicklung

Im Bereich der Polizeiinspektion Hildesheim ereigneten sich im Jahr 2018 insgesamt 7847 Verkehrsunfälle, 134 weniger als im Vorjahr. Davon ereigneten sich 815 Unfälle im Zuständigkeitsbereich der Hildesheimer Autobahnpolizei, 64 weniger als im Jahr 2017.

Die Anzahl der Personen, die bei Unfällen leicht verletzt wurden lag im Jahr 2018 bei 1096, was einem Rückgang von 76 Fällen entspricht. Jedoch ist die Anzahl der Schwerverletzten leider um 19 auf insgesamt 186 angestiegen.

Die Anzahl von Personen, die bei Unfällen getötet wurden ist im Vergleich zum Vorjahr mit 14 gleich geblieben. (Anmerkung: 2017 gab es 12 Unfälle mit 14 Unfalltoten, 2018 14 Unfälle mit 14 Unfalltoten)

Baumunfälle

Bei den Baumunfällen war eine leichte Zunahme um vier Unfälle auf insgesamt 128 zu verzeichnen. In 18 Fällen wurden dabei Personen schwer verletzt bzw. getötet. Verglichen mit dem Vorjahr ist dies ein Fall mehr.

Verkehrsunfallfluchten

Im Jahr 2018 registrierte die Polizeiinspektion Hildesheim 1894 Fälle des unerlaubten Entfernens vom Unfallort gemäß § 142 des Strafgesetzbuches. Im Vorjahr waren es 28 weniger. Dabei ist die Aufklärungsquote um ein Prozent auf 39,6 Prozent gesteigert worden. Bei einem großen Teil der Unfallfluchten handelte es sich um sogenannte „Parkplatzrempler".

Unfälle unter Alkohol- und Drogeneinfluss

In 110 Fällen standen Fahrzeugführer in Zusammenhang mit Unfällen unter Alkoholeinfluss. Im Vorjahr waren es 106. Bei 17 Verkehrsteilnehmern wurde eine Beeinflussung durch Drogen bzw. Medikamente festgestellt. Im Vergleich zum Vorjahr war hier ein Rückgang um 5 Fälle festzustellen.

Unfallursache Geschwindigkeit

Überhöhte Geschwindigkeit gehört nach wie vor zu den Hauptunfallursachen. Somit hat die Geschwindigkeitsüberwachung hohe Priorität bei der polizeilichen Arbeit. Ihr vorrangiges Ziel ist es, im Sinne der Prävention, Verkehrsunfälle zu verhüten und deren Folgen zu mildern. Als Grundlage dienen dabei zum einen die Unfallanalyse und zum anderen die Empfehlungen der Verkehrsunfallkommission.

Bei der Geschwindigkeitsüberwachung kommen in der Polizeiinspektion Hildesheim verschiedene Verfahren zum Einsatz. Vorrangig werden dabei das ESO (Einseitensensor)-Verfahren sowie das Lasermessverfahren genutzt. Ferner stellt der Landkreis der Polizeiinspektion ein Fahrzeug mit dem sogenannten Verkehrskontrollsystem (VKS) zur Verfügung. Damit ist es möglich, neben Geschwindigkeits- auch Abstandsmessungen durchzuführen. Im Zuständig-

Festgestellte Verkehrsverstöße

- **440 Blutentnahmen (Alkohol, Drogen, Medikamente)**
- **16.287 Geschwindigkeitsüberschreitungen (mit BAB)**
- **1.165 Ablenkung durch elektronische Geräte**
- **2.035 Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes**

keitsbereich der Polizeiinspektion Hildesheim wurden im Jahr 2018 insgesamt 16.287 Geschwindigkeitsüberchreitungen festgestellt.

Verkehrssicherheitsarbeit

Die Verkehrsüberwachung, die im Jahr 2018 von den Polizeikommissariaten u.a. im Rahmen von Verkehrssicherheitswochen durchgeführt wurde, stellt einen Baustein dar, um die Unfallzahlen zu senken. Mitarbeiter des Präventionsteams sowie der Polizeikommissariate führten und führen weitere Präventionsaktionen durch, um die Anzahl von Verkehrsunfällen zu reduzieren.

So trainieren unsere Kontaktbeamten in Kindertagesstätten mit Kindern im Vorschulalter das richtige Verhalten im Straßenverkehr. Dabei erhalten die Kleinen am Ende den sogenannten „Fußgängerführerschein".

Ein weiterer wichtiger Bestandteil ist der Verkehrsunterricht an Grundschulen sowie die Fahrradprüfungen auf dem Gelände der Jugendverkehrsschule in der Steingrube. Zudem werden Grundschüler der vierten Klassen in Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht und dem Stadtverkehr Hildesheim regelmäßig über die Gefahren des „toten" Winkels aufgeklärt.

Unangepasste Geschwindigkeit bleibt eine Hauptunfallursache

Jungen Fahranfängerinnen und -anfängern bieten wir in Fahrschulen sowie allgemeinbildenden Schulen Vorträge zum Thema Suchtproblematik (Alkohol und Drogen) und Ablenkung im Straßenverkehr an. Zudem erhalten sie hier Informationen zum begleiteten Fahren.

Die Aktion „Fit im Auto", die ebenfalls in Kooperation mit der Verkehrswacht durchgeführt wird, hat besonders die Verkehrssicherheit von Senioren als Kfz-Führer im Focus. Dabei geht es nicht darum, Senioren den Führerschein abzunehmen, sondern sie in die Lage zu versetzen, so lange wie möglich sicher am Verkehr teilzunehmen.
Mit gezielter Verkehrsüberwachung und den beispielhaft aufgezählten Präventionsaktionen leisten unsere sehr motivierten Kolleginnen und Kollegen in jedem Jahr einen beachtlichen Beitrag zur Verkehrssicherheit in der Polizeiinspektion Hildesheim.

Auch auf den Autonahnen konnte ein Rückgang der Unfallzahlen verzeichnet werden.

Bei einem verursachten Verkehrsunfall empfiehlt Polizeihauptkommissar Hans-Joachim Kliem, Verkehrssicherheitsberater der Polizeiinspektion Hildesheim:

- Bewahren Sie Ruhe!
- Halten Sie am Unfallort an!
- Schalten Sie an Ihrem Pkw die Warnblinkanlage ein!
- Steigen Sie mit angezogener Warnweste vorsichtig aus!
- Sichern Sie die Unfallstelle – stellen Sie das Warndreieck auf!
- Verschaffen Sie sich am Unfallort einen Überblick!
  → Helfen Sie Verletzten – setzten Sie gegebenenfalls einen Notruf ab!
  → Bei Bagatellschäden räumen Sie unverzüglich die Unfallstelle!
- Führen Sie mit dem „Unfallpartner" einen Personalienaustausch durch!
- Informieren Sie bei Unfällen mit Verletzten und erheblichen Sachschäden Ihre Polizei!

Ständig erreichbar, immer informiert, koste es was es wolle.

Selbst das Leben?

So oder so ähnlich könnte die Frage lauten, die sich leider immer noch viel zu viele Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer stellen müssten. Denn oftmals reicht nur eine kurzzeitige Beobachtung des Verkehrsgeschehens, um den telefonierenden Kraftfahrzeugführer, Radler oder Fußgänger festzustellen. Dabei ist die zuletzt genannte Art der Verkehrsteilnahme unter Nutzung des Smartphones zwar nicht bußgeldbewährt aber deshalb trotzdem nicht weniger gefährlich.

Gemeinsam mit unseren Netzwerkpartnern (Landes- und örtliche Verkehrswachten etc.) warnen wir unaufhörlich vor den Gefahren der Ablenkung im Straßenverkehr. Wir glauben an die Einsicht der Verkehrsteilnehmer und werden bei unserer Arbeit daher in erster Linie von dem präventiven Leitgedanken des lebenslangen Lernens getragen.

Nach einem schweren Verkehrsunfall liegt oftmals der Verdacht nahe, dass der Unfallverursacher abgelenkt gewesen sein könnte. Um das Dunkelfeld bei den durch Ablenkung verursachten Verkehrsunfällen aufzuhellen, wird auch in diesem Jahr weiter wissenschaftlich geforscht. Seitens der Polizei werden gemeinsam mit der Technischen Universität Braunschweig (TU BS) und der Unfallforschung der Medizinischen Hochschule Hannover (Ufo MHH) Verkehrsunfälle analysiert, bei denen Ablenkung eine Rolle gespielt haben könnte. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse sollen u. a. als Grundlage zur besseren Aufklärung und Sensibilisierung von Verkehrsteilnehmern dienen. Mit ersten Ergebnissen wird noch im laufenden Jahr gerechnet.

Der Leiter des Dezernats 12 – Einsatz und Verkehr, Polizeioberrat Michael Weiner , rät: „ Achten Sie auf sich! Lassen sie die Hände am Steuer und den Blick auf der Straße“

- Wenn sich ein Telefonat nicht vermeiden lässt, halten Sie dort an, wo Sie in Ruhe telefonieren können und keine anderen Verkehrsteilnehmer behindern oder gefährden.
- Nutzen Sie Ihren Einfluss als Beifahrerin oder -fahrer. Machen Sie die Fahrerin oder den Fahrer auf ein Fehlverhalten aufmerksam und sprechen Sie die möglichen Gefahren an.
- Ablenkung beginnt beim Handy, doch endet noch lange nicht dort. Auch alle anderen elektronischen Geräte, die zur Bedienung in die Hand genommen oder gehalten werden, dürfen während der Fahrt nicht genutzt werden.

Ablenkung als Hauptunfallursache

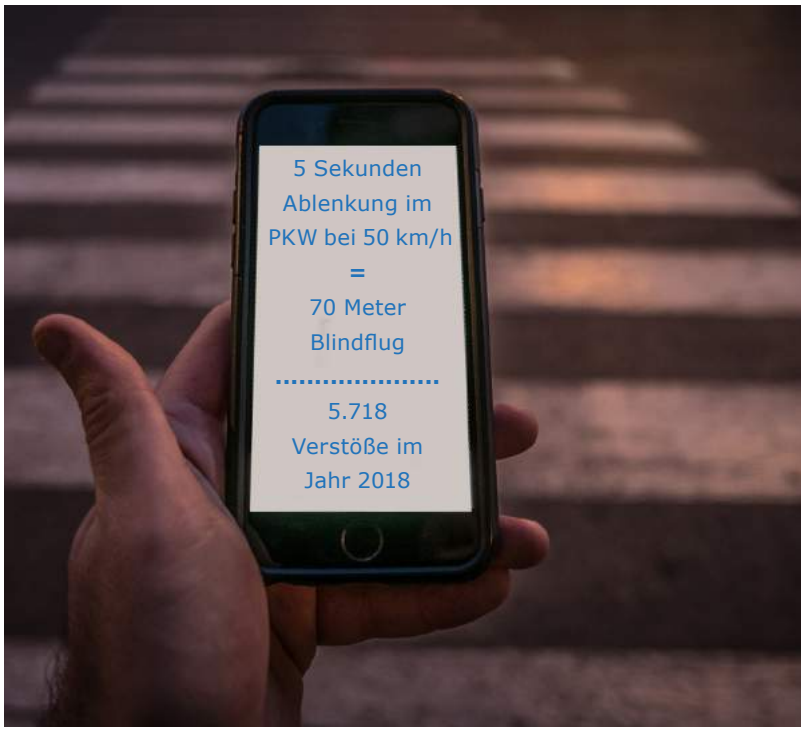
Natürlich handelt die Polizei aber auch genau dort konsequent und schöpft die rechtlichen Möglichkeiten aus, wo Präventionsarbeit ihre Wirkung verfehlt – und das bedeutet:

Nutzung eines elektronischen Geräts, das der Kommunikation, Information oder Organisation dient oder zu dienen bestimmt ist, auf dem Fahrrad ⟶ 55 Euro
... und dadurch Gefährung anderer ⟶ 75 Euro
... und dadurch Verursachung eines Unfalls ⟶ 100 Euro

In diesem Jahr startete die erste länderübergreifende Aktion „sicher.mobil.leben", mit dem Schwerpunkt „Ablenkung im Straßenverkehr". Allein die niedersächsische Polizei war an diesem Kontrolltag (20. September) mit 770 Polizeibeamten an 240 Standorten tätig. Leider musste festgestellt werden, dass längst noch nicht allen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern bewusst ist, welche großen Gefahren von Ablenkung am Steuer ausgehen.

Die Polizeidirektion Göttingen hat Ihre Kontrollaktivitäten im vierten Quartal des Jahres daher noch einmal erhöht. Neben den Ablenkungsverstößen wurden dabei auch Schwerpunkte auf die Hauptunfallursachen Geschwindigkeit, Ablenkung, Überholen und Alkohol/Drogen gelegt.

Testen Sie sich selbst:
Probieren Sie es zuhause im geschützten Raum einmal aus. Gehen Sie schnellen Schrittes und blicken dabei auf Ihr Handy. Nun stellen Sie sich vor, Sie hätten sich in einem Fahrzeug viel schneller und im öffentlichen Verkehrsraum bewegt.



Mit besonderem Know-how unterwegs – Die Regionale Kontrollgruppe (RKG) der Polizeidirektion Göttingen

Der Gütertransport auf den Straßen wächst stetig weiter. Um Waren möglichst schnell von A nach B zu bekommen, nutzen die hiesigen Speditionen sowie deren Konkurrenz aus dem benachbarten Ausland, insbesondere die stark belasteten Bundesautobahnen.

Das Transportgewerbe unterliegt den Bedingungen der freien Marktwirtschaft. Regelmäßig wird daher versucht Mitbewerber, preislich zu unterbieten. Oftmals jedoch durch unlautere Kalkulationen auf Kosten der Verkehrssicherheit.

Dieser Entwicklung tritt die Polizeidirektion (PD) Göttingen mit gezielten Verkehrskontrollen entschie-den entgegen. Ziel ist es, die Einhaltung bestehender Rechtsvorschriften zu gewährleisten. Dadurch sollen insbesondere schwere Verkehrsunfälle und ihre teilweise erheblichen Folgen verhindert werden.

Kontrollen des Schwerlastverkehrs erfordern aufgrund des fortschreitenden Technologisierungsgrades der Fahrzeuge sowie umfänglicher Rechtsvorschriften, ein besonderes Fachwissen. Dazu verfügt die RKG der PD Göttingen über zwei Kontrollgruppen. Die des Gewerblichen Güter- und Personenverkehrs sowie die der Kriminalitätsbekämpfung.

Auch in diesem Jahr wurden an wechselnden Örtlichkeiten gezielte Kontrollen des Schwerlastverkehrs durchgeführt. Dabei konnte erneut die positive Zusammenarbeit mit anderen Kontrollkräften, wie dem Zoll, der BAG, den Gewerbeaufsichtsämtern sowie angrenzender Länderpolizeien festgestellt werden. Neben dem regelmäßig hohen, medialen Interesse, spiegeln aber auch Beanstandungsquoten von 50 bis 70 Prozent die Notwendigkeit dieser hoch spezialisierten Verkehrskontrollen wieder.

Hoch entzündliche, säurehaltige und teilweise tonnenschwere Güter sollen Ihr Ziel sicher erreichen. Unternehmer und Fahrer müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein und dürfen nicht leichtfertig die Sicherheit und das Leben anderer Verkehrsteilnehmer gefährden.

Mit Ihrem motivierten und in regelmäßigen Fortbildungen besonders geschulten Personal der RKG, wird die PD Göttingen auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag für die sichere Teilnahme am Straßenverkehr leisten.

Die Spezialisierte Kontrollgruppe Krad

Kontrollkräfte aus allen Polizeiinspektionen arbeiten erfolgreich bei Prävention und Repression in den Bereichen des Zweirad- und Pkw-Verkehrs zusammen.

Viele Motorradfahrerinnen und –fahrer warten im Frühjahr bereits gespannt auf den Beginn der Saison. Gerade wenn es um bauliche Veränderungen geht, kann die Leidenschaft für das eigene Bike jedoch auch einmal die Grenzen des gesetzlich erlaubten überschreiten. Seit dem Jahr 2016 verfügt die Polizeidirektion Göttingen daher über eine spezialisierte Kontrollgruppe Krad (SKG), deren Mitglieder auf besonderes Fachwissen in den Bereichen Bauartveränderungen und Tuning zurückgreifen können.

Harley Days 2018

Einen Höhepunkt der diesjährigen Kontrollen stellte der Einsatz der SKG Krad bei den „Harley-Days 2018" in Hamburg dar. In Zusammenarbeit mit Kontrollgruppen mehrerer Bundesländer wurden unzählige Motorräder in Hamburgs Innenstadt kontrolliert.

Im Jahr 2018 führte die SKG Krad im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen insgesamt zehn vorgeplante Kontrollen durch, die sich im Wesentlichen auf die bekannten „Hotspots" der Biker-Szene konzentrierten. Dazu zählen beispielsweise das Weser- und Leinebergland, der Harz und das Harzvorland soweit der Deister mit dem Nienstedter Pass.

Auch in diesem Jahr zeigten die Kontrollen, dass viele Motorradfahrer nach wie vor mit großer Hingabe und Liebe zum Detail an ihren Maschinen schrauben. Als Beispiel dafür gilt es jedoch leider auch illegale Um- und Anbauten sowie insbesondere zu laute Auspuffanlagen anzuführen. Nach den Kontrollen mussten daher zahlreiche Krafträder den Rückweg auf einem Transportanhänger antreten, da die Veränderungen ihre Verkehrssicherheit wesentlich beeinträchtigt hatten. Denn in einem solchen Fall erlischt die Betreibserlaubnis.

Auch wenn das Hauptaugenmerkt der SKG Krad auf Krafträdern liegt, wird sie auch immer wieder bei der Kontrolle getunter PKW eingesetzt. Auch hier zeigt sich leider allzu oft, dass teilweise laienhaft durchgeführte Veränderungen an sicherheitsrelevanten Bauteilen der Fahrzeuge zulasten der Verkehrssicherheit gehen.

Neben den repressiven Maßnahmen zählt auch die präventive Verkehrrsicherheitsarbeit zu den zentralen Aufgaben der SKG Krad. Dazu gehört es unter anderem, Informationsmaterialien zu verteilen und auf besondere Gefahren und Unfallschwerpunkte in der Nähe der gezielt gewählten Kontrollstellen hinzuweisen.

Prävention.

Wir informieren und beraten.

Prävention: Synergien durch Vernetzung

Prävention ist ein bedeutender Teil der polizeilichen Arbeit. In den Polizeiinspektionen sind daher bereits seit dem Jahr 2004 Präventionsteams im Einsatz. Dabei liegt ein besonderes Augenmerkt darauf, auf Grundlage der polizeilichen Lageentwicklung frühzeitig auf neue Phänomene zu reagieren und auf relevante Zielgruppen einzugehen. Durch die enge Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Kommunen und Präventionsgremien ist es der Polizei gelungen, sich als verlässlicher Teil der gesamtgesellschaftlichen Kriminal- und Verkehrsprävention zu etablieren.

Mittlerweile hat sich die Landschaft der institutionalisierten Präventionsarbeit deutlich erweitert. Mit der Unterstützung von Bund und Ländern wurden unterschiedliche Programme zu Schwerpunkten der Kriminal- und Verkehrsprävention entwickelt, die in Niedersachsen zunehmend in kommunale Präventionsstrategien eingebettet werden.

Gerade im Bereich der Kriminalität sieht sich die Präventionsarbeit stetigen Veränderungen gegenüber. Dabei verlieren einige Phänomene an Bedeutung, während andere neu hinzugekommen sind und eine polizeiliche Reaktion erfordern. Vor diesem Hintergrund hat die Polizeidirektion (PD) Göttingen eine Rahmenverfügung für die Präventionsarbeit erlassen. Darin ist festgehalten, wie diese Entwicklung künftig stärker bei der Ausrichtung der Präventionsarbeit in den Städten und Landkreisen im Bereich der PD Göttingen berücksichtigt werden kann.

Zudem wird ein Schwerpunkt der polizeilichen Präventionsarbeit künftig auf die Unterstützung kommunaler Instrumente und die Umsetzung von Programmen gelegt werden, die dauerhaft und nachhaltig wirken. Das Ziel ist dabei, personelle Ressourcen möglichst effizient und wirkungsorientiert einzusetzen. Daneben entfalten örtliche Gremien ihre Wirkung als Kommunikations- und Informationspartner in der präventiven Öffentlichkeitsarbeit.

Zusammenarbeit mit Schulen

Auch Schulen spielen eine wesentliche Rolle bei der Präventionsarbeit. Hierbei leistet die Polizei als unabdingbarer Partner einen wichtigen Beitrag, wie zum Beispiel durch regelmäßige Präsenz oder gemeinsame Aktionen. Zudem berät die PD Göttingen die Schulen bei der Entwicklung von Sicherheits- und Gewaltpräventionskonzepten. Dabei sind beide Seiten durch das Ziel geeint, junge Menschen auf ein Leben ohne Kri-

Die Präventionspuppenbühne der Polizeidirektion Göttingen feierte am Standort Göttingen im April 2018 ihr 40-jähriges Bestehen. Unter anderem durch die enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Schulen ist die Bühne aus der regionalen Präventionslandschaft nicht mehr wegzudenken.

Prävention: Synergien durch Vernetzung

Am Standort Hildesheim ist ein weiteres Team der Präventionspuppenbühne im Einsatz

minalität vorzubereiten und bei ihrer Entwicklung zu demokratiebewussten Bürgerinnen und Bürgern zu begleiten. Vor diesem Hintergrund ist es eine weitere Zielrichtung unserer Arbeit, auch externe Institutionen und Präventionsprogramme gezielter in schulische Maßnahmen einzubinden.

Prävention im Bereich Eigentumskriminalität

Die Verhinderung von Eigentumsdelikten zählt weiterhin zu den Schwerpunkten der Präventionsarbeit in der PD Göttingen. Einen besonders hohen Stellenwert hat dabei die technische und verhaltensorientierte Beratung zum Schutz vor Wohnungseinbruchdiebstählen. Parallel zur Weiterentwicklung der technischen Standards und der finanziellen Förderung wird das Beratungsangebot der Polizei bundesweit weiterhin durch das Programm Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) beworben. Zudem reagieren die Polizeiinspektionen durch aufeinander abgestimmte Intervention, wie z.B. groß angelegte Kontrolltage, und Prävention, wie z.B. Beratungsoffensiven, auf die Entwicklung der Fallzahlen. Um eine professionelle Qualität der Beratung zu gewährleisten, setzen unsere Präventionsteams auf die Kooperation mit dem regionalen Handwerk. Die Zusammenarbeit mit zertifizierten Betreiben führt sowohl bei der Fachberatung als auch bei der Verlagerung von polizeilichen Einzelberatungen zu größeren Informationsveranstaltungen zu wichtigen Synergien. Daher wollen wir diese Zusammenarbeit künftig auch auf die opferorientierte Prävention hinsichtlich weiterer Kriminalitätsphänomene ausdehnen. An erster Stelle steht dabei der Bereich der Kriminalität zum Nachteil älterer Menschen.

Verkehrsunfallprävention

Die technische Entwicklung stellt die Verkehrssicherheitsarbeit immer wieder vor neue Herausforderungen. Insbesondere in den Bereichen des Automobils, motorisierter Fahrräder und anderer Fortbewegungsmittel geht diese mit einer Anpassung des Verkehrsrechts einher, welche auch die Anforderungen an die polizeiliche Arbeit erhöht. Aufgrund ihrer Fachkenntnisse bleibt die Polizei Initiator der Verkehrsunfallprävention. Dennoch ist die lokale Vernetzung und Kooperation mit Verkehrswachten und weiteren Akteuren der Verkehrssicherheitsarbeit entscheidend für die Nachhaltigkeit der Maßnahmen. Diese müssen insbesondere bei der eigenen Nachwuchsförderung unterstützt werden.

Prävention als polizeiliche Querschnittsaufgabe

Auch in der Verkehrssicherheitsarbeit sind gemeinsame Aktionen der Schlüssel zu erfolgreicher Prävention.

Der Kontaktbereichsdienst trägt durch seine dauerhafte Präsenz in der Öffentlichkeit erheblich zum Erhalt, der Erhöhung oder Wiederherstellung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung bei. Kontaktbereichsbeamtinnen und Kontaktbereichsbeamte werden zukünftig noch stärker in die Präventionsarbeit eingebunden, indem sie direkt den Präventionsteams angegliedert werden. Damit können sie stärker in Präventionsschwerpunkten tätig und gezielt für entsprechende Aufgaben fortgebildet werden.

Vernetzung, Information und Unterstützung sollen sich zukünftig nicht nur auf die Arbeit mit professionellen (externen) Partnern der Präventionsarbeit beziehen. Auch innerhalb aller an der Kriminalitätsbekämpfung und Verkehrssicherheitsarbeit beteiligten Dienststellen soll ein enger Austausch gelebt werden. Damit wird dem Stellenwert der Kernaufgabe Prävention in der Gesamtorganisation noch deutlicher Rechnung getragen.

Das Präventionsteam der Polizeiinspektion Hildesheim

Die polizeiliche Präventionsarbeit leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur erfolgreichen Gewährleistung von Sicherheit. Im Präventionsteam der Polizeiinspektion (PI) Hildesheim stehen hierfür vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung. Ihr Aufgabenfeld unterteilt sich in die Bereiche:

- Einbruchschutz
- Jugendgewalt
- Mobbing
- Verkehrserziehung

Wohnungseinbruchdiebstahl

Die Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls zählte auch im Jahr 2018 zu den Schwerpunkten der Präventionsarbeit in der PI Hildesheim. Dazu gehörten unter anderem Einzelfallberatungen, bei denen Bürgerinnen und Bürger nach Terminabsprache zuhause aufgesucht, über Schwachstellen im Haus aufgeklärt und über mögliche Sicherungsmaßnahmen informiert wurden. Hinzu kamen diverse Vorträge und Informationsveranstaltungen zum Thema Einbruchschutz. Dafür arbeiteten wir mit verschiedenen Institutionen wie Feuerwehren, DRK, AWO, Seniorengruppen oder dem Sozialverband zusammen.

Im Zusammenhang mit dem Tag des Einbruchsschutzes (28. Oktober 2018) führte die PI Hildesheim unter der Überschrift „Keinbruch" eine zweiwöchige Aufklärungs- und Beratungsaktion durch. Dabei wurden Wohngebiete aufgesucht, die besonders von Einbrüchen betroffen sind. Bürgerinnen und Bürger konnten wir so zum Teil im direkten Gespräch aufklären und auf eventuell bemerkte „Sicherheitsmängel" (z.B. gekippte Fenster, volle Briefkästen oder bei Tag heruntergelassene Rollläden) hinweisen. Zudem wurde der Flyer „Ganze Sicherheit für unser Viertel" verteilt.

Cybercrime

Ein weiterer Schwerpunkt lag im Bereich der Bekämpfung von Straftaten im Internet (Cybercrime), insbesondere im Hinblick auf den Schutz von Kindern und Jugendlichen. Im Rahmen von insgesamt 35 Elternabenden und Workshops informierte und beriet die PI Hildesheim Eltern sowie Schülerinnen und Schüler zum Thema Mediensicherheit. Einerseits wurde darüber aufgeklärt, welche Gefahren das Internet birgt und wie man sich dagegen schützen kann. Andererseits wurde jedoch auch herausgestellt, welche eigenen Handlungen im Internet verboten sind und welche strafrechtlichen Konsequenzen diese nach sich ziehen könnten.

Hans-Joachim Kliem Gabriele Freier
Frank Kompe Helmut Brehme

Unser Team im Überblick:

Gabriele Freier
Koordinatorin Präventionsteam
Beauftragte für Kriminalprävention
05121/939-108
gabriele.freier@polizei.niedersachsen.de

Frank Kompe
Beauftragter für Jugendsachen
05121/939-107
frank.kompe@polizei.niedersachsen.de

Hans-Joachim Kliem
Verkehrssicherheitsberater
05121/939-259
hans-joachim.kliem@polizei.niedersachsen.de

Helmut Brehme
Verkehrserziehung / Jugendverkehrsschule
05121/939-284
helmut.brehme@polizei.niedersachsen.de

Jugendverkehrsschule: 31134 Hildesheim, Steingrube 40A. Auf dem Gelände findet die Verkehrserziehung/Fahrradprüfung statt. Zudem gibt es hier im Rahmen von Schulprojekten unter anderem Mofa-Kurse.

Moderne Technik und Ausstattung.
Wir nutzen sie.

Zukunftsorientierte und effektive Polizeitechnik

Die polizeiliche Alltagsarbeit gilt es gerade im operativen Bereich permanent mit einer zukunftsorientierten und effektiven Polizeitechnik aufgabenspezifisch zu unterstützen. Der in den vergangenen Jahren bereits einschlägig beschrittene Weg der verstärkten Nutzung von „Mobile Devices" sowie die Bereitstellung einer modernen IT-Peripherie im Alltagsbetrieb unterstützt nicht nur die Arbeitsabläufe, sondern schafft notwendige Rahmenbedingungen für attraktive und moderne Arbeitsplätze. Die kontinuierlich wachsende Verbesserung der persönlichen Schutz- und Einsatzausstattung sorgt dabei unter Beachtung der jeweiligen Funktionalität und zu beachtender sicherheitstechnischer Rahmenbedingungen für einen nicht unerheblichen Sicherheitsgewinn in der alltäglichen Aufgabenerledigung.

Moderne Technik – die Chancen der Digitalisierung nutzen

Einführung des „Polizei-Clients"

Mit der Einführung des „PolizeiClient" erfolgte im vergangenen Jahr innerhalb der Polizeidirektion (PD) Göttingen die Umstellung der polizeilichen Bürokommunikation auf ein landesweites, einheitliches und zentrales System. Dabei wurden in der Zeit vom 26. März bis 16. Mai 2018 rund 2.300 Geräte in der PD Göttingen ausgetauscht. Die Ausstattung der Arbeitsplätze erfolgte mit modernen Desktops bzw. Laptops sowie neuen 24 Zoll Monitoren. Neben neuen Betriebssystemen, aktualisierter Bürosoftware sowie der Anpassung polizeilicher Fachanwendungen war auch eine umfangreiche Mail- und Datenmigration erforderlich. Der zentrale Service und Support wird durch den Landes-IT-Dienstleister IT Niedersachsen gewährleistet. Zukünftig ist der Austausch der Hardware nach fünf Jahren vorgesehen. Mit der Umstellung geht die Polizei einen weiteren Schritt in die digitale Zukunft.

NIMes - ein sicherer Messenger für die Polizei

Seit Sommer 2018 kann auch innerhalb der Polizeidirektion Göttingen flächendeckend der polizeiinterne und landesweite Messengerdienst „NIMes" genutzt werden.

Jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter der Polizei Niedersachsen wird dieser als Web-Applikation über einen Browser am dienstlichen PC zur Verfügung gestellt. Außerdem kann NIMes auch auf privaten mobilen Endgeräten genutzt werden. Unter Einbindung der privaten Smartphones aller Beschäftigten der PD Göttingen ergeben sich vielfältige und neue Möglichkeiten bei der sicheren und schnellen Kommunikation, ohne auf andere Anbieter wie beispielsweise SIMSme oder WhatsApp zurückgreifen zu müssen. Die Nutzung auf privaten Endgeräten ist dabei ausdrücklich freiwillig.

Tablets als Einsatzmittel

Aktuell sind in der PD Göttingen 54 Tablets und 189 Smartphones im Kontext der sicheren mobilen Kommunikation (SMK) im Einsatz.

Zukunftsorientierte und effektive Polizeitechnik

Funkstreifenwagen der Wasserschutzpolizeistation Nienburg

Mobilität – immer schnell vor Ort

6500mal rund um Niedersachsen

Im zurückliegenden Jahr nutzte die PD Göttingen -549- Fahrzeuge zur Erfüllung ihres polizeilichen Auftrages im Dienste der Bürgerinnen und Bürger. Mit der Gesamtfahrleistung von ca. 10,4 Mio. Kilometern hätte das Land Niedersachsen 6500mal umrundet werden können.
Für Beschaffung, Betrieb und Unterhalt des Fuhrparks sind Ausgaben in Höhe von rund 3,83 Mio. Euro getätigt worden. Dies entspricht in etwa einem Viertel der Gesamtausgaben der PD Göttingen im Jahr 2018.

Ausweitung der Elektromobilität

Die PD Göttingen hat die Fahrzeugflotte im Segment der E-Mobilität im vergangenen Jahr von 15 auf nunmehr insgesamt 27 elektrisch betriebene Einsatzfahrzeuge (davon 17 mit Hybridantrieb) aufgestockt. Im Rahmen des Projektes „air" wurden zudem bereits weitere zwölf Einsatzfahrzeuge mit Hybridantrieb beauftragt und werden noch in diesem Jahr in Dienst gestellt. Damit einhergehend erfolgt im Bereich der PD Göttingen auch der weitere Ausbau der polizeieigenen Ladeinfrastruktur.

Schutz- und Einsatzausstattung

Nachdem in den letzten Jahren die Fahrzeug- und Waffenausstattung (beispielsweise Plattenträger der Schutzklasse 4 und Visierhilfe AimPoint an der Maschinenpistole MP5) besonders im Fokus stand, wurde im Jahr 2018 die persönliche Ausstattung der Beamtinnen und Beamten verbessert.

Die lang erwarteten neuen Körperschutzausstattungen „leicht" (KSA-leicht) für die Einsatzeinheiten wurden im März 2018 ausgeliefert. Hier konnte eine fast vollständige Passgenauigkeit für die jeweiligen Einsatzkräfte hergestellt werden. In der PD Göttingen sind aktuell knapp 600 KSA'en „leicht" verfügbar. Die Vorgängerausstattungen sind über die Bundeswehr den afghanischen Sicherheitsbehörden übergeben worden.

Teleskopierbarer Einsatzstock

Zukunftsorientierte und effektive Polizeitechnik

Gelbe Softshelljacke

Der „Teleskopierbare Einsatzstock" (TES) ist nach einer erfolgreichen Erprobung eingeführt worden. Aufgrund des weit verbesserten Tragekomforts und der guten Einsetzbarkeit erfährt der TES eine hohe Akzeptanz bei den Kolleginnen und Kollegen. Die PD Göttingen hat bisher -316- TES für ca. 48 Tsd. Euro bestellt. Im Dezember 2018 wurden landesweit Haushaltsmittel in sechsstelliger Höhe für die Beschaffung weiterer TES zur Verfügung gestellt.

Weiterhin wurde dieses Jahr das Notfallset „Tourniquet" zur Versorgung von schweren Verletzungen eingeführt. Ziel ist es, jedes Dienstfahrzeug, welches mit Plattenträgern ausgestattet ist, ebenfalls mit einem Notfallset auszustatten. Eine Beschaffung erfolgt über das Logistikzentrum Niedersachsen.

Um den Kollegen im Dienst „auf der Straße" mehr Schutz zu bieten, wurde im März 2018 eine reflektierende gelbe Softshelljacke mit eingearbeiteter akkubetriebener Leuchtleiste vorgestellt. Momentan läuft noch die Erprobung.

Taktische Einsatzweste

Ebenfalls befindet sich die taktische Einsatzweste (gelbe Applikationen im Schulterbereich) in der Erprobung (voraussichtlich bis Feb. 2019). Sie soll den Kolleginnen und Kollegen in Verbindung mit der Unterziehschutzweste einen höheren Tragekomfort bieten. Gerade bei höheren Außentemperaturen ist es dann möglich, bei bestimmten Anlässen die Weste schnell abzulegen. Das dazugehörige Poloshirt befindet sich bereits in der Ausschreibung.

Notfallset „Tourniquet"

Weitere Planungen und Erprobungen im Jahr 2019

Einführung eines **Eingaswarners** (CO-Warner)

Erprobung eines neuen flexibleren **Einsatzgürtels**

Erprobung eines neuen **Tragegurtes für die MP5**; Ziel: höherer Tragekomfort

Einführung der **Body-Cam** – Momentan laufen Abstimmungsgespräche zwischen der ZPD Niedersachsen und dem IT.Niedersachsen

Einführung eines **Polizeicaps** (als Alternative zur Dienstmütze)

Neuer **VU-Koffer** mit aktuellen Inhalten

Fazit.
Mit Sicherheit für Sie da.

Schlusswort des Polizeipräsidenten Uwe Lührig

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

auf diesen Seiten haben wir Sie eingeladen, gemeinsam einen Blick auf die vergangenen Monate zu werfen. Dabei kann die Polizeidirektion Göttingen auf ein erfolgreiches Jahr 2018 zurückblicken. Ungeachtet der bewegten Zeiten und immer neuer Herausforderungen für die polizeiliche Arbeit, können die Bürgerinnen und Bürger in der Region sicher leben und sich auch sicher fühlen.

Dass es uns im letzten Jahr gelungen ist, mit den vielfältigen Anforderungen Schritt zu halten, geht vor allem auf den außerordentlichen Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurück. Ihre kompetente und engagierte Arbeit ist der Grundstein dieser positiven Bilanz. So ist es allen Inspektionen gelungen, auch komplexe und außergewöhnliche Einsatzlagen stets professionell zu bewältigen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken.

Doch auch in anderer Hinsicht haben wir wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Mit der Umwandlung der Polizeistation Hoya in ein Polizeikommissariat konnten wir zu einer weiteren Stärkung der Flächenpräsenz im Norden der Direktion beitragen. Zudem ist es mit der Neuorganisation der Polizeiinspektionen Northeim und Göttingen gelungen, die polizeilichen Strukturen in Südniedersachsen an die jeweiligen Landkreise anzupassen. In technischer Hinsicht haben wir unter anderem durch die Einführung des landesweiten Polizei-Client und des polizeiinternen Messengers NIMes einheitliche Standards geschaffen.

Wie bedeutsam es ist, die Chancen aktueller Entwicklungen wie der Digitalisierung aufzugreifen, zeigt der Blick auf unsere vielfältigen Aufgaben. Auch in der Polizeiarbeit gewinnt die digitale Welt stetig an Bedeutung.

Dies gilt nicht nur für den Bereich Cybercrime, sondern ebenso für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus oder der organisierten Kriminalität. Ein gutes Beispiel dafür ist der erfolgreiche Einsatz der Software PreMap im Kampf gegen international operierende Einbrecherbanden, der im letzten Jahr erneut einen Schwerpunkt unserer Arbeit darstellte. Doch auch im Bereich der Kriminal- und Verkehrsprävention bieten die digitalen Medien vielfältige Chancen, die wir weiterhin konsequent ergreifen werden.

Der vielleicht entscheidendste Faktor zukünftigen Erfolgs liegt jedoch in der Nachwuchsgewinnung. Daher hat es für uns höchste Priorität, immer wieder junge Menschen für ein Berufsleben bei der Polizei zu begeistern. Mit einer Vielzahl ebenso abwechslungsreicher wie sinnvoller Tätigkeitsfelder können wir dabei durchaus als attraktiver Arbeitgeber auftreten. Wir hoffen daher, dass sich auch in Zukunft viele junge Menschen für den interessanten und abwechslungsreichen Polizeialltag interessieren.

Zu einer Bilanz gehört es stets auch, den Blick nach vorn zu richten. Dabei macht mich das vergangene Jahr zuversichtlich, dass die Polizeidirektion Göttingen auch für die Zukunft auf einem guten Weg ist. Abschließend versichere ich Ihnen daher, dass sich die Kommunen sowie die Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin vollkommen auf Ihre Polizei als Partner für die Sicherheit verlassen können.

Uwe Lührig
Polizeipräsident

DEALER HOCHGENOMMEN,
ENTENFAMILIE GERETTET.

unddeintag?

BEWIRB DICH JETZT bei der Polizei Niedersachsen (mit Abitur oder Realschulabschluss) und sichere Dir Deine Chance auf eine spannende und abwechslungsreiche Zukunft!

polizei-studium.de

POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

Impressum

Herausgeber

Polizeidirektion Göttingen
Polizeipräsident Uwe Lührig

Groner Landstraße 51
37081 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 491-0
www.pd-goe.polizei-nds.de

Redaktion/ Koordination

Dezernat 01

Layout

Dezernat 01 - Pressestelle

Bildnachweis

Die abgebildeten Fotos wurden von den Urhebern

- Polizeiakademie Niedersachsen,
- Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (www.polizei-beratung.de),
- Pixabay (www.pixabay.com),
- Polizeidirektion Göttingen sowie
- nachgeordneten Polizeiinspektionen

freigegeben.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Druck

Schnelldruckerei RAMBOW
3. Ausgabe

Weitere interessante Links:

Fahndung
www.pd-goe.polizei-nds.de/fahndung
www.polizei-nds.de/Fahndung

Online-Wache
www.onlinewache.polizei.niedersachsen.de

! Denken Sie daran:
Im Notfall 110 wählen!

Denken Sie daran:
Im Notfall 110 wählen!

ZUVERLÄSSIGKEIT.

Jederzeit hilfsbereit, kompetent und partnerschaftlich.

POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN